

DIE LINKE. Sachsen

3. Tagung des 14. Landesparteitages

A. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages

A.1. Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel Aleksa)

Einreicher*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge Folgendes beschließen:

1. Der Landesparteitag beschließt, die Arbeit am Alternativen Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht fortzusetzen.
Verantwortlich: Stellv. Landesvorsitzende Jana Pinka, Landesvorsitzende Antje Feiks.
2. Der derzeitige Arbeitsstand (zweiter Entwurf) fließt in die Diskussion der inhaltlichen Schwerpunkte für die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2019 ein.
3. Weiterhin wird der zweite Entwurf vor Fortschreibung innerhalb der Strukturen der sächsischen LINKEN (Orts- und Kreisverbände, Landesweite Zusammenschlüsse) diskutiert. Diese Debatte soll bis Ende des ersten Quartals 2019 erfolgt sein.
4. Im ersten Halbjahr 2019 erfolgt durch den Landesvorstand eine externe Beauftragung zur Ausformulierung des Landesentwicklungskonzeptes und der öffentlichkeitswirksamen Aufbereitung.

Begründung:

Der 12. Landesparteitag am 12./13. September 2015 in Neukieritzsch hat die Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag gebeten, ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel Aleksa) zu erarbeiten. So heißt es im Beschlusstext C2:

„Deshalb werden wir als LINKE in Sachsen ein Leitbild nach dem Vorbild von ALEKSA erarbeiten, wie wir uns Sachsen vorstellen. Wir wollen dabei die Entwicklung Sachsen aus den Regionen heraus in ihrer Verschiedenheit entwickeln. Ziel ist es, dieses Leitbild mit sächsischen Akteurinnen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen zu entwickeln. Wir wollen ein Aleksa 2.0 gestalten.“

Geplant war, dass dieses bis zum Herbst 2018 vorliegen soll. Im Herbst findet allerdings kein Landesparteitag statt, weshalb vorgeschlagen wird, den Zwischenstand im August 2018 auf dem Landesparteitag zu diskutieren.

Da die Partei den Auftrag für die Konzepterarbeitung gegeben hat, muss sie nun zum einen den Zwischenstand in einer Diskussion bewerten und zum anderen darüber entscheiden, wie wir weiter verfahren wollen.

Das Konzept und die erarbeiteten Visionen können eine gute Grundlage dafür sein, dass wir im Herbst 2018 darüber diskutieren und eine Mitgliederbefragung durchführen wollen, mit welchen Schwerpunkten wir in das Wahljahr 2019 und darüber hinaus gehen. Einerseits ist der Wunsch groß, ein Leitbild unserer Partei für eine solidarische, gerechte, sächsische Gesellschaft zu finden, das deutlich aufzeigen soll, was uns von anderen Parteien

DIE LINKE. Sachsen

3. Tagung des 14. Landesparteitages

unterscheidet, aber auch deutlich machen, was wir wollen. Andererseits gab es zum ersten Entwurf, der innerhalb der Fraktion diskutiert wurde auch kritische Stimmen bzw. wurde die Notwendigkeit eines solchen Papiers für Sachsen hinterfragt.

Dass wir uns wieder mutiger in die Wahlkämpfe 2019 hineinbegeben wollen, dass wir andere Wege beschreiten wollen, hat der letzte Landesparteitag als deutliches Signal gesetzt. Dass das am ehesten möglich ist, wenn wir wissen, wo wir hinwollen - wenngleich Vieles nicht morgen realisierbar sein wird - ist dabei der einzig sinnvolle Weg. Ohne zugrundeliegende Ideen, wird uns die Neuaufstellung für eine zukunftsfeste sächsische LINKE nur schwer gelingen.

Wir haben als LINKE wie auch als gesellschaftliche Linke nicht nur die Aufgabe andere zu kritisieren. Viel mehr haben wir die Aufgabe, Ideen zu entwickeln und zu unterbreiten, wie wir uns Sachsen und darüber hinaus die Bundesrepublik und Europa vorstellen. Wir haben die Aufgabe, auf gesellschaftliche Entwicklungen Antworten zu finden, linke Lösungsansätze zu formulieren, die auch jenseits der derzeitigen ordnungspolitischen Rahmen liegen. Zu all den einfachen Antworten der Rechten, die Abschottung und das Deutsch-Nationale, braucht es Vorschläge, die auf Prinzipien des Humanismus, des Solidarischen beruhen. Wir brauchen Vorschläge, die auch einen Gegenentwurf zum kapitalistischen System darstellen.

Deshalb werben wir dafür, dass wir die Debatte in einer weiteren Runde innerparteilich, auch als Überprüfung des Zwischenstandes, vor allem aber zur Weiterentwicklung des Arbeitsstandes diskutieren und dann ein Bild von Sachsen entwerfen können, welches unseren Idealen entspricht, mutig ist und Lust darauf macht, bei uns mitzuwirken, uns zu wählen, mit uns zu diskutieren.

All jenen in der Landtagsfraktion, die sich aktiv in die Erarbeitung eingebracht haben, gilt unser Dank. Namentlich seien deshalb hier stellvertretend genannt: Jana Pinka, Marika Tändler-Walenta, Enrico Stange, Frank Kutzner.

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1. Was hält uns zusammen?

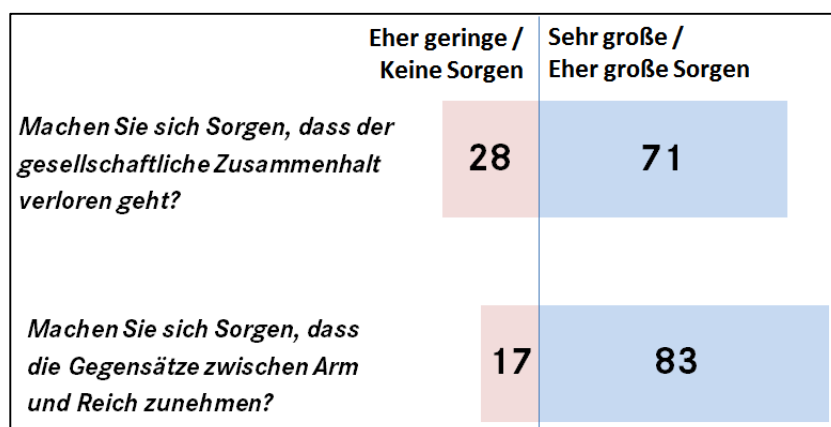
Das Problem: Der Wettbewerbsdruck steigt, schon in der Schule. In Sachsen leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Unsere Vision: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird abgeschafft. Die Sächsischen arbeiten aktiv für eine solidarische Gesellschaft, mit mehr Verständnis, Verbundenheit und Gemeinsamkeit, auch in der Schule.

Die Situation: Seit dem Mauerfall wird der gesellschaftliche Zusammenhalt in Sachsen und in ganz Ostdeutschland immer wieder diskutiert. Was macht diesen Zusammenhalt eigentlich aus? Es fängt damit an, dass Menschen sich um ihre Mitmenschen kümmern, Freundschaften pflegen und sich mit ihrer Umgebung verbunden fühlen. Genauso gehört dazu, dass die Menschen ihre Unterschiedlichkeit und Vielfalt gegenseitig akzeptieren. Es geht auch um das Vertrauen in Schule, Politik¹, Polizei und Justiz. Gut für den Zusammenhalt ist außerdem, wenn Bildung, Kultur und Einkommen gerecht verteilt sind.² Und selbstverständlich auch, wenn sich die Menschen geschützt fühlen³. Außerdem ist aktives Vereinsleben, Beteiligung an Politik und die Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte⁴ (also nicht Ignorieren) wichtig. Positiv für den Zusammenhalt ist auch, wenn alle Menschen bestimmte Selbstverständlichkeiten einhalten, im Sinne eines solidarischen Miteinanders.

In der Realität sehen wir allerdings, dass marktwirtschaftliche Prinzipien wie Wettbewerb und Konkurrenz in alle Lebensbereiche vorgedrungen und spürbar sind, sei es bei der Suche nach Kitaplätzen und Schulkonzepten, Wohnung oder Krankenhaus. Bereits in der Grundschule wird Kindern Druck gemacht, immer und überall gute Leistung zu bringen. Im Berufsleben soll jede Lücke im Lebenslauf verhindert werden, und bei Jobverlust droht Hartz IV. Wettbewerb, dauerhafte Verfügbarkeit und Konformitätsdruck ziehen sich bis weit ins Privatleben hinein. Der Kapitalismus will uns zu flexiblen, hypermobilen, durchsetzungsstarken, rastlosen⁵ Individuen machen.⁶ Dadurch geht Zusammenhalt verloren.

Und wie sieht es konkret in Sachsen aus? In der Erhebung „Sachsen-Monitor“ geben acht von zehn Befragte an, dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen. Fast die Hälfte empfindet die Gesellschaft als ungerecht. Viele machen sich Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (siehe Grafik).



Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2017

Die *Ungleichheit* zwischen West und Ost sowie zwischen Männern und Frauen bei Einkommen und Rente, bei privater und gesetzlicher

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages

Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives

Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

36 Gesundheitsversorgung, von ländlichen Räumen und Ballungszentren, aber auch die
37 Diskriminierung Ostdeutscher beim Zugang zu Führungsebenen staatlicher Institutionen (z.B.
38 Justiz) sind eindruckliche Belege dafür. Vier von fünf Befragten gaben an, dass der Abbau der
39 Ungleichheit durch die Regierung eher nicht oder gar nicht umgesetzt wird.⁷ Andererseits
40 beobachten wir aber auch, dass eine große Zahl der hier lebenden Menschen anscheinend ein
41 Problem mit *Vielfalt* hat. Jede dritte Person lehnt gleichgeschlechtliche Beziehungen ab und
42 eine Mehrheit hat Angst vor Fremden. Die Zahl der fremdenfeindliche Anschläge und
43 Übergriffe auf politisch Andersdenkende ist seit langem hoch.

44 Am Bildungsbereich können viele der beschriebenen negativen Entwicklungen beispielhaft
45 gezeigt werden. Der Freistaat schafft es nicht, allen Kindern gleiche Möglichkeiten zu bieten,
46 also unterschiedliche Elternhäuser und Startbedingungen von Kindern auszugleichen. So
47 verfestigt sich der soziale Status sogar durch die Schule – wer aus armen oder Elternhäusern
48 mit schwachem Bildungshintergrund kommt, wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit später
49 selbst am unteren Einkommensrand wiederfinden und eben nicht seine Potenziale entfalten
50 können. Inklusion als Idee der Gleichwertigkeit, der *Mitmenschlichkeit* und *Solidarität* findet in
51 Sachsen kaum statt. Im sächsischen Bildungssystem wird kaum Wissen über *Demokratie* oder
52 Mitbestimmung vermittelt und gelebt. In keinem anderen Bundesland gibt es so wenige
53 Unterrichtsstunden im Fach Gemeinschaftskunde oder Ethik/Philosophie. Ganz allgemein
54 mangelt es an Begegnungsräumen, in denen (junge) Menschen sich austauschen, politisch
55 diskutieren und *Konflikte bearbeiten* können. Im „Sachsen-Monitor“ gab nur ein Viertel der
56 Befragten an, sich schon einmal *aktiv politisch (Engagement)* eingebracht zu haben. Lokale
57 *Verbundenheit* aufzubauen ist schwierig, wenn alle paar Jahre der Schulort gewechselt werden
58 muss und die Kinder immer längere Zeiten in Bussen, Zügen oder Autos verbringen, statt sich
59 in Wohnortnähe zu bewegen und einbringen zu können. Auch Orte alternativer Jugendkultur,
60 die lokale Anker sein könnten, sind in Sachsen zu oft Mangelware. Aus dem ländlichen Raum
61 ziehen vor allem junge, hoch qualifizierte Frauen weg, weil sie für sich keine beruflichen
62 Perspektiven und Entfaltungsmöglichkeiten in ihrem Zuhause sehen.⁸

63 **Unsere Vision:** Ob arm oder reich spielt in vielen Lebensbereichen keine Rolle mehr, da
64 Rahmenbedingungen für alle Menschen gleichermaßen geschaffen wurden. Die Menschen
65 können von ihrer Rente, ihren Einkommen leben, es gibt Zugang zur Kita, Bildung, zu Kultur,
66 Gesundheit und Mobilität für alle. Die sozialen Sicherungssysteme schützen vor Armut und
67 sind sanktionsfrei gestaltet. Die Menschen können sich wieder mehr umeinander kümmern –
68 in Familien, Vereinen, der Nachbarschaft oder im Freundeskreis.

69 Egal ob Sesshafte, Zurückgekommene, Zugezogene: Die Menschen in Sachsen fühlen sich mit
70 ihrer Umgebung verbunden, im ländlichen Raum ebenso wie in den Städten. Die Sesshaften
71 und die „Neuen“ leben in gegenseitigem Verständnis, sprachlich und kulturell. Die „Neuen“
72 finden in ihrer Umgebung, den sächsischen Dörfern und Städten, auch ein neues Zuhause.

73 In der Zukunft zeigt sich, dass es keine Übergriffe auf Fremde oder Andersdenkende mehr
74 gibt. Vielfalt und unterschiedliche Lebensvorstellungen sind völlig akzeptiert. Die Sächsischen
75 und Sachsen tragen ihre Konflikte mit Anstand aus und werden aktiv, wenn Menschen
76 diskriminiert werden. Die Politik unterstützt aktiv bei der Lösung gesellschaftlicher Konflikte.
77 In den Führungsebenen staatlicher Institutionen arbeiten vornehmlich Menschen, welche die
78 Lebenswirklichkeit „hier“ kennen.

79 Die Bildung fürs Leben steht an erster Stelle, erst dann kommt die Ausbildung für den
80 Arbeitsmarkt.⁹ Schülerinnen und Schüler lernen bereits ab einem frühen Lebensalter ihre
81 Neigungen und Begabungen kennen und können diese in Kita und Schule ausbauen. Sie

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

82 setzen sich schon sehr früh gezielt mit Politik, Menschenrechten und den Grundregeln des
83 Zusammenlebens, wie Hilfsbereitschaft und respektvoller Umgang, auseinander. Die Schule
84 ist ein Ort, an dem Lehrkräfte zusammen mit Schülerinnen und Schüler den Unterricht und
85 das Schulleben gestalten. Alle Kinder und Jugendlichen lernen gemeinsam bis zur zehnten
86 Klasse an einer Schule, die wohnortnah ist. Dabei spielen schulische Leistungen oder gar
87 Beeinträchtigungen keine Rolle, sondern werden im Rahmen von inklusiven
88 Bildungskonzepten ausgeglichen. Inklusion ist an allen Schulen gut-gelebte Praxis. Wahl- und
89 Beteiligungsmöglichkeiten sind außerhalb der Schule reichlich vorhanden, oftmals in
90 Kombination mit kulturellen und sportlichen Angeboten für Kinder und Jugendliche. Wahlen
91 für politische Vertretungen finden ohne Altersbeschränkungen oder sonstigen
92 Ausschlusskriterien statt. Wer hier lebt, soll wählen dürfen!

93 Junge, qualifizierte Frauen können sich auch im ländlichen Raum in Sachsen so entfalten und
94 verwirklichen, dass sie gern herkommen, wiederkommen oder bleiben. Frauen erhalten für
95 gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn wie Männer und sind in Führungsgremien gleichrangig
96 vertreten.

97 **Unsere ersten Schritte:** Als Instrumente für mehr soziale Gerechtigkeit werden auf
98 Bundesebene eine Vermögenssteuer, eine Renten- und Krankenversicherung, in die alle
99 einzahlen, eingeführt. Eine solidarische Pflegeversicherung ermöglicht es, uns angemessen
100 um die eigenen Angehörigen und Mitmenschen kümmern zu können.

101 In Sachsen werden Projekte für ein besseres Miteinander und Toleranz stärker gefördert.
102 Öffentliche Orte der Begegnung, Bildungsträger und kulturelle Einrichtungen, insbesondere
103 Jugendkulturzentren, werden über längere Zeiträume unterstützt als bisher und erhalten
104 dadurch bessere Planungsperspektiven. Eine mehrstufige Initiative für die Förderung
105 qualifizierter Frauen im ländlichen Raum wird gestartet, gibt Impulse in die
106 Personalentwicklung der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes und hilft Netzwerke auf-
107 oder auszubauen.¹⁰

108 In der Schule erhalten politische und Demokratiebildung deutlich mehr Gewicht. Das längere
109 gemeinsame Lernen mindestens bis zur Klasse 8 wird eingeführt, so wie es breite Teile der
110 Gesellschaft wollen (siehe folgende Grafik).



Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Linksfraktion im Jahr 2017

111
112

113

114 Die Schulwegzeiten zu und von der Schule werden auf ein verträgliches Maß abgesenkt, die
115 Schule rückt wieder stärker an den Wohnort.

116

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

¹ Georgi Dragolov und Stephan Vopel, *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt, messen was verbindet - gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland*, hg. von Bertelsmann Stiftung (Gütersloh, 2014).

² Thomas Ebert, *Soziale Gerechtigkeit: Ideen, Geschichte, Kontroversen*, BPB-Schriftenreihe 1571 (Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2015).

³ Svenja Bergt, „Architekt über die Städte der Zukunft: ‚Die Leute wollen Gesellschaft‘“, *Die Tageszeitung: taz*, 9. Mai 2017, Abschn. Gesellschaft, <http://www.taz.de/!5403802/>.

⁴ Christoph Weller, „Konflikte in der pluralisierten Gesellschaft. Oder: Integration durch Konfliktbearbeitung“, in *Was hält Gesellschaften zusammen? Der gefährdete Umgang mit Pluralität*, hg. von Michael Reder, Hanna Pfeifer, und Mara-Daria Cojocaru, Bd. 23, Globale Solidarität - Schritte zu einer neuen Weltkultur (Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 2013), 47–55, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2014082212625>.

⁵ Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus.*, 8. Aufl. (Berlin: Berlin Verlag, 1998), S. 116.

⁶ Heiner Keupp, „Individualisierung: Erosion oder Kitt des Sozialen?“ (Tagung „Riskante Tabuisierungen“, Hochschule für Soziale Arbeit Basel, 22. Januar 2010).

⁷ Reinhard Schlinkert, Florens Mayer, und Michael Mertes, „Sachsen-Monitor 2017 - Ergebnisbericht“ (Bonn: Infratest Dimap, 16. Oktober 2017).

⁸ Stefanie Kley, „Die Verbundenheit mit dem Wohnort und Wegzugsabsichten bei jungen Erwachsenen“ (MIGREMUS Tagung: Migration und residentielle Mobilität, Bremen, 2007); Raj Kollmorgen, Julia Gabler, und Anita Kottwitz, „Wer kommt? Wer geht? Wer bleibt? Eine Studie zur Verbesserung der Verbleibchancen qualifizierter Frauen im Landkreis Görlitz“ (Görlitz: TRAWOS-Institut, Hochschule Zittau/Görlitz, Dezember 2016).

⁹ Jutta Allmendinger, „Mehr Bildung, größere Gleichheit. Bildung ist mehr als eine Magd der Wirtschaft.“, in *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten* /, hg. von Steffen Mau und Nadine M. Schöneck, Bd. 2684, Edition Suhrkamp ; 2684 (Berlin: Suhrkamp, 2015), 74–84, <http://d-nb.info/1051097606/04>.

¹⁰ Kollmorgen, Gabler, und Kottwitz, „Wer kommt? Wer geht? Wer bleibt? Eine Studie zur Verbesserung der Verbleibchancen qualifizierter Frauen im Landkreis Görlitz“.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

	117
Das Problem:	118
Die Lebensqualität	119
auf dem Land und	120
in der Stadt geht	121
weiter auseinander	122
vor allem bei der	123
sozialen Vorsorge.	124
Ursachen sind auch	125
die weiten Wege	126
und die schlechte	127
Erreichbarkeit mit	128
Bus und Bahn. Bei	129
der Infrastruktur	130
machen fehlende	131
Möglichkeiten zur	132
Mitgestaltung das	133
Landleben	134
zunehmend	135
unattraktiv.	136
Unsere Vision:	137
Gleichwertige	138
Lebensqualität	139
überall in Sachsen,	140
mit guten sozialen	141
Standards, die	142
konkret formuliert	143
sind (Personal-	144
schlüssel, Anzahl	145
Beratungsstellen	146
Erreichbarkeit	147
bzw. Entfernung	148
usw.). Bei der	149
technischen	150
Vorsorge gibt es	151
vielfältige und	152
unterschiedliche	153
Angebote und	154
Lösungen.	155
	156
	157
	158
	159
	160
	161

2. Wie gleichwertig ist unsere Lebensqualität?

Die Situation: Wie sozial eine Gesellschaft ist, zeigt sich daran, ob alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dafür müssen der Staat und die Kommunen in wesentlichen Bereichen eine für alle gleichermaßen zugängliche einkommens- und wohnortunabhängige Grundversorgung (Daseinsvorsorge) von wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Leistungen garantieren. Diese durch Staat und Kommunen bereitgestellte Grundversorgung ist notwendig, um alle Bürger*innen eines Gemeinwesens gleichermaßen teilhaben zu lassen unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Daseinsvorsorge ist damit ein Grundpfeiler für das Funktionieren der Gesellschaft:¹

Technische Vorsorge: Verkehrsinfrastruktur, Verkehrsdienste (Schultransport, ÖPNV), Kommunikation (Telefon, Internet), Energieversorgung (Wärme, Strom), Wasser (Trink-/Abwasser), Abfallentsorgung, Hochwasserschutz, Wohnungswirtschaft (sozialer Wohnungsbau), Anlaufstellen der Kommune, des Landkreises in Wohnortnähe (z.B. Bürger*innenbüros)

Soziale Vorsorge: Kultur (Theater, Museen), Bildungswesen (Kinderbetreuung, Schule), Gesundheitswesen und Altenpflege, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (Bankkonto, Rente), Rettungswesen (mit Katastrophenschutz und Feuerwehr), öffentliche Sicherheit (Polizei), Sportstätten, Friedhöfe, Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs, Beratungseinrichtungen für schwierige Lebenssituationen, Netz der Jugendhilfe

Die sozialen Verwerfungen sind in unserer Gesellschaft stark ausgeprägt. Menschen mit geringen Einkommen können kaum mehr oder nur sehr eingeschränkt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben. Zuerst sind die sozialen Bedürfnisse sicherzustellen.

Was gleichwertige Lebensbedingungen zwischen unterschiedlich strukturierten Regionen konkret ausmachen, ist oft unklar. Allerdings gilt es neben regionalen Anpassungen auch Ungleichbehandlungen z. B. von Frau und Mann sowie die Startbedingungen von Kindern und Jugendlichen mehr als bisher in den Fokus zu rücken.

Sowohl die Forderungen nach Minimalversorgung als auch der Ruf nach Maximalversorgung mit flächendeckend einheitlichen Angeboten sind sehr technokratisch und abrechenbar angelegt und gehen am eigentlichen Ziel der gleichberechtigten „Teilhabe am öffentlichen Leben“ vorbei. Denn: Auch eine gleiche Ausstattung (z. B. barrierefreie Sozialwohnungen) oder gleiche Geldzuweisungen (z. B. für Kinder- und Jugendhilfe) sagen nur bedingt etwas darüber aus, ob Menschen in der Realität ihre tatsächlichen (sozialen) Lebensbedürfnisse befriedigen und uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilhaben können.

Folgende Probleme sehen wir aktuell, auch in Sachsen bei der Entwicklung und Planung der öffentlichen Daseinsvorsorge:

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

- 162 ▪ *In sozialen, soziokulturellen und medizinischen Bereichen deutliche Unterversorgung:*
163 Haus- und Fachärzte, Psychotherapieplätze, Vorsorgeangebote, Beratung,
164 Sozialpädagogische- und Jugendfreizeitangebote usw. fehlen, insbesondere im ländlichen
165 Raum. Die Bedarfsermittlung ist qualitativ unausgewogen, aufgestellte Bedarfspläne
166 werden nicht erfüllt oder an kommunale Haushaltslagen angepasst, Praxen und
167 Personalstellen bleiben unbesetzt. Pro-Kopf-Zuweisungen benachteiligen grundsätzlich
168 den ländlichen Raum.-
- 169 ▪ *In einigen technischen Bereichen Überdimensionierung:* Im Gegensatz zur sozialen
170 Daseinsvorsorge werden bei der technischen Vorsorge zum Teil zu üppige Planungen und
171 Vorgaben gemacht. In der Folge wird die Infrastruktur nicht wirtschaftlich ausgelastet
172 (Kläranlagen) oder die Erhaltungskosten sind zu hoch (Straßen).
- 173 ▪ *Der persönliche Aufwand von Menschen wird bei der Planung von Versorgung oft nicht*
174 *berücksichtigt:* Die Versorgungseinrichtungen sind in Plänen oft „theoretisch“ gut verteilt,
175 aber der Aufwand diese zu erreichen oder zu nutzen wird nicht eingerechnet. Und was
176 zumutbar genau heißt, darüber gibt es ganz unterschiedliche Vorstellungen. Für die
177 Sächsische Staatsregierung ist es beispielsweise zumutbar, wenn Grundschulkinder für
178 den Weg zur Schule deutlich mehr als eine Stunde täglich unterwegs sind, wenig Zeit für
179 Hobbys und teilweise längere „Arbeitstage“ als ihre Eltern haben. Letztlich fehlt die
180 gesellschaftliche Diskussion über die (z.B. gesundheitlichen oder sozialen) Folgen des
181 immer weiter „Wegrückens“ der Angebote (Zentralisierung).²
- 182 ▪ *Die Gesamtwirkung von technischen Ausstattungsstandards wird ignoriert:* Mögliche
183 negative Auswirkungen werden nicht mit einberechnet. Zum Beispiel ermöglicht die
184 Anbindung ländlicher Gegenden mit Schnellstraßen („Fahrzeit zum nächsten
185 Oberzentrum“) tlw. zwar Gewerbeansiedlungen oder kürzere Pkw-Pendlerzeiten, führt in
186 der Regel aber dazu, dass im Laufe der Zeit die Geschäfte vor Ort aufgeben müssen,
187 Angebote zentralisiert werden (u.a. Verwaltungs- oder Krankenhausstandorte) und
188 Menschen ohne Autoverfügbarkeit dann wiederum einen klaren Nachteil und sehr hohen
189 Aufwand haben, um sich zu versorgen (Einkauf, Arzt etc.).
- 190 ▪ *Öffentliche Versorgung wird privatisiert:* In einigen Bereichen der öffentlichen
191 Grundversorgung picken sich Privatunternehmen die Rosinen heraus oder unterlaufen
192 Mindestanforderungen, um Gewinne zu machen, und überlassen die Defizite dem Staat,
193 zum Beispiel in der Wohnungswirtschaft, der Energieversorgung, dem Breitbandausbau
194 und der Altenpflege.
- 195 ▪ *Verschiedene Zuständige, aber keine Koordination:* Es gibt zwar unzählige Versuche
196 im Freistaat, beim Bund und bei der EU über Aktionsräume, Modellregionen,
197 Förderprogramme, Wettbewerbe, Pilotvorhaben, innovative Projekte und
198 wissenschaftliche Untersuchungen neue Lösungen zu finden. Aber es fehlt an der
199 Verstetigung, insbesondere an fester Grundfinanzierung. Außerdem gibt es oft
200 verschiedene Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Eine enge und zielgerichtete
201 Koordination durch den Freistaat Sachsen fehlt hier.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)



202

203 *Fazit:* Letztlich nutzt die Politik ihre Möglichkeiten bei weitem nicht aus, um die anstehenden
204 Probleme zu lösen. Weder bei den kleinen konkreten Vorhaben (z.B. Dorfläden vs.
205 Einkaufszentren auf der grünen Wiese) noch bei den großen Vorhaben, wie Pflege- und
206 Gesundheitsreform. Und erst recht nicht bei der Gestaltung von sozialen
207 Versorgungsstandards, welche in der Realität auch wirkliche Grundbedürfnisse absichern
208 und Spielraum für die Anpassung durch die Betroffenen vor Ort geben, insbesondere bei der
209 Ausgestaltung der technischen Versorgung.

210 **Unsere Vision:** Alle Menschen in Sachsen können am gesellschaftlichen Leben teilnehmen
211 unabhängig vom Wohnort, Geldbeutel oder einer Fahrerlaubnis. Niemand wird erwarten,
212 dass in Stadt und Land die gleiche Infrastruktur gegeben ist, aber die Unterschiede sind
213 denkbar klein, wenn es nach uns geht. Für die einzelnen Regionen wurden passgenaue
214 Lösungen für Probleme entwickelt, zum Beispiel bei der Breitbandversorgung, beim Erhalt
215 von Schulstandorten, bei der medizinischen Versorgung usw. Dafür wurde insbesondere die
216 kommunale Zusammenarbeit gestärkt und deutlich ausgebaut. Individuelle Lösungen zur
217 Schaffung von Orten des Treffens, des gemeinschaftlichen Lebens wurden gestärkt, z.B.
218 Dorfläden dort geschaffen, wo es keine Einkaufsmöglichkeiten oder Treffpunkte mehr gab.

219 Der Besuch von Theater, Kino und die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten ist nicht mehr
220 wohnort- und einkommensabhängig, sondern sowohl der Zugang als auch die Erreichbarkeit
221 ist für alle Menschen, die gern teilhaben wollen, abgesichert - egal ob jung oder alt, arm oder
222 reich.

223 Der Freistaat und der Bund wachen über die Erreichung der Zielvorgaben (sauberes
224 Trinkwasser, maximal 20 Minuten Schulweg pro Strecke, Betreuungsschlüssel von 1:4 in
225 der Krippe, 1:10 im Kindergarten und 1:17 im Hort, ...) koordinieren, ermöglichen und
226 finanzieren. Die konkrete Gestaltung läuft vor Ort ab. Dazu gehört auch die Frage wie eine
227 Schule innerhalb von Lehrplänen organisiert wird und wie eine Ortschaft ausgestattet wird.
228 Verantwortungsgemeinschaften mit eigenen lokalen Finanztopfen sind entstanden, welche
229 die öffentliche Grundversorgung organisieren.

230 Regional und kommunal sollen privatisierte öffentlichen Einrichtungen und Infrastruktur
231 wieder in genossenschaftliches bzw. gemeinschaftliches Eigentum überführt werden.

232 Öffentliche Angebote werden hauptsächlich solidarisch finanziert, das heißt alle
233 Bevölkerungsgruppen zahlen ein (z.B. bei Krankenkasse oder Rentensystem, aber auch beim
234 ÖPNV). Unterschiedliche Regionen werden nicht pauschal in einen Topf geworfen, sondern
235 erhalten „zugeschnittene“ Zuweisungen. Die Daseinsvorsorge ist wieder stärker auf die
236 öffentliche Hand übertragen worden, zum Beispiel bei der Breitband-Infrastruktur. Ehrenamt
237 wird generell entschädigt, dauerhaft begleitet und unterstützt, ersetzt aber weder öffentliche
238 Aufgaben noch Infrastruktur, da diese staatlicherseits sichergestellt ist.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

239 Das öffentliche Verkehrswesen ist mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens
240 grundlegend neu organisiert und auskömmlich finanziert. Die Prioritätensetzung bei der
241 Finanzierung wurde dahingehend umgekehrt, dass öffentlicher, gemeinschaftlicher Verkehr
242 vor Förderung von individualisiertem Verkehr Praxis ist. Alle öffentlichen Angebote sind
243 barrierefrei und kostengünstig mit dem ÖPNV zu erreichen, z.B. im ländlichen Raum in
244 maximal einer halben Stunde Fahrtzeit (Tür-zu-Tür, eine Richtung). Ein guter ÖPNV soll dazu
245 beitragen, räumliche Trennung von Familien und Freundeskreisen ein wenig aufzufangen
246 und ein selbstbestimmtes Leben aller zu ermöglichen. Die Versorgungseinrichtungen und -
247 angebote sind ohne fremde Hilfe auffindbar, erreichbar, zugänglich und nutzbar
248 (barrierefrei).

249 Im ländlichen Raum wird einerseits das „Abwandern“ gesellschaftlich akzeptiert, andererseits
250 das Bleiben, Zuwandern und Wiederkehren ausdrücklich begrüßt und gefördert. Regelungen
251 und gesetzliche Vorgaben werden (unter Wahrung der definierten Mindeststandards und des
252 Grundgesetzes) mit Experimentier- und Öffnungsklauseln für neue Ideen und alternative
253 Lebensentwürfe geöffnet, damit Initiativen auf lokaler Ebene oder in kommunalen
254 Kooperationsräumen neue Lösungen erproben und dauerhaft umsetzen können.

255

256 **Unsere ersten Schritte:** Um die derzeitigen Probleme im Bereich der medizinischen,
257 ärztlichen und gesundheitlichen Versorgung nachhaltig zu lösen, müssen alle
258 Verantwortungsträger an einen Tisch. Solche Kooperationsstrukturen müssen verbindlich
259 sein und institutionalisiert werden. Dabei muss sektorenübergreifend und überregional
260 gedacht werden, so dass eine Rahmenbedarfsplanung entsteht, die als Ziel die
261 Sicherstellung einer funktionsfähigen, wohnortnahen Versorgungsstruktur zum Ziel hat.

262 In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge wollen wir einen sog. finanzpolitischen
263 Demografiefaktor einführen, um die öffentlichen Angebote insbesondere im ländlichen
264 Raum zu verbessern bzw. auf die lokale Situation auszurichten. Das bedeutet, dass nicht
265 allein die Einwohner*innenzahl ausschlaggebend ist, sondern auch weitere Faktoren, wie zu
266 bedienende Fläche, derzeitiger Stand oder aber auch Alter der Bevölkerung eine Rolle
267 spielen müssen bei der Zuweisung von Mitteln.

268 Die Vorgaben für die Erreichbarkeit von öffentlichen Angeboten und Einrichtungen sind auf
269 den ÖPNV ausgerichtet und auf maximal eine halbe Stunde von Tür-zu-Tür-Fahrtzeit
270 beschränkt (Vorbild Schweiz). Mindestbedienstandards für alle Gemeinden in Sachsen sind
271 eingeführt, z.B. zwischen 6 und 22 Uhr mindestens Stundentakt (Bus, Bahn) für Gemeinden
272 ab 500 Einwohner*innen. Die Beteiligung und die Fahrgastrechte im öffentlichen
273 Nahverkehr werden wir ausbauen, unter anderem mit Anschluss-Garantie, Fahrpreis-
274 Rückerstattung, Fahrgastbeiräten vor Ort. Um die Situation auf Sachsens Straßen zu
275 entspannen und das Verkehrsaufkommen zu mindern, halten wir daran fest, dass
276 Güterverkehr (insbesondere Schwerverkehr) auf die Schiene verlagert wird.

277 Als Grundlage für die Definition der Mindeststandards für die Taktung des Personenverkehrs
278 wird eine Untersuchung gesundheitlicher, ökologischer und sozialer Folgen mangelnder
279 Erreichbarkeit von Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge einschließlich von
280 Wegezeiten und -kosten durchgeführt, die sich zunächst auf die Erreichbarkeit von
281 Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der medizinischen Versorgung und sozialer Dienste
282 sowie Nahversorgungseinrichtungen konzentriert.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

283 Diese Untersuchung wird schrittweise dahingehend ausgebaut, dass alle Maßnahmen und
284 Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge auf ihre Gesamtwirkungen für Kommune,
285 Freistaat, aber auch die Menschen abgeschätzt werden können.

286 Vormalig privatisierte Einrichtungen und Angebote werden verstärkt zur öffentlichen Hand
287 zurückgeholt (rekommunalisiert), unter anderem bei Breitband, Gesundheit, Pflege und
288 Wohnungswirtschaft. Parallel werden öffentliche Angebote ausgebaut, wie der öffentliche
289 Gesundheitsdienst (Bevölkerungsschutz, Gesundheitsförderung, Prävention). Neben der
290 Rekommunalisierung sollten auch Projekte begleitet und unterstützt werden, welche
291 öffentliche Infrastruktur in gemeinschaftliches, genossenschaftliches oder gemeinnütziges
292 Eigentum zurückführen.

293 Auf Bundesebene bedarf es im Bereich der medizinischen Versorgung großer Schritte. So
294 müssen Kranken- und Pflegeversicherung durch eine neue solidarische Finanzierung (alle
295 zahlen ohne Bemessungsgrenze ein) besser ausgestattet werden. Durch eine tarifvertraglich
296 vereinbarte deutlich bessere Bezahlung für Pflegekräfte und durch verbesserte
297 Betreuungsschlüssel erreichte höhere Attraktivität wird der Fachkräftemangel in der Pflege
298 gedämpft.

¹¹ Manfred Miosga, *Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern - nicht nur Aufgabe der Kommunen!*
(München: BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015).

² Alexandra Rüger u. a., „Regionale Unterschiede in der Ärztedichte (in Bayern)“, *GGW, Wissenschaft*, 14,
Nr. 2 (April 2014): 7–17.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

3. Demokratisierung der Demokratie

299

Das Problem	300	Die Situation: Ein Land, in dem Demokratie und demokratische Kultur einen hohen Stellenwert genießen, muss gewährleisten, dass sich möglichst viele Menschen auf allen Ebenen für ihre Interessen und Belange einsetzen können. Dabei dürfen sich Partizipation und politische Willensbildung nicht in der Teilnahme an den jeweiligen öffentlichen Wahlen erschöpfen.
<i>Mitgestaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger kaum möglich.</i>	301 302 303 304	
Unsere Vision: <i>Die Dörfer und Städte haben Gestaltungsfreiheit und Beteiligungskultur.</i>	305 306 307 308 309 310 311 312 313 314 315	In den letzten drei Jahrzehnten hat man in Sachsen den Menschen wenig zugetraut, ihnen in manchen Angelegenheiten sogar misstraut. Seitens der Landesregierung, aber auch vieler kommunaler Verwaltungen gibt es die Haltung, dass die meisten Entscheidungen am besten ohne einen Dialog mit der Einwohnerschaft und der Gesellschaft getroffen werden sollten. Daraus hat sich mancherorts und auch auf Landesebene ein Alleinvertretungsanspruch der CDU herausgebildet, der zum Teil monarchische Züge angenommen hat. Der erste sächsische Ministerpräsident nach 1990 war gar unter dem Namen König Kurt im Freistaat bekannt. Ein Selbstbild, dem viele Menschen hierzulande lange vertraut haben.
	316	<i>Keine Beteiligungskultur:</i> Schon jetzt gibt es in Sachsen formal verschiedene Beteiligungsinstrumente. Sie sind allerdings meist so angelegt, dass sie in der Praxis ihre Wirkung nur schwer entfalten können. So hat der erste Sächsische Landtag nach der Wiedervereinigung bei der Erstellung seiner Verfassung direkte Demokratie, also die Möglichkeit von Volksentscheiden, explizit festgeschrieben. Demnach sind Landtag und „Staatsvolk“ gleichberechtigte Gesetzgeber. Aufgrund der sehr hohen Hürden hat in Sachsen in 28 Jahren allerdings erst ein erfolgreicher Volksentscheid stattgefunden. Die Behandlung von Fragen einfacher Willensbildung mittels normaler Anträge statt juristisch einwandfreier Gesetzentwürfe ist in Sachsen gar nicht möglich. Ähnlich verhält es sich auch auf kommunaler Ebene, wo mit einem 10-Prozent-Quorum eine lebendige Beteiligungskultur kaum möglich ist. Für den Verein Mehr Demokratie e.V., der in einem Länderranking die Bürgerfreundlichkeit der direkten Demokratie in Deutschland bewertet, belegte Sachsen im Jahr 2016 nur den Platz 9 (2003: Platz 3), kam auf Landesebene auf eine Schulnote 4 und auf Kommunalebene auf eine Schulnote 3.
	317 318 319 320 321 322 323 324 325 326 327 328 329 330 331 332	
	333 334 335 336 337 338 339	Auch das Instrument der Petitionen ist in Sachsen schwach ausgebildet. So ist die Bewertung von eingehenden Petitionen im Grunde von politischen Mehrheiten im Parlament oder in der Kommunalvertretung abhängig. Weitreichende Erfolge können daher mit dieser Beteiligungsmöglichkeit nur in sehr seltenen Fällen erreicht werden. Durchgriffsmöglichkeiten des Parlamentes oder der Kommunalvertretung gegenüber der Regierung oder den Kommunalverwaltungen sind somit fast nicht vorhanden.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

340 Ebenso wenig entwickelt ist auch das Beteiligungssystem von Beiräten, Arbeitsgruppen oder
341 diversen Vertretungen (z.B. Schülerparlamenten). Viele Menschen bringen sich ehrenamtlich
342 mit ihren Ideen und Visionen in die Entwicklung der Kommunen oder des Landes ein und
343 engagieren sich viele hundert Stunden, um diese Gesellschaft lebens- und liebenswerter zu
344 gestalten und treffen doch immer wieder auf Schranken und Barrieren.

345 Bürgerdialoge, Einwohnerversammlungen und Diskussionsforen, um über die zukünftige
346 Gestaltung des Zusammenlebens zu debattieren, finden auf den verschiedenen Ebenen nicht
347 statt. Vielmehr haben sie den Charakter von Verkündungsveranstaltungen, die nur dazu da
348 sind, die Verwaltungs- oder Regierungsmeinung mitzuteilen und bestenfalls noch einmal zu
349 erklären. Offene Prozesse von Willensbildung und Raum für Kreativität und Meinungsstreit
350 sind damit von vorn herein ausgeschlossen.

351 All dies hat unter dem Strich der Demokratie in Sachsen einen riesigen Schaden zugefügt.
352 Viele Menschen glauben nicht mehr daran, dass ihre Meinung gefragt ist. Sie fühlen sich
353 degradiert zu bloßem „Stimmvieh“ für Wahlen. Das führt vielfach zu Frustration und zu
354 Zweifeln am Funktionieren der Demokratie.

355 **Unsere Vision:** Wir leben in einem weltoffenen, neugierigen, kreativen Freistaat, in dem sich
356 Menschen auf den verschiedenen Ebenen einbringen und ihre Ideen und Vorstellungen einer
357 modernen und vielfältigen Gesellschaft umsetzen können. Geeignete Veranstaltungen und
358 Beteiligungskonzepte bilden die Grundlage, einen Ausgleich zwischen den Interessen der
359 verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen. In den Städten und Gemeinden
360 finden Diskussionsforen zu Gemeinde-, Kreis- und Landespolitik statt, auf denen die
361 politischen Akteur*innen sich mit ihren Vorstellungen einem streitbaren Publikum stellen.
362 Auch die Menschen selbst haben Lust, wieder inhaltlich zu diskutieren, weil sie mit ihren
363 Positionen und Vorstellungen gehört und ernst genommen werden.

364 Politische Kultur heißt, dass in der öffentlichen Diskussion, aber auch im Parlament offen und
365 frühzeitig in Entscheidungsprozesse mit der ernsthaften Bereitschaft hineingegangen wird,
366 eigene Positionen selbstkritisch zu hinterfragen und ggf. zu verändern.

367 Die Zeit des Durchregierens ist vorbei. Die Möglichkeit, sich breit und wirkungsvoll
368 einzubringen, hat auch zur Folge, dass Diskussionen und Debatten kulturvoller und
369 respektvoller stattfinden. Die Menschen haben Demokratie als gute Möglichkeit
370 kennengelernt, sich mit ihren Argumenten Gehör zu verschaffen, aber gleichzeitig auch
371 andere Mehrheiten am Ende eines Willensbildungsprozesses zu akzeptieren.

372 Volksentscheide werden in Sachsen vielfach angewandt, nicht nur für Gesetzesvorhaben,
373 sondern auch für einfache Anträge und sogar, um Gesetze des Landtages aufzuheben. Dafür
374 wurden die Quoren massiv gesenkt und Verfahren vereinfacht. Auch auf kommunaler Ebene
375 wird direkte Demokratie viel häufiger genutzt, weil die Quoren weiter gesunken sind und in
376 den Städten, Gemeinden und Landkreisen wieder mehr zu entscheiden und mehr zu
377 verwirklichen ist. Über wichtige kommunale Entscheidungen sind Bürgerentscheide sogar
378 verpflichtend.

379 Bürger*inneninitiativen als zeitlich begrenzte parteiunabhängige Zusammenschlüsse von
380 Akteur*innen werden als direktdemokratische Beteiligungsform einer engagierten
381 Bürgerschaft anerkannt, ihr Verhinderer-Image ist durch einen produktiven Umgang von Staat

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

382 und Politik aufgelöst, die deren Äußerungen von Partikularinteressen aufnehmen und
383 diskutieren.

384 Versammlungen und Demonstrationen sind Ausdruck einer ursprünglich-lebendigen
385 unmittelbaren Demokratie und häufig wichtiges Minderheitenrecht, die Kritik an staatlichem
386 Handeln, an Regierungspolitik oder gesellschaftlichen Zu- oder Missständen aufzeigen und so
387 die notwendige kritische Unruhe für gesellschaftliche Weiterentwicklung, gegen
388 selbstüberschätzende Routine und Fehlwahrnahmen des politischen Betriebs erzeugen. Der
389 Ausübung solcher demokratischer Rechte, wie dem Wahlrecht, dem Versammlungsrecht oder
390 dem Vereinigungsrecht werden keine Hürden in den Weg gelegt, sie sind von allen hier
391 lebenden Menschen anwendbar. Gesellschaftlich getragener, demokratischer Protest wird
392 von der Politik als Bereicherung der demokratischen Praxis wahrgenommen und dessen
393 Anliegen in politische Entscheidungsprozesse einbezogen.

394 Aber: Direktdemokratische Beteiligungsformen – anders als z.B. repräsentative Wahlen –
395 brauchen eine besonders aufgeklärte Bürgerschaft, die um ihre Rechte weiß, ihre Ziele klar
396 formulieren kann und durchzusetzen in der Lage ist. Direktdemokratische Beteiligungsformen
397 brauchen deshalb gute Bildung, damit sie von allen sozialen Gruppen und Schichten
398 unabhängig von Bildungsstand und Einkommen gleichermaßen angewendet werden können.

399 Auch das Petitionswesen ist reformiert, transparenter und mittels erweiterter und
400 erleichterter (auch elektronischer) Zugänge organisiert, und die Menschen haben eine viel
401 größere Aussicht darauf, mit ihren Anliegen erfolgreich zu sein. Petitionen helfen,
402 Entscheidungen von Politik und Staat auf ihre praktische Wirkung hin zu überprüfen und neue
403 politische und staatliche Initiativen auszulösen. Sie sind damit geeignet, die Akzeptanz und
404 Qualität von politischem und staatlichem Handeln zu erhöhen und gerichtliche
405 Auseinandersetzungen zu vermeiden.

406 Im Verwaltungsalltag ist die Erkenntnis gereift, dass Professionalität und Routine nicht immer
407 vor Fehlern schützen kann. Die neue Fehlerkultur beinhaltet, dass auch öffentliche
408 Verantwortungsübernahme von Entscheidungsträgern bzw. Entschuldigungen und ggf.
409 Entschädigungen gegenüber den Einreichenden von Petitionen bzw. von Betroffenen zur
410 Normalität geworden sind.

411 Beiräte und dauerhaft wirkende Interessenvertretungen von gesellschaftlichen Gruppen wie
412 Schüler*innen, Senior*innen, Behinderten oder Migrant*innen arbeiten intensiv an neuen
413 Ideen und entwickeln Konzepte für ihre Belange. Mit diesen Konzepten treffen sie auf offene
414 Kommunalvertretungen und Parlamente, die daraus nach einem partnerschaftlichen
415 Abwägungsprozess konkrete Handlungen ableiten. Politische oder staatliche Entscheidungen,
416 die direkt die Interessen von gesellschaftlichen Gruppen berühren, werden zwingend mit
417 diesen vorberaten und kommen gegen deren Veto nicht zustande.

418

419 **Unsere ersten Schritte:** Verpflichtende Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene bei allen
420 Fragen von Gemeindefusionen oder Gemeindeanschlüssen (adäquat dazu Landkreis) und im
421 Fall der Überführung von öffentlichem Eigentum in eine andere Eigentumsform werden
422 eingeführt. In den Amtsblättern sind den konträren Positionen gleiche Möglichkeiten der

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

423 Verbreitung ihrer Argumente einzuräumen. Das Quorum auf Kreisebene ist auf 5 Prozent zu
424 senken (jetzt 10 Prozent).

425 Auf Landesebene wird das Quorum für einen Volksentscheid von 450.000 Unterschriften
426 (etwa 13 Prozent), auf 5 Prozent der Wahlbeteiligung zur letzten Landtagswahl gesenkt. Da
427 die Möglichkeit besteht, mit 5 Prozent in Fraktionsstärke in den Landtag einzuziehen
428 unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung, wird dies auch künftig für die Ermittlung der
429 Quoren für Volksentscheide angewandt.

430 Petitionsausschüsse und dort entsprechend die Fraktionen sollen erweiterte Durchgriffs- und
431 Anhörungsrechte gegenüber allen Sächsischen Behörden, Institutionen und öffentlichen
432 Einrichtungen erhalten. Dies macht es möglich, sich alle zum Sachverhalt der Petition
433 zugehörigen Akten vorlegen zu lassen und von diesen Kopien anzulegen.
434 Sachverhaltsklärungen können nicht mehr nur über die Regierung und die Verwaltungen
435 erfolgen, sondern bei Bedarf direkt.

436 Anhörungen zu Petitionen erfolgen öffentlich. Neben Vertretern von beteiligten Behörden,
437 staatlichen Einrichtungen und Petenten sind auf Verlangen der/des berichterstattenden
438 Abgeordneten/kommunalen Rates/in zusätzlich auch unabhängige sachverständige Dritte
439 anzuhören.

440 Petitionsausschüsse kontrollieren die Umsetzung von Beschlussempfehlungen auf ihrer
441 Ebene. Sie können dazu zusätzliche mündliche oder schriftliche Stellungnahmen abfordern.
442 Eine Petition gilt erst dann als abgeschlossen, wenn der letzte Bericht der exekutiven Ebene
443 zur Umsetzung der Beschlussempfehlung durch den Ausschuss beschlossen wurde.

444 Bürgerhaushalte als Element lokaler Beteiligungskultur werden allgemeine kommunale Praxis
445 von Bürger*innenbeteiligung. Dabei erhalten alle Einwohner*innen einer Kommune
446 internetgestützt und/oder über direkte Kommunikationsformate Einblick in den gesamten
447 oder Teile eines öffentlichen Haushaltes mit dem Ziel, sowohl Spar- als auch
448 Ausgabenvorschläge einzubringen. Kommunale Haushalte werden dazu transparent und
449 bürgerfreundlich aufbereitet.

450 In einem ersten Schritt wird in Sachsen das Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf
451 16 Jahre abgesenkt. Gleiches gilt für Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene.

452 Sitzungen der Kreistage werden künftig live übertragen, dafür leistet der Freistaat
453 entsprechende Hilfe. Für Städte und Gemeinden, wird in einem ersten Schritt eine „Soll-
454 Bestimmung“ geschaffen.

455
456 Generell gibt es einen massiven Ausbau von digitalen Beteiligungsinstrumenten. Dazu zählen
457 auch perspektivisch die online-basierende Teilnahme an Volksentscheiden und
458 Bürgerbegehren auf den verschiedenen politischen Ebenen.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

**4. Was erwarten wir von Arbeit und Wirtschaft?
Vorschlag: Leben um zu arbeiten oder arbeiten um
zu leben?**

Das Problem:	459	Zur Situation: Gesellschaft, wir LINKE, Freiheit, Arbeit und Kapitalismus:
Der Lohn reicht oft	460	Egal, ob Mensch für oder gegen den Kapitalismus ist, verkürzt er meist zu
nicht, Erwerbslose	461	Unrecht. Wir alle tun uns schwer damit, im Kapitalismus mehr als die
ohne Perspektive,	462	Wirtschaft zu sehen und in der Wirtschaft ausschließlich Kapitalismus. Für
Stärken der	463	uns als LINKE sind Wirtschaft und Arbeit jedoch grundsätzlich Mittel zum
sächsischen	464	Zweck.
Wirtschaft zu wenig	465	
gewürdigt	466	Das Wirtschaftssystem in unserer modernen Gesellschaft ist das einzige
	467	Themenfeld, welches, im ursprünglichen Sinne, nur mit einem Wort
Unsere Vision:	468	beschrieben wird: Kapitalismus. Dem Streben danach, das ökonomische
Die Bedingungen für	469	Prinzip konsequent zu verwirklichen. Diesem Streben stellt sich DIE LINKE
(berufliche)		entgegen.
Selbstverwirklichung	470	
stimmen. Die Löhne	471	Wer heutzutage den Kapitalismus kritisiert und auf zutiefst problematische
steigen. Sachsen	472	Auswirkungen im Hinblick auf den Verschleiß von Arbeitskräften, auf
tüftelt für die „Zeit	473	soziale Verwerfungen, von immer fortwährender Kosteneffizienz und die
nach dem	474	Ausrichtung auf stetigen Wachstum aufmerksam macht, gilt als weltfremd
Kapitalismus“.	475	in Wirtschaftsfragen. Die Rücksichtnahme auf politische, rechtliche,
	476	familiäre, gesundheitliche und ökologische Freiheiten einer Jeden und
	477	eines Jeden, die sich niemals der ökonomischen Effizienz, also dem
		kapitalistischen System unterwerfen dürfen, gilt als besonders verwerflich.
	478	
	479	Vom Gemeinwohl her zu denken, bei der Bewertung von Wirtschafts- und
	480	Arbeitsprozessen andere Prioritäten zu setzen und nicht ausschließlich
	481	Kostenersparnis und die Erhöhung auf der Einnahmenseite im Blick zu
	482	haben, gilt mindestens als Naivität und in diesem System nicht
		angekommen zu sein. Wir bestreiten das.
483		
484		<i>Erwerbsarbeit verändert sich:</i> In erster Linie ist Erwerbsarbeit im
485		Kapitalismus der Wirtschaftlichkeit untergeordnet. Das Wie und Warum
486		des Arbeitens verändern sich. Ein Aspekt der bestehenden Spaltung in der
487		Gesellschaft ist auch darin begründet, dass es unterschiedliche Begriffe
488		von Arbeit und auch eine unterschiedliche Erwartung an Arbeit gibt. Diese
489		Unterschiedlichkeit muss auch noch regional differenziert betrachtet
490		werden. Unsere Gesellschaft ist dadurch geprägt, dass Erwerbsarbeit für
491		die meisten Menschen den wichtigsten Zugang zur Finanzierung ihres
492		Alltags darstellt und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dient. Damit
493		müssen die Akteur*innen in Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Tarif- und
494		Sozialpolitik alles dafür tun, um möglichst vielen Menschen Erwerbsarbeit
		zu ermöglichen.
495		
496		Der Mensch ist darauf getrimmt, Tätigkeiten auszuüben und Sinn im
497		Austausch mit seinen Mitmenschen zu finden. Ob Arbeit aber
		grundsätzlich Erwerbsarbeit sein muss, scheint die Frage der Zukunft. Je

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

498 mehr wir technisch voranschreiten, die Digitalisierung alle Lebensbereiche durchdringt, sich
499 Arbeitsproduktivität steigert, trotz oder gerade wegen wegfallender von Menschen besetzter
500 Arbeitsplätze Wachstum möglich ist, desto wesentlicher wird die Frage, ob es richtig ist, den
501 Arbeitsbegriff auf Erwerbsarbeit zu verengen und eine ganze Gesellschaft darauf auszurichten.
502 Eine neue Generation mit neuen Erwartungen wächst heran, deren Anspruch es ist, Familie,
503 Hausarbeit, häusliche Pflege, zivilgesellschaftliches Engagement, lebenslanges Lernen und
504 Bildung nicht nur unter einen Hut zu bringen, sondern der Erwerbsarbeit mindestens als
505 gleichwertig zu betrachten.

506 (Privater) Reichtum wird mit immer weniger (menschlicher) Arbeit erzeugt. Gleichzeitig nehmen
507 soziale Ungleichheit, Stress, Angst, psychische Erkrankungen, fehlende Zeit für Privatleben und
508 Kultur zu. Anstatt drüber nachzudenken, wie wir Arbeit so organisieren, dass wir mit einem
509 geringen Aufwand von Kraft und Zeit alles Notwendige zum Wohle aller produzieren, reden wir
510 über immer mehr Arbeit und meinen damit ausschließlich die Erwerbsarbeit. Es gilt immer noch:
511 1. Die Vollbeschäftigung, 2. Die Vollbeschäftigung und 3. Die Vollbeschäftigung.

512 Die jährlich im Bereich unbezahlter Arbeit geleisteten Arbeitsstunden (Haushalt, Familie,
513 Ehrenamt usw.) sind bei weitem höher als die bezahlten. Löhne und Gehälter reichen oft nicht
514 zum Leben. Im Jahr 2016 verdiente die Hälfte aller Vollzeitbeschäftigten in Sachsen weniger
515 als 2.400 € brutto pro Monat - der drittletzte Platz im Vergleich aller deutschen Bundesländer.
516 Befristete und Leiharbeitsverträge sind in Sachsen üblich. Die Armutsgefährdungsquote in
517 Sachsen liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das Unsicherheitsgefühl der Menschen
518 in ihrer Lebensplanung frustriert im Alltag.

519 Die Kategorisierung in arbeitende, arbeitswillige und arbeitsunwillige Menschen bringt
520 bedrohliche Vorurteile mit sich, denn sie bewertet die Menschen nach ihrem wirtschaftlichen
521 Wert und lässt die eigentlichen Gründe für die Arbeitslosigkeit außen vor. Langzeitarbeitslosen
522 droht eine gesellschaftliche Stigmatisierung und Altersarmut. Das Phänomen der
523 Arbeitslosigkeit wird von staatlicher Seite umgedeutet. Eigentlich müsste es darum gehen, die
524 vorhandene und strukturell immer weiter zurückgehende Menge an Erwerbsarbeit sowie deren
525 Erträge gerecht in der Gesellschaft zu verteilen. Der neoliberale Staat versucht allerdings
526 gerade nicht, sinnvolle Erwerbsarbeit für Menschen zu schaffen oder andere Arbeit zu
527 ‚belohnen‘.

528 *Sachsen ist ein Land der Gegensätze:* In vielen Fällen muss von einem Gewinner-Verlierer-
529 Verhältnis gesprochen werden. Die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz, deren
530 Wirtschaftskraft wächst und die ebenso eine wachsende Bevölkerung haben, stehen als
531 scheinbare Gewinner*innen auf der einen Seite. Die ländlichen, zumeist strukturschwachen,
532 mit geringer Wirtschaftskraft ausgestatteten Räume, die einer zunehmenden Binnenwanderung
533 hin zu den Städten ausgeliefert sind, stehen auf der anderen Seite. Ähnlich verhält es sich in
534 der Wirtschaft selbst. Die von Biedenkopf eingeführte „Leuchtturmpolitik“ führte zu eben jener
535 Differenzierung. „Leuchttürme“, vornehmlich Unternehmen mit globaler Ausrichtung, landeten
536 auf der Gewinner*innenseite. Kleinst- und Mittelbetriebe wurden damit in einem scheinbaren
537 Automatismus hingegen auf die Verlierer*innenseite gestellt. Wo Leuchttürme stehen, fallen
538 Schatten und die besonders im ländlichen Raum. Bis heute sorgt diese Art der Politik für einen
539 unfairen Wettbewerb und für ein Ungleichgewicht. Zu spät wurde von der Staatsregierungen
540 erkannt, dass Sachsen ein Flächenland ist.

541

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

542 *Sachsens Unternehmensstruktur und Lohnpolitik:* Die Unternehmen in Sachsen sind in ihrer
543 übergroßen Mehrheit klein. Von den ca. 180 Tausend Unternehmen in Sachsen haben ca. 160
544 Tausend weniger als 10 Mitarbeiter*innen und fast Dreiviertel der Unternehmen sind in der
545 Dienstleistungsbranche angesiedelt. Und die Unternehmen haben häufig eine geringe
546 Kapitalausstattung. Viele Soloselbständige und Freiberufler*innen beuten in aller Regel sich
547 selbst aus.

548 Unter den schwierigen Bedingungen der Nachwendezeit versuchte die sächsische Regierung
549 mit einer Wirtschaftspolitik, die die sächsische Industrie auf globale Märkte und den Export
550 konzentrierte, den Freistaat wieder auf Kurs zu bringen. Gleichzeitig verkaufte man Sachsen
551 als Billiglohnland. Damit erfuhr Sachsen ein Stigma, welches es kaum abzuschütteln vermochte
552 und vermag. Unter diesem leidet auch und im Besonderen der sächsische Klein- und
553 Mittelstand.

554 Mit der De-Industrialisierung nach 1989 und dem Wegfall von regional bis zu 90 % der
555 Industriearbeitsplätze in den 90er Jahren herrscht heute wieder eine große Unsicherheit über
556 die Zukunft der verbliebenen Industrie. Dies betrifft nicht nur den Bergbau, sondern vor allem
557 durch den bevorstehenden Strukturwandel im Zuge der E-Mobilität die Autoindustrie und, wie
558 die Standortdiskussionen bei Siemens, Bombardier, Neue Halberg Guss usw. zeigen, die
559 metallverarbeitende Industrie.

560 Grundsätzlich erzielen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu großen Teilen, wenn
561 überhaupt nur sehr niedrige Gewinne. Eine Folge dessen sind auch Löhne und Gehälter der dort
562 Beschäftigten, teilweise sogar der Unternehmerinnen und Unternehmer selbst, die nicht mal
563 zum Leben (Befriedigung elementarer Bedürfnisse) ausreichen. Eigentlich wären Unternehmen,
564 die Waren und Dienstleistungen zu nicht auskömmlichen Preisen anbieten müssen, schnell am
565 Ende. Das dieses Ende dann eben zumindest nicht schnell eintritt, verdanken sie staatlicher
566 Intervention bei den Beschäftigten: diese stützt die Fehlentwicklung durch Gewährung diverser
567 staatlicher Zuschüsse (so genannte Aufstocker, Wohngeld etc., letztlich auch Hartz IV,
568 Grundrente). In der Daseinsvorsorge ist das ein zunehmendes Problem. Nicht nur
569 Handwerksleistungen sind davon betroffen, sondern auch zum Beispiel die mobile Pflege. Mit
570 den Interventionen können die großen Kapitalgesellschaften und die öffentliche Hand weiter
571 billig Waren und Dienstleistungen von den KMU kaufen, ohne dass sie selbst eine adäquate
572 Gegenleistung erbringen bzw. langfristig das Problem zu lösen.

573 Dass die öffentliche Hand, besonders in Ostdeutschland, Waren und besonders
574 Dienstleistungen zu für den Produzenten nicht auskömmlichen Preisen einkauft, schädigt nicht
575 nur Unternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen, sondern verhindert gleichzeitig das
576 Entstehen einer vernünftigen Wirtschaftsstruktur und nicht zuletzt höherer Steuereinnahmen
577 für die öffentliche Hand.

578 Zusätzlich nimmt die Tarifbindung im Osten rapide ab, mehr als die Hälfte aller Beschäftigten
579 arbeiten mittlerweile in Unternehmen ohne gültigen Tarifvertrag.

580

581 *Beispielhafte Fehlentwicklungen in Sachsen:* Arbeitsplätze im kulturellen, sozialen oder
582 zivilgesellschaftlichen Bereichen sind oft abhängig von Fördermitteln, Fallpauschalen oder
583 Pflegesätzen, diese beachten in Ihrer Höhe aber keine tarifliche Entwicklung, so dass ein
584 Großteil der Beschäftigten in diesen Bereichen mittlerweile nur noch 60 - 70 % des
585 vergleichbaren Tariflohnes erhalten.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

586 Sächsische Künstler*innen beispielsweise, die nicht in den großen Staatsbetrieben bzw. in den
587 sogenannten großen Häusern beschäftigt sind, arbeiten größtenteils in prekären Verhältnissen.
588 Das bestätigt der neueste Bericht der Kulturschaffenden. Das Durchschnittseinkommen explizit
589 von Frauen, die in der Künstlersozialkasse versichert sind, beträgt unter 1000€. Die Bedeutung
590 von Kunst und Kultur für das Zusammenleben in Sachsen wird arg vernachlässigt und trotz
591 Nachbesserungen der Koalitionsregierung ist keine Besserung der Finanzierung in Sicht. Kunst
592 und Kultur sind eben kein weicher, sondern ein harter Wirtschafts- und Standortfaktor.

593 Sachsen ist einer der zentralen Logistikstandorte in Europa, dennoch wurde jenseits der
594 Autobahninvestitionen viel zu wenig in das Streckennetz der Bahn investiert, so dass der
595 internationale Güterverkehr fast vollständig von der Schiene verschwunden ist.

596 Der Wissenschaftsstandort Sachsen, als eines der wichtigsten und bedeutendsten
597 Standortfaktoren mit einer pluralistischen Universität- und Hochschullandschaft, wurde und
598 wird durch den Freistaat beschränkt - sowohl in der Mittelzuweisung, als auch in der
599 Monopolisierung einzelner Wissenschaftszweige auf einzelne Hochschulen.

600 Einher mit dem Rückgang der Investitionen in die Industrie geht der Anstieg der Investitionen
601 in die Forschung. Diese haben sich in den letzten 13 Jahren um mehr als 13 % erhöht. Das
602 veränderte auch das Bild der Forschungslandschaft in Sachsen. Trotz dieses positiven Effektes
603 können die Klein- und Mittelständler keinen Vorteil daraus ziehen. Nicht nur, dass ihre Leistung
604 kaum beachtet und anerkannt wird, dafür aber die Errichtung von Forschungszentren als
605 herausragende Wirtschaftsleistung verkauft wird, profitieren die kleinen und mittelständischen
606 Unternehmungen in keiner Weise von den Forschungsergebnissen. Sie können sich auch keine
607 eigene Forschungsabteilung leisten. Entsprechend gering ist dadurch der Anteil an der
608 Patentanmeldung. Die Forschungsergebnisse kommen damit ausschließlich größeren,
609 teilweise international tätigen, Unternehmen zugute - hier seien insbesondere Konzerne der
610 Automobilindustrie genannt.

611 Die Förderkulisse in Sachsen ähnelt einem Labyrinth und macht es Kommunen und
612 Unternehmungen sehr schwer zu entscheiden, welches Förderprogramm das richtige ist und
613 ihren Anforderungen gerecht wird. Bei Entscheidung für ein Förderprogramm wird ein langer
614 bürokratischer Prozess in Gang gesetzt, der mit einer Vielzahl an Anträgen beginnt und mit
615 Verwendungsnachweisen noch nicht endet. Bereits an dieser Stelle scheitern viele kleine und
616 mittelständige Unternehmen an der Erbringung dieser Dokumente. Zum einen haben sie nicht
617 das Personal dafür, welches sich mit den Förderanträgen beschäftigen könnte, noch könnten
618 sie dieses bezahlen. Das heißt, dass die Befassung mit Förderanträgen nur neben der
619 eigentlichen Arbeit laufen kann, was einen großen unbezahlten Zeitaufwand bedeutet.

620 Viele innovative Kleinstunternehmungen scheitern bereits an der Eigeninvestitionssumme
621 beziehungsweise an der Untergrenze für Investitionen bei der Gemeinschaftsaufgabe
622 „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Daneben gibt es zwar Mikrodarlehen, die
623 von der Sächsischen Aufbaubank vergeben werden, allerdings findet auch hier eine sehr
624 restriktive Vergabe statt und viele Darlehen werden nicht bewilligt. Seit über 10 Jahren gibt es
625 nicht nur einen steten Abwärtstrend in der Gründung von Unternehmungen, sondern die
626 Schließung von Betrieben hat die Zahl der Gründungen mittlerweile überschritten.

627

628 *Gesamtkonzepte für Transformation der Wirtschaft und regionalen Strukturwandel fehlen:*
629 *Automobilindustrie, Landwirtschaft und Energieunternehmen in Sachsen sind in der Kritik keine*

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

630 enkeltauglichen Strategien zu verfolgen, Arbeitsplätze auf Dauer abzuschaffen und die großen
631 Probleme der Menschheit, wie Klimawandel oder Artensterben zu verschärfen, statt zu lösen.
632 Einige Regionen wie die Lausitz sind besonders betroffen, weil einzelne Industrie- und
633 Wirtschaftszweige auch zum kulturellen Selbstverständnis gehören („in der Kohle“) und sich
634 immer wieder selbst replizieren, auch wenn die Region heute aus vielen anderen
635 Wirtschaftszweigen besteht. Auf der anderen Seite gibt es viele Menschen in Sachsen, die
636 Ideen haben und einen Wandel wollen bis hin zu ganz neuen Formen des Wirtschaftens. Was
637 fehlt ist ein Konzept für die Transformation der Wirtschaft unter Berücksichtigung von
638 Digitalisierung, Klimawandel, Nachhaltigkeit, regionaler Identität und alternativer Formen des
639 Wirtschaftens.

640 Ein weiteres Problem vieler Klein- und Mittelständler ist die Unternehmensnachfolge. Auch
641 aufgrund vermehrter Abwanderung von Fachkräften nach Westdeutschland oder in die
642 Großstädte bleiben kleinere Betriebe insbesondere in den ländlichen Regionen auf der Strecke.
643 Damit fehlen diesen Unternehmen nicht nur Fachkräfte, sondern es findet kein
644 Generationenwechsel mehr statt, womit auch eine eventuelle Unternehmensnachfolge
645 gefährdet wird.

646

647 **Unsere Vision:** So kompliziert es ist, wir müssen die sog. ‚Soziale Frage‘ in Zeiten einer
648 digitalisierten und auch globalisierten Welt lösen. Es geht um die gerechte Verteilung von
649 Erwerbsarbeit und darum, dass alle arbeiten können, weniger als bisher und trotzdem gut davon
650 leben können müssen. Uns geht es um nicht weniger als die Etablierung eines neuen Projekts
651 gesellschaftlichen Fortschritts, an dem sich offensiv Menschen aus Wissenschaft, Parteien,
652 Gewerkschaften als unsere Sozialpartner*innen, Wirtschaft etc. beteiligen und gemeinsam
653 nach Lösungen suchen, wie Arbeit fair verteilt und entlohnt wird, Erwerbsarbeitszeiten reduziert
654 und vor allem die unteren Einkommen angehoben werden, egal ob selbständig oder abhängig
655 beschäftigt.

656 Uns geht es bei der Betrachtung von Wirtschaft und Arbeit auch immer darum, dass eine
657 Gesellschaft für ihre innere Verfasstheit und ihr Funktionieren bestimmte Leistungen braucht,
658 die nicht rein wirtschaftlich erbracht werden. Medizinische Versorgung, Bildung, Freizeit und
659 Kultur, Jugendhilfe, gute Rahmenbedingungen für ein Altern in Würde, Sicherheit für die
660 Menschen, Dienstleistungen in der Verwaltung für hier lebende Menschen usw. dürfen nicht
661 der Logik des Profiten unterworfen sein. Die im Bereich der Daseinsvorsorge notwendig zu
662 verrichtende Arbeit ist staatlich zu erbringen und alle sind in die Lösungen mit einzubeziehen -
663 auch gewinnorientierte Unternehmen. Klamme Kassen - noch dazu in einem reichen Land wie
664 Sachsen - dürfen dabei keine Ausrede sein. Vielmehr ist die öffentliche Daseinsvorsorge an den
665 Notwendigkeiten und Bedarfen ausgerichtet.

666 Was gerechter verteilt werden soll, muss vorher erwirtschaftet werden. Es ist an der Zeit, dass
667 dem Klein- und Mittelstand ein Angebot gemacht wird, welches langfristig tragfähig ist.

668 Unser Angebot muss zum einen die Bedingungen für die wirtschaftliche Entfaltung aller, die es
669 wollen, schaffen. Zum anderen müssen die klein- und mittelständischen Unternehmen die
670 Anerkennung erfahren, die sie verdient haben. Sie sind eine tragende Säule im Freistaat und
671 haben dementsprechend auch eine gesellschaftliche Verantwortung, an die sie
672 selbstverständlich auch erinnert werden dürfen. Wenn wir über die Wiederbelebung der
673 ländlichen Regionen sprechen, geht es um den volkswirtschaftlichen Wert des Klein- und

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

674 Mittelstandes, der besonders hier eine wichtige Rolle spielt. Dafür ist die Konzentration auf
675 regionale Wirtschaftskreisläufe entscheidend.

676 Letztlich geht es uns um langfristige und tragfähige Lösungen für Sachsen, damit Menschen
677 hier gut leben können. Fördermittelpolitik ist nicht mehr kurzfristig angelegt, sondern
678 entspricht in Dauer und Fokus den regionalen Unterschieden und Notwendigkeiten. Bei der
679 Wirtschaftsförderung geht es um die Schaffung sich selbst tragender, nachhaltiger
680 Wirtschaftskreisläufe, die Erwerbsarbeit bieten, von der Menschen ohne zusätzliche staatliche
681 Zuwendungen würdig leben können und im ökologischen Einklang funktioniert. Erwerbsarbeit
682 ist so verteilt, dass gesellschaftliches Leben und Selbstverwirklichung der Menschen im
683 Mittelpunkt stehen können.

684

685 **Unsere ersten Schritte:** Auch in Fragen der Arbeit und Wirtschaft gilt, dass jeder Schritt
686 wirklicher Bewegung dann Fortschritt ist, wenn er auf die Freiheit der Einzelnen gerichtet ist.
687 Es braucht auch hier eine Erweiterung der demokratischen Teilhabe, die Einführung und
688 Einübung von Regeln des gesellschaftlichen Lebens und der gesellschaftlichen
689 Auseinandersetzung. Dabei ist es für uns notwendig, die Wege zum Ziel zu beschreiben.
690 Insofern ist auch der Weg das Ziel. Soviel sollten wir gelernt haben. Und dass der Kapitalismus
691 besonders in diesem Kapitel nicht das Ende der Geschichte sein darf.

692 Arbeitnehmer*innen versus Arbeitgeber*innen oder es geht nur zusammen:

693 Unternehmen, die in dieser neuen und digitalisierten Welt bestehen wollen, brauchen jenseits
694 von Ideen vor allem eines: qualifizierte und selbständige Mitarbeiter. Damit in Sachsen die
695 Reise in die Zukunft gelingt, braucht es mehr kollektive Mitbestimmung und mehr individuelle
696 Beteiligungsrechte von Arbeitnehmer*innen, denn sie sind die Expert*innen im Betrieb. Die
697 Beschäftigten sollen und wollen über die Perspektive des Unternehmens, der Branche oder der
698 Region mitentscheiden. In diesem Prozess verstehen wir die Gewerkschaften als Partnerin an
699 unserer Seite.

700 Um berufstätigen Erwachsenen mit ihrer knappen Zeit die Möglichkeit der Inanspruchnahme
701 von Bildungsfreistellung -auch Bildungsurlaub genannt- zu ermöglichen, fordern wir einen
702 Rechtsanspruch in Sachsen auf bezahlte Freistellung von der Arbeit zur Teilnahme an
703 anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen. Arbeitnehmer*innen sollen dafür 5 Tage pro
704 Kalenderjahr zur Verfügung stehen, um so die in Europa anerkannte und fast allen anderen
705 Bundesländern umgesetzte Idee des „Lebenslangen Lernen“ für eigene, nicht berufsbedingte
706 Fortbildung (incl. sozialer, kultureller und politischer Bildung) zu gewährleisten.

707 Sachsen wird, zumindest für die sogenannten ostdeutschen Bundesländer, Vorreiter in Sachen
708 Arbeitszeitverkürzung, Entlohnung der Arbeit, etc. und wagt neue Wege, Modelle und
709 Experimente. Wie in Schweden wird hier der 6-Stunden-Tag bei vollem Lohn getestet. Neben
710 der Qualität steigt damit auch die Produktivität. Die deutschen Gewerkschaften erkämpfen die
711 28-Stunden Woche zum Beispiel in der Elektro- und Metallindustrie. Denn erwiesen ist:
712 verkürzte Arbeitszeiten stärken das kollektive Bewusstsein, die Konzentration und verringern
713 Krankenstände von Arbeitnehmer*innen.

714 Wir wollen deshalb mit einem überarbeiteten Vergabegesetz darauf hinwirken, dass öffentliche
715 Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die sicher stellen, dass sie selbst und
716 alle Nachunternehmern neben Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsschutzaufgaben auch die

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

717 entsprechenden Flächen- und Branchentarifverträge anwenden und einhalten. Insbesondere
718 Sozialauflagen liegen uns dabei am Herzen, weil diese ermöglichen, der Schaffung und dem
719 Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region vorrangig zu berücksichtigen. Die Verantwortung der
720 Landesregierung endet dabei nicht mit der Auftragsvergabe, wir setzen zudem auf vermehrte
721 Kontrollen der Einhaltung des Arbeitsschutzes und diesbezüglicher vertraglicher Vereinbarung.
722 Dazu erhöhen wir die Planstellenanzahl der entsprechenden Behörde signifikant.

723 Umgekehrt muss die öffentliche Hand pünktlich an Unternehmen zahlen, damit diese nicht in
724 finanzielle Schieflagen geraten.

725 Die LINKE. Thüringen hat die Chance, dass wir dort regieren genutzt und unter dem LINKEN
726 Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ein Modellprojekt zum Bedingungslosen Grundeinkommen
727 (BGE) beschlossen, um genau zu schauen, was Pro und Contra eines solchen Projekts sind und
728 gesellschaftlich darüber zu sprechen, wie ermöglicht wird, Arbeit und Entlohnung in der Zukunft
729 gerecht zu gestalten. Das BGE könnte einen sicheren Schutz vor Armut bieten, da es jedem
730 Menschen bedingungslos zusteht. Ein konkretes Modellprojekt in Sachsen könnte in der
731 Lausitz zeitnah entstehen, um den dringenden Strukturwandel sozial-ökologisch zu gestalten
732 und Freiräume schaffen, die neue Arbeitsmodelle ermöglichen.

733 Angestrebte positive Entwicklungen wären die gerechtere Verteilung von Arbeit, eine Stärkung
734 von Beschäftigten bei Verhandlungen hin zu einer besseren Bezahlung und
735 Arbeitsbedingungen, die Stärkung der Familien, Schaffung von mehr Zeitsouveränität bis hin zu
736 mehr gesellschaftlichem Engagement und höherer Motivation für Innovationen.

737 Wir fordern auf Bundesebene eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Arbeitslose. Der
738 Mindestlohn muss so erhöht werden, dass er eine würdevolle Rente garantiert wird.

739

740 Infrastruktur:

741 Damit sich die Betriebe in ihrem Unternehmer*innentum entfalten und ihrem
742 volkswirtschaftlichen Wert gerecht werden können, sind sie vor allem auf eine funktionierende
743 Wirtschafts- und Infrastruktur angewiesen, die durch den Staat abgesichert werden muss. Dazu
744 gehört selbstverständlich ein Verkehrssystem, das es jedem Unternehmen in Sachsen
745 unabhängig seiner Größe möglich macht, seine Produkte entsprechend seiner Anforderungen
746 effizient, emissionsarm und nachhaltig zu transportieren. Die Regierung muss hier auf die
747 Kleinteiligkeit der Wirtschaft in Sachsen Rücksicht nehmen und danach Logistikkonzepte
748 ausrichten, die eine gebündelte Güterabfertigung ermöglicht. Denn Sachsens Wirtschaft sind
749 nicht nur global agierende Unternehmen mit Sitz in einer der Städte, sondern sie lebt vor allem
750 vom Netz aus kleineren und mittleren Betrieben in den ländlichen Regionen.

751 Neben der veränderten logistischen Anforderung haben sich ebenso die Anforderungen an die
752 Mobilität der Arbeitnehmer*innen geändert. Immer mehr Menschen pendeln zur Arbeit und
753 nehmen immer weitere Strecken auf sich, um zur Arbeit zu kommen. Auch hier ist die Politik in
754 der Pflicht, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Diese betreffen zum Beispiel den
755 Anschluss von Chemnitz an den Schienenfernverkehr oder aber die Vereinheitlichung der Tarife
756 und Fahrpläne, um so den Bedürfnissen der Vielzahl von Pendlerinnen und Pendlern gerecht zu
757 werden. Genauso gehört für uns eine kostenfreie Beförderung von jungen Menschen in Schule,
758 Ausbildung oder Studium dazu. Ein Kostenfreier oder günstiger ÖPNV nützt allerdings wenig,

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

759 wenn dieser gar nicht vorhanden ist. Es muss daher keine freiwillige Aufgabe von Kommunen
760 sein, einen attraktiven ÖPNV anzubieten, sondern eine Pflichtaufgabe, wofür der Freistaat auch
761 mit mehr finanziellen Mitteln eintreten muss.

762 Zu einer gut funktionierenden Infrastruktur gehört ebenfalls ein entsprechendes
763 sozialpolitisches Netz, zum Beispiel aus Kindergärten und Schulen, flächendeckendes und
764 schnelles Internet deren Ausstattung den Anforderungen des sich stets verändernden
765 technischen Fortschritts entspricht und die durch die Regierung entsprechende Förderungen
766 erhalten. Bildungspolitisch darf sich Sachsen nicht auf vorliegenden Pisa-Studien ausruhen und
767 sich ausschließlich im Vergleich mit den anderen Bundesländern betrachten, sondern sollte es
768 wagen, sich Vorzeige-Schulsysteme anderer Staaten anzuschauen und sich daran zu
769 orientieren. Ansonsten wird die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Regierung an die
770 Unternehmen, international mithalten und dem konservativen Bildungssystem, das der
771 Großteil der Belegschaft dieser Unternehmen erfahren hat, immer größer.

772

Industrie:

774 Die Globalisierung und Optimierung der Produktion wird oft auf Kosten der Menschen und
775 zulasten der kleinen und mittelständigen Unternehmen ausgetragen. Diese Art der Optimierung
776 schadet Sachsen als Flächenland. Die Landesregierung wird sich auf eben diese, durch
777 steigende öffentliche Investitionen, konzentrieren. Zudem wird verstärkt durch
778 Fördermöglichkeiten oder auch Beratungsleistungen das Überleben dieser Unternehmen
779 gesichert und Gründungen vereinfacht. Das hat nicht nur einen positiven Effekt auf die rein
780 wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch auf die Wirtschaftskraft der Regionen.
781 Regionale Wirtschaftskreisläufe werden stärker in den Vordergrund gerückt und angekurbelt.

782 Um den mit dem Wegbrechen großer Industrieunternehmen gefährdeten klein- und
783 mittelständischen Unternehmen, die häufig als Zulieferer auftreten, zu helfen, starten wir ein
784 Programm, das über einen kurzfristigen Zeitraum die Liquidität dieser Firmen sichergestellt
785 wird.

786 Statt ständig über Leuchttürme und DAX-Unternehmen zu fabulieren, geht es uns in erster Linie
787 um die Bedeutung für die Region und die Menschen, die hier leben.

788

Forschung:

790 Wir wollen einen Teil der Fördermittel für die in Sachsen ansässigen Forschungsinstitute an die
791 Forschung für den Klein- und Mittelstand binden. Durch diesen Forschungstransfer kann die
792 Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelstandsunternehmen gestärkt werden. Generell
793 werden Forschung und Mittelstand enger zusammenarbeiten und gemeinsame Projekte
794 generieren. Um das zu realisieren wird in Sachsen ein breites Netz an Kompetenzzentren
795 etabliert, das die unterschiedlichen Bereiche der Mittelständler abdecken kann. Flankiert wird
796 diese Maßnahme mit einer Auflage, Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln
797 gefördert wurden, auch öffentlich zugänglich zu machen (open science), damit die
798 Allgemeinheit davon profitiert.

799

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

800 Förderpolitik:

801 Wir wollen, dass die Anzahl der Förderprogramme deutlich reduziert wird und diese zukünftig
802 verständlich formuliert werden. Deutlich vereinfachte Verfahren führen zu häufigerer Nutzung
803 dieser Programme. Insbesondere die berufsständischen Kammern in Sachsen nehmen wir in
804 die Verantwortung, ihren Mitgliedsunternehmen dort hilfreich zur Seite zu stehen. Aus einer
805 Pflichtmitgliedschaft und daraus entstehenden Beiträgen entstehen signifikant mehr Rechte
806 und Möglichkeiten als bisher.

807 Unternehmensgründungen brauchen Mut, aber auch eine gewisse Sicherheit. Der Verlust der
808 unternehmerischen Vielfalt wird dadurch aufgehalten, insbesondere der ländliche Raum lebt
809 davon. Die sächsische Gründungsförderung wird dahingehend ausgebaut, dass die
810 Unterstützung forschungs- und wissensbasierter Produkte und Dienstleistungen
811 eingeschlossen sind, um die Abhängigkeit ganzer Regionen von einzelnen Wirtschaftsbereichen
812 zu reduzieren. Start-up-Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft werden stille Beteiligungen
813 des Freistaates und öffentliches Risikokapital zur Verfügung gestellt. Kreative Milieus werden
814 durch Netzwerkförderung und die Sicherung von Freiräumen wie die Bereitstellung ungenutzter
815 öffentlicher Flächen unterstützt.

816 Unternehmen wird in der Gründungsphase Kapital, etwa in Form eines Venture-Capital,
817 bereitgestellt werden. Auch für Unternehmensnachfolgen wird es ein entsprechendes
818 Programm geben welches nicht nur finanzieller Natur ist, sondern auch jene
819 Rahmenbedingungen schafft, damit junge Menschen Lust auf die Übernahme von Betrieben
820 entwickeln. Damit können bestehende Betriebe und Arbeitsplätze gesichert werden. Ein
821 Instrument könnte die Einführung der Meistergründungsprämie sein, die bereits in vielen
822 anderen Bundesländern funktioniert und gut angenommen wird. Diese variiert zwischen 7.000
823 und 15.000 Euro.

824 Ein weiterer Schritt, am Beispiel Berlin orientierend, ist eine Arbeitsplatzförderung, welche an
825 die Meistergründungsprämie gekoppelt ist, einzuführen. Diesen Zuschuss können nicht nur
826 Jungunternehmer*innen beantragen, sondern zum Beispiel auch Handwerker*innen, die einen
827 bestehenden Betrieb übernehmen oder sich an einem bestehenden Betrieb beteiligen wollen.

828 Zur Vermeidung des Domino-Effektes erhalten funktionierende Unternehmen, die durch
829 insolvente Betriebe in Zahlungsschwierigkeiten geraten, eine angemessene Förderung und
830 Unterstützung.

831 Mit einer besonderen Förderung sollen dauerhaft gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze
832 geschaffen werden, im Tierschutz, in Landschafts- und Kulturpflege, in Denkmalschutz,
833 Breitensport, Gesundheit und im Bereich der Sozialen Dienste.

834 Fördermittelperioden sind nicht mehr allein von Haushaltszyklen abhängig, sondern bemessen
835 sich an der für die Entwicklung von Unternehmungen, Ideen oder Innovationen notwendigen
836 Zeit.

837 Ein weiteres Instrument förderpolitischer Maßnahmen sind explizit ausgewiesene revolving
838 Fonds, mit denen insbesondere auf knapper werdende Fördermittel reagiert werden kann.
839 Dadurch erfahren die KMU einen größeren Handlungsspielraum, was die Entwicklung ihrer
840 Produkte und deren Vermarktung angeht. Von reinen Investitionszuschüssen an größere
841 Unternehmen wird künftig abgesehen. Diese werden in Darlehen umgewandelt, um so auch

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

842 nachhaltiges unternehmerisches Handeln zu motivieren. Die zurückfließenden Gelder können
843 neu investiert werden.

844 Sparkassen und Genossenschaftsbanken werden stärker in Förderprogramm für Klein- und
845 Mittelständler*innen eingebunden, diese Verantwortung ist in deren Statuten festgeschrieben.

846 Grundsätzlich geht es bei der Umgestaltung der Fördermittellandschaft und -politik auch um
847 die gesellschaftliche Akzeptanz der Tatsache, dass es keine Schande ist, mit einer
848 unternehmerischen Idee zu scheitern. Niemand sollte ein Leben lang darunter leiden, dass sie
849 oder er ein unternehmerisches Risiko eingegangen ist und damit scheiterte. Jeder und jede hat
850 eine „zweite Chance“ verdient.

851 Auf Landesebene schaffen wir ein Instrumentarium, mit dem Betriebsteile nationaler und
852 internationaler Konzerne in Sachsen in Fällen einer Insolvenz trotz guter Auftragslage von den
853 Mitarbeitern übernommen und als Genossenschaften fortgeführt werden können. Wo dies nicht
854 möglich ist, verpflichten wir die entsprechenden Unternehmen, die sozialen Folgekosten der
855 Schließung zu tragen, damit Beschäftigten und Region eine Perspektive geboten werden kann.

856

857 Soziale Absicherung für Selbständige:

858 Selbstständige werden gleichberechtigt in alle sozialen Sicherungssysteme aufgenommen.
859 Unser Ansatz dabei ist, die Lebensrisiken der Selbstständigen und insbesondere der Solo-
860 Selbstständigen dadurch zu mindern. Die Beiträge werden dabei nach realistischem
861 Einkommen und nicht nach fiktiven Mindestbemessungsgrundlagen berechnet.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

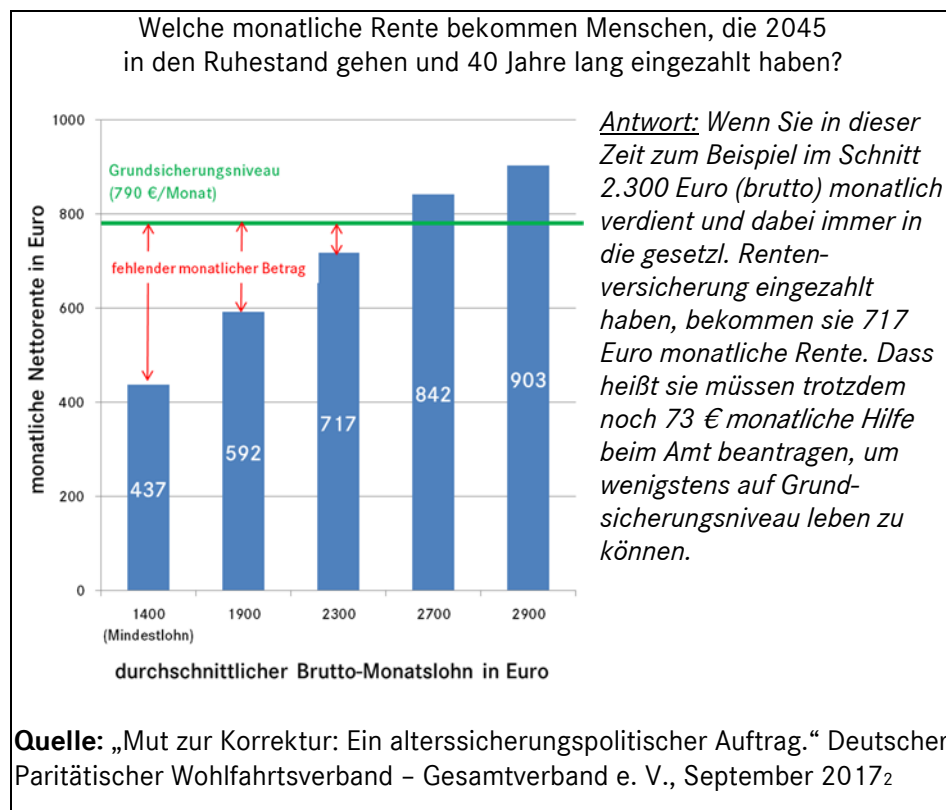
862 **5. Wie gelingt ein Altern in Würde?**

Das Problem: 863
Im Alter droht 864
soziale 865
Benachteiligung, 866
die Rente reicht 867
nicht, Arzt und 869
Einkaufsmarkt 870
sind nicht erreichbar 871
und Frauen oft 872
allein mit Sorge- 873
arbeit. Die 874
Pflegesituation ist 875
bedenklich. 876
Unsere Vision: 878
Alle Menschen in 879
Sachsen können
auch im hohen
Alter in Würde
leben, ob mit oder
ohne Pflegebedarf.
Alle zahlen in
Kranken- und
Rentenversicherung
ein und ermöglichen
somit ein würdevolles
Altern.

Die Situation: Vielen älteren Menschen geht es heute besser als früheren Generationen. Sie leben länger, sind länger gesund, länger engagiert und nicht selten materiell besser abgesichert. Also warum sollten wir uns Gedanken über unser „letztes Lebensdrittel“ machen? Wegen des Schreckgespenstes „Überalterung der Gesellschaft“? Nein, auch wenn heute jede vierte Person in Sachsen älter als 65 Jahre alt ist, demografische Entwicklungen gab es immer in der Menschheitsgeschichte und es kommt darauf an, wie diese Entwicklungen begleitet und gestaltet werden.

Sorgen macht vielen Menschen vielmehr die Frage, ob ihnen ein Altern in Würde möglich ist oder sein wird. Denn es gibt beunruhigende Trends:

Die Rente ist unsicher: Die Rente gilt in der öffentlichen Wahrnehmung immer weniger als Garantie für eine gute Alterssicherung. In Zukunft steigt die Zahl der Menschen, deren Rente so gering ist, dass sie staatliche Zuschüsse (Grundsicherung) beantragen müssen. Folgende Grafik zeigt beispielhaft für ein Renteneintritt ab 2045 wie wenig noch an Rente übrig bleiben wird, wenn nicht gegengesteuert wird.



880
881
882
883

Viele von den „Aufstocker*innen“ schämen sich, nach langem Arbeitsleben zum Amt zu gehen. Ostdeutsche sind besonders betroffen, ihre Rente ist trotz gleicher Lebensleistung geringer als im Westen der

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

884 Republik. Wer trotz Altersarmut nicht aufstocken will (Scham) oder kann, muss
885 weiterarbeiten, oft unter schlechten Bedingungen (Minijobs). Schon heute sind knapp 1
886 Million der über 65-Jährigen in Deutschland in einem Minijob tätig.³ Diese Not betrifft häufig
887 Personen, die Zwischenphasen ohne Erwerbsarbeit hatten oder schlecht bezahlte Jobs.

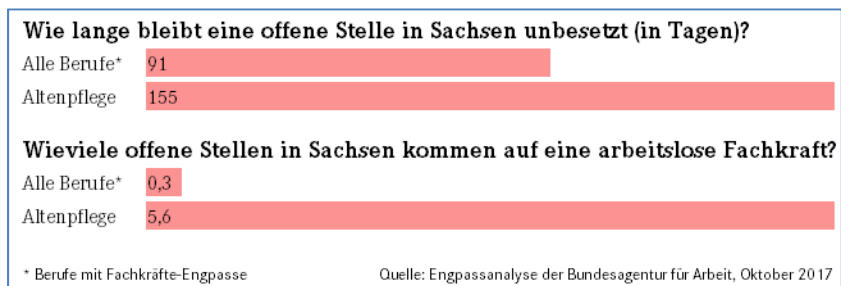
888 Nach der schon vollzogenen deutlichen Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent nimmt
889 nun der politische Druck aus Arbeitsgeberverbänden und privater Versicherungswirtschaft
890 auf die Rente weiter zu - mittlerweile wird offen über eine Ausweitung des
891 Renteneintrittsalters von 67 auf 70 Jahre diskutiert. Dabei können viele gar nicht länger
892 arbeiten. Schon heute geht jede/r fünfte Erwerbstätige in Deutschland vorzeitig in Rente,
893 trotz Minderung der eigenen Ansprüche.⁴ Von den 40 bis 59-jährigen Erwerbstätigen in
894 Deutschland planen vier von zehn vor dem 65. Geburtstag aus dem Erwerbsleben
895 auszusteigen, trotz Abzügen. Für sie klingt das mit dem längeren Arbeiten wie Hohn.
896 Genauso für die, welche mit Ende 50 auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Viele
897 Frauen in Ostdeutschland sind von einem unfreiwilligen Ausstieg aus dem Erwerbsleben
898 betroffen, mittlerweile sind knapp 40 Prozent von ihnen vor dem Eintritt ins Rentenalter
899 arbeitslos.⁵

900 Diese Entwicklungen verunsichern auch viele junge Menschen. Sie haben kein Vertrauen
901 mehr in die gesetzliche Rente. Ihnen wird versucht die private Rentenversicherung
902 schmackhaft zu machen. Aber das ist unsolidarisch, denn nur gut bezahlte Arbeitskräfte
903 können sich eine private Altersvorsorge überhaupt leisten. Die private Rentenversicherung
904 ist auch rechnerisch nicht sinnvoll, denn für eine vergleichbare private Rentenauszahlung
905 müssten Versicherte über mindestens 30 Jahre ein Mehrfaches ihres gesetzlichen
906 Rentenversicherungsbeitrages einzahlen, von Null- und Niedrigzinsphasen ganz zu
907 schweigen.

908 *Die Situation der Pflege ist bedenklich:* Die Kosten für die Pflegebedürftigen sind in den
909 letzten Jahren gestiegen, weshalb viele Betroffene Pflegeleistungen gekündigt haben. Das
910 belastet auch die pflegenden Angehörigen, da ihnen professionelle Hilfe fehlt. Insbesondere
911 Frauen pflegen Familienangehörige, müssen dabei auch oft ihrer Erwerbstätigkeit
912 nachgehen und nicht selten dazu noch Enkelkinder betreuen.⁶ In Zukunft wird die Zahl der
913 Pflegebedürftigen steigen, die gar keine Angehörige haben, von denen sie gepflegt werden
914 könnten. Auch die wachsende Wohnentfernung zwischen (erwachsenen) Kindern und ihren
915 Eltern macht Organisation, Kommunikation und Hilfe in Familie und Verwandtschaft oft
916 schwieriger.⁷

917 In der (stationären) Pflege fehlt gut ausgebildetes Personal und die Bedingungen für
918 Angestellte und Pflegebedürftige sind schlecht, es mangelt unter anderem bei Bezahlung,
919 gesellschaftlicher Anerkennung und bei den Betreuungsschlüsseln. Im Jahr 2017 dauert es
920 fast ein halbes Jahr bis eine offene Stelle in der Altenpflege in Sachsen besetzt werden
921 konnte (siehe Grafik unten). In keiner anderen Berufsgruppe klafft die Lücke zwischen
922 Fachkräften und offenen Stellen so weit auseinander. Es gibt mittlerweile fast sechsmal so
923 viele Stellen wie verfügbare (arbeitslose) Fachkräfte.⁸

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)



924

925 Ein Grund dafür liegt auch darin, dass die bisherigen sächsischen Regierungen die
926 Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen und den Bereich der stationären und
927 ambulanten Betreuung von Älteren oder Menschen mit Beeinträchtigungen in den letzten
928 zwei Jahrzehnten verstärkt privatisiert haben.

929 Im deutschen Pflegesystem geht es noch viel zu selten um einen aktivierenden Ansatz, bei
930 dem die Pflege und alle therapeutischen Tätigkeiten zum Ziel haben, die Patienten und
931 Betreuten so lange wie möglich selbstständig und fit zu halten, sie zu reaktivieren und die
932 Pflege viel eher zur Generalrehabilitation zu machen. Dabei könnten wir aus
933 Pflegeaktivierungssystemen wie in Dänemark oder der Schweiz viel lernen.

934 *Die Seniorinnen sind zunehmend in einer schwierigen Situation:* In der zweiten Lebenshälfte
935 ist die Lebenswirklichkeit von Männern und Frauen oft sehr unterschiedlich. Das
936 Armutsrisiko von Frauen erhöht sich in der zweiten Lebenshälfte stärker als bei Männern.
937 Wenn sie allein leben, haben sie oft keine weiteren Absicherungen als ihre Rente, die
938 insbesondere im Osten oft niedrig ausfällt.⁹ Seniorinnen haben zwar deutlich mehr Kontakt
939 zu den eigenen Kindern oder Enkelkindern und auch mehr engere und unterstützende
940 Freundeskreise als Senioren. ¹⁰ Auf der anderen Seite sind sie aber oft allein mit der
941 Sorgearbeit, pflegen Angehörige, Enkelkinder und gehen teilweise noch arbeiten.

942 *Die öffentliche Versorgung ist für ältere Menschen beschwerlich:* Bei Krankheit oder
943 gesundheitlichen Problemen werden bei älteren Menschen bestimmte
944 Rehabilitationsmaßnahmen nicht mehr durchgeführt.¹¹ Sie werden von den Krankenkassen
945 als Kostentreiber gesehen, bei denen es sich nicht mehr lohne. Die Generation zwischen 61
946 und 70 Jahren muss deutlich mehr zu Medikamenten zuzahlen als 18- bis 30-Jährige.¹² Im
947 ländlichen Raum ist darüber hinaus der Weg zum Arzt oder Einkaufsmarkt sehr umständlich,
948 vor allem ohne Auto.

949 *Seniorienfreundliche, öffentliche Räume fehlen:* Die Gefahrenlage im Verkehrssystem spitzt
950 sich für die ältere Generation zu. Im Jahr 2015 verunglückten in Sachsen etwa 2.500
951 Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr, 2010 waren es noch 2.100. Außerdem gibt
952 es eine hohe Dunkelziffer, da eine große Zahl der Unfälle gar nicht zur Anzeige gebracht
953 wird, weil es sich um Stürze beim Gehen auf schlechter Oberfläche, Konflikte mit anderen
954 Verkehrsteilnehmer*innen oder um Unfälle handelt, bei denen keine Polizei gerufen wird.
955 Zusätzlich fehlen im öffentlichen Raum für Seniorinnen und Senioren Möglichkeiten zum
956 Ausruhen, Unterstellen und Warten. Als Folge bleiben viele ältere Menschen bei höheren
957 Temperaturen zu Hause.

958 Wir alle wollen würdevoll leben, egal ob jung oder alt. Dazu gehört auch, dass wir am
959 Lebensende würdevoll und im besten Fall zu Hause¹³ sterben können. Ob dieser Wunsch in
960 Erfüllung geht, hängt zunehmend vom Geld ab. Denn Seniorinnen und Senioren, die von
961 Armut bedroht sind, haben besonders häufig mit den oben angesprochenen Problemen zu

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

962 kämpfen. Sie werden vielfach diskriminiert, sie sind öfter krank, öfter einsam, öfter
963 unzufrieden, öfter in schlechten Pflegebedingungen.

964 **Unsere Vision:** Die Gesellschaft betrachtet das hohe Alter als einen Lebensabschnitt mit
965 eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnissen und ein längeres
966 Leben als Gewinn für die Gemeinschaft. Deshalb werden von Armut bedrohte Seniorinnen
967 und Senioren vor Diskriminierung geschützt. Die Renten sind auskömmlich, die
968 Senior*innen müssen nicht zusätzlich arbeiten Sie können selbstbestimmt leben und
969 entscheiden, welche Aktivitäten oder auch Tätigkeiten sie ausüben.¹⁴

970 Seniorinnen und Senioren können sich solidarisch für die Belange ihrer Generation
971 einmischen und engagieren sich in anerkannten Vertretungen in ganz Sachsen. Sie
972 beteiligen sich an politischen Entscheidungen und vernetzen sich mit anderen
973 Akteur*innen.¹⁵ In der Folge sind öffentliche Räume freundlicher und barrierefrei gestaltet.
974 Quartiere und Stadtteile bieten nun mehr Versorgungsmöglichkeiten, also kurze Wege, die
975 wiederum auch viele Vorteile für die jüngeren Generationen bringen - zum Treffen, Aufenthalt
976 und zur Kommunikation.

977 Berufe im Pflege- und Gesundheitssektor sind beliebt, weil sie gut bezahlte Berufszweige mit
978 hoher gesellschaftlicher Anerkennung und Wertschätzung sind. Die Trennung in stationäre
979 und ambulante Pflege ist überwunden. Die aktivierende Pflege ist der zentrale Ansatz. Die
980 Kommunen sind die wichtigsten Gestalter im Pflege- und Gesundheitswesen. Öffentliche
981 Daseinsvorsorge garantiert ein selbstbestimmtes Altern (aus Sicht der Betroffenen), sowohl
982 in der Stadt als auch auf dem Land. Die ältere Generation in Sachsen lebt in Würde, bis zum
983 Lebensende.

984 **Unsere ersten Schritte:** Die gesetzlichen und privaten Kranken-, Pflege- und
985 Rentenversicherungen werden auf Bundesebene durch solidarische Versicherungssysteme
986 abgelöst, in die alle – Arbeitnehmer*innen, Angestellte, Beamt*innen, Freiberufler*innen,
987 Selbstständige, Politiker*innen, Vorstandsvorsitzende usw. – einzahlen und sowohl Arbeits-
988 als auch andere Einkünfte wie z. B. Kapitaleinkünfte, Einkünfte aus Vermietungen und
989 Verpachtungen. Zum Schutz vor Altersarmut wird eine solidarische Mindestrente eingeführt
990 und die Spitzenrenten werden gedeckelt.

991 Der Landtag soll ein Landespflegegesetz nach dem Vorbild anderer Bundesländer und unter
992 anderem mit besseren Betreuungsschlüsseln beschließen. Wir wollen eine
993 Landesbedarfsplanung für die Pflege einführen und den Pflegesektor staatlicher bzw.
994 kommunaler Hand ausbauen und einen Pflegemindestlohnsatz von zunächst 14,50 €
995 einführen, der mit der Inflation und der allgemeinen Einkommensentwicklung mit wachsen
996 wird. Nur so kann das Lohnniveau der ganzen Branche nach oben geschoben und der
997 Fachkräftemangel teilweise gemindert werden. Pilotprojekte zum Aufbau lokaler
998 Pflegenetzwerke (Vorbild Schweden) aus Angehörigen, Fachkräften, Nachbarschaft und
999 freiwillig Engagierten sollen in Sachsen umgesetzt werden. Neue Gesundheitsangebote der
1000 öffentlichen Hand wie Gemeindeschwesternmodelle, mobile Arztpraxen, medizinische
1001 Versorgungszentren, barrierefreie Wohnungen und Pflegedienste und -heime und
1002 hauptamtliche Pflegekoordinatoren müssen überall in Sachsen eingesetzt werden, wo
1003 Bedarf besteht.

1004 Wir wollen ein (freiwilliges) mehrwöchiges Sozialpraktikum für alle Schüler*innen in Sachsen
1005 einführen. Damit wollen wir die Sensibilität und das Interesse für die Themen Gesundheit,
1006 Altern, Pflege, Würde, Familie und Sterben generell unterstützen. Außerdem soll die
1007 Wertschätzung sozialer Berufe gesteigert und die gesellschaftliche Diskussion zu Solidarität

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

1008 in unserer Gesellschaft und zum Umgang der Generationen miteinander angekurbelt
1009 werden.

1010 Nachbarschaftshilfe wird künftig staatlich unterstützt, unter anderem durch
1011 Investitionsprogramme und geförderte, aufsuchende Sozialarbeit. Dadurch sollen auch
1012 bisher zurückgezogen lebende Senior*innen mit Hilfsangeboten angesprochen werden
1013 können. Der Freistaat soll eine öffentliche Kampagne zu den existierenden öffentlichen
1014 Angeboten der Sterbe- und Trauerbegleitung starten, um die Wissenslücken der Bevölkerung
1015 zu schließen.¹⁶

1016 Der Ausbau des Angebotes des öffentlichen Nahverkehrs und dessen barrierefreie
1017 Gestaltung werden Seniorinnen und Senioren ermöglichen, die wichtigsten Orte des
1018 täglichen Bedarfes zu erreichen, auch im ländlichen Raum. Außerdem werden die Zuschüsse
1019 zum barrierefreien Ausbau von Wohnungen angehoben, damit für Seniorinnen und Senioren
1020 mit wenig Einkommen möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben können.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

¹ www.beauftragte-neue-laender.de/

² „Mut zur Korrektur: Ein alterssicherungspolitischer Auftrag.“, Paritätische Positionen (Berlin, September 2017).

³ Dörte Hinrichs und Michael Roehl, In Deutschland arbeiten immer mehr Rentner, DLF-Sendung „Lebenszeit“ vom 22.09.2017

⁴ VdK (2016) VdK-Standpunkt Erwerbsminderungsrente - Immer mehr Menschen schaffen es nicht bis zur Altersrente, Berlin

⁵ Heribert Engstler & Laura Romeu Gordo; Der Übergang in den Ruhestand: Alter, Pfade und Ausstiegspläne; In: Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J., & Tesch-Römer, C. (2017). *Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

⁶ Katharina Mahne & Daniela Klaus, Zwischen Enkelglück und(Groß-)Elternpflicht – die Bedeutung und Ausgestaltung von Beziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern; In: Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J., & Tesch-Römer, C. (2017). *Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

⁷ Katharina Mahne & Oliver Huxhold, Nähe auf Distanz: Bleiben die Beziehungen zwischen älteren Eltern und ihren erwachsenen Kindern trotz wachsender Wohnentfernungen gut?, In: Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J., & Tesch-Römer, C. (2017). *Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

⁸ Bundesagentur für Arbeit, „Gemeldete Arbeitsstellen nach Berufen (Engpassanalyse) (Monatszahlen)“, Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Nürnberg, Oktober 2017).

⁹ „Mut zur Korrektur: Ein alterssicherungspolitischer Auftrag.“

¹⁰ Frank Berner, Katharina Mahne, Julia K. Wolff & Clemens Tesch-Römer, Wandel von Teilhabe und Integration älterer Menschen – ein politikorientiertes Fazit; In: Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J., & Tesch-Römer, C. (2017). *Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

¹¹ Drei Fragen an die Gerontologin Ursula Lehr, Unispiegel Universität Heidelberg, Ausgabe 2/2017

¹² VdK (2016) VdK-Standpunkt Arznei- und Hilfsmittel, Berlin

¹³ DHPV, „Wissen und Einstellungen der Menschen in Deutschland zum Sterben – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung“ (Berlin: Deutscher Hospiz- und Palliativverband, Juni 2017).

¹⁴ http://www.nar.uni-heidelberg.de/service/int_erlinghagen.html

¹⁵ Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung: <https://www.siebter-altenbericht.de/der-siebte-altenbericht.html>

¹⁶ DHPV, „Wissen und Einstellungen der Menschen in Deutschland zum Sterben – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung“.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

**6. Wie werden Bürger, ihre Rechte und Freiheiten
geschützt?**

Das Problem: 1021

Der Staat hat an 1022

Bedeutung verloren, 1023

wenn es um die 1024

Wahrung von Recht 1025

und Gesetz für alle 1026

geht. Entstandene 1027

Freiräume werden 1028

durch Lobbyismus, 1029

Populismus und 1030

Meinungsmonopole 1031

besetzt. Geld ersetzt 1032

Verantwortung. 1033

Macht verhindert 1034

Aufklärung. 1035

Unsere Vision: 1036

Der Rechtsstaat 1037

schaft Gerechtigkei 1038

für alle. Staatliche 1039

Handeln ist 1040

nachvollziehbar 1041

und fair. Der 1042

Rechtsstaat ist 1043

stark und wird 1044

akzeptiert. 1045

1046

1047

1048

1049

1050

1051

1052

1053

1054

1055

1056

1057

Die Situation: In Artikel I der Sächsischen Verfassung heißt es: Der Freistaat Sachsen ist „... ein demokratischer [...] sozialer Rechtsstaat.“¹ Will heißen: Die Politik soll Recht und Gesetz gestalten und die Behörden sollen es durchsetzen - und sich auch selbst daran halten. Denn der Staat darf nicht willkürlich handeln und auch nicht die Grundrechte der Bürger*innen verletzen.² Um das abzusichern, haben wir Gerichte. Vor Gericht soll jeder gleich behandelt werden. Die Medien sollen das kritisch begleiten. Dieses System funktioniert gut, so lange jeder die ihm so zugewiesenen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnimmt. Das System gerät in Ungleichgewicht, wenn diese verantwortungsvolle Bindung in das Gewohnheitsrecht des Regierens und Verwaltens abgeleitet oder allein auf den Erhalt von Mehrheiten gerichtet ist.

Die letzten Jahre zeigen aber:

- Die Verwaltungen und Behörden sind personell stark abgebaut worden. Dadurch sind Sicherheits- und Polizeibehörden den alltäglichen und wachsenden Anforderungen, zumindest zu erheblichen Teilen, weder fachlich noch personell gewachsen. In der Folge bleiben Rechtsverletzungen oft ohne Folgen, Schaden kann oft nur verspätet, manchmal gar nicht mehr abgewendet werden. Ein Beispiel dafür ist der Skandal um illegale Abfallimporte, der Sachsen bis heute beschäftigt.

- Schlechte Personalausstattung bei der Polizei führt dazu, dass die Einhaltung von Gesetzen und punktuell die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden können, zum Beispiel werden kaum noch Geschwindigkeits- und Alkoholkontrollen im Straßenverkehr durchgeführt, was wiederum zu einer Verrohung der Sitten und des Verkehrsklimas führt. Fehlendes Personal bei Sicherheitsbehörden und Justiz (Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Strafvollzug, Gefängnis)

hat zur Folge, dass Straftaten häufig unentdeckt und unaufgeklärt bleiben, oder erst Jahre später verfolgt werden. Viel zu lange Verfahrenslaufzeiten sind eine Belastung für die Opfer auf der einen und die Angeklagten auf der anderen Seite. Darunter leiden die Rechtsdurchsetzung und Wahrheitsfindung, und damit auch das Ansehen des Rechtsstaates. So kann in einigen Fällen wegen fehlenden Personals bei den Justizbehörden und des Ablaufens gesetzlicher Fristen nicht rechtzeitig Klage gegen Straftäter erhoben werden. Ein fatales Versagen des Rechtsstaats. Ein anderes Beispiel ist die misslungene Festnahme des Terrorverdächtigen Al-Bakr aufgrund überforderter Polizeieinheiten. Für die Bekämpfung

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

- 1058 Organisierte Kriminalität sind das Landeskriminalamt und die Kriminalpolizeiinspektionen
1059 der Polizeidirektionen personell und fachlich nicht ausreichend ausgestattet und
1060 fortgebildet. Damit steht der Bereich der Organisierten Kriminalität nicht genug unter
1061 Verfolgungsdruck. Auch der Mangel an Gerichtsmediziner*innen und forensischem
1062 Fachpersonal steht einer Verbrechensentdeckung und -aufklärung entgegen.
1063 Cyberkriminalität rückt zunehmend in den Fokus der Ermittlungsbehörden und bleibt
1064 dennoch unterbelichtet. Trotz zunehmender Fachkompetenz bleiben Polizei und
1065 Staatsanwaltschaften weit hinter den Cyberkriminellen zurück. Landesbank- und
1066 Sachsensumpfskandal mit Verfolgung von Staatsanwälten, Polizisten und Journalisten
1067 stehen für politisch gewollte Nichtaufklärung und wider besseres Wissen für die
1068 Verneinung von OK-Verstrickungen. Strafverfolgung und Urteilsfindung sind so von Affären
1069 und schleierhaften Vorgängen (unter Beteiligung staatlicher Strukturen) geprägt. Für den
1070 systematischen und massenhaften Betrug an Dieselfahrzeugen aber wird kein
1071 Verantwortlicher belangt (und keine Verbraucher*innen entschädigt).
- 1072 ▪ Die Bevölkerung wird zu wenig vor organisierter Gewalt geschützt. Der NSU, der
1073 Nationalsozialistische Untergrund konnte von Sachsen aus morden. Die Polizei reagiert
1074 nur, statt engagiert und dauerhaft gegen Neonazis vorzugehen. Verstrickungen von V-
1075 Leuten und Kungeleien von Polizisten mit der Szene zeigen: Behörden sind oft Teil des
1076 Problems.
 - 1077 ▪ An Verwaltungsgerichten dauert ein Prozess in Sachsen doppelt so lange wie im
1078 Bundesdurchschnitt. Schlussendlich heißt das, sie können sich gegen Fehlentscheidungen
1079 von Verwaltungsbehörden nicht zur Wehr setzen. Ein Grund für diese Entwicklung: Gerichte
1080 können kaum auf veränderte Aufgaben reagieren.³
 - 1081 ▪ Für viele Menschen wird die Durchsetzung ihrer berechtigten Ansprüche vor Gericht
1082 zum Luxusgut. Dagegen sind Angeklagte mit guten finanziellen Möglichkeiten vor Gericht
1083 oft besser gestellt. Beispielsweise werden in fast der Hälfte der Wirtschaftsstrafverfahren
1084 und bei bestimmten Verfahren der Organisierten Kriminalität Absprachen und Vergleiche
1085 ausgedeutet.⁴ Der Einfluss mächtiger Lobby- und Interessengruppen auf die Justiz wächst.
1086 Mit „Recht sprechen“ und „gleich vor Gericht“ hat das nicht mehr viel zu tun. In der
1087 Bevölkerung verstärkt sich der Eindruck: „Die Großen lässt man laufen, die Kleinen fängt
1088 man.“
 - 1089 ▪ Auf der einen Seite regelt, verfolgt und kontrolliert der Staat mit sehr viel Fleiß, zum
1090 Beispiel bei Ordnungswidrigkeiten oder kleineren Delikten. Auf der anderen Seite ist er
1091 deutlich weniger aktiv, manchmal schlicht untätig. Auch wenn Sonderkommissionen
1092 Erfolge beim Kfz-Diebstahl, Wohnungseinbruchdiebstahl und anderen organisierten
1093 Verbrechen erzielen konnten, treffen diese Straftaten direkt die Bürger*innen in der
1094 privaten Lebensführung. Hier brauchen wir mehr Personal und Engagement, um das
1095 Vertrauen in den Rechtsstaat nicht zu zerstören.
 - 1096 ▪ Richtern fehlt oft der direkte Lebensbezug zu den Erfahrungen und Lebenslagen von
1097 Opfern, Zeug*innen, Täter*innen und anderen Betroffenen, sowie Lebenserfahrung

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1098 anderer Bereiche. Nicht selten entsteht so eine Entfremdung der Richter von den
1099 betroffenen Bürger*innen.

1100 ■ Die Regierung schränkt die Grundrechte der Bürger*innen immer wieder ein,
1101 eindrückliche Beweise sind die illegale Handydaten-Speicherung, die flächendeckende
1102 Versammlungsverbote und nicht zuletzt die Entwürfe für eine neue Polizeigesetzgebung in
1103 Sachsen. Global agierende Konzerne sammeln und verwerten privateste Informationen in
1104 einem bisher unvorstellbaren Maße und bedrohen damit die Freiheit jedes einzelnen. Die
1105 Ersetzung der bisher geltenden „Unschuldsvermutung“ durch den allgemeinen
1106 „Gefährderansatz“ im polizeilichen Gefahrenabwehrrecht, zerstört bisherige Grundsätze
1107 polizeilicher Befugnisbegrenzung und bereitet den Weg für einen Polizeistaat.

1108 ■ Unter dem Zwang zur aufregendsten und neuesten Neuigkeit werden einzelne
1109 Verbrechen überbetont und damit die Realität verzerrt, was eine durchdachte und
1110 angemessene Reaktion des Staates erschwert.⁵ Auf der anderen Seite werden
1111 Journalist*innen in Sachsen bei brisanten Themen vom Staat unter Druck gesetzt, wie der
1112 Fall Sachsensumpf zeigt oder die Angriffe im Umfeld von Pegida auf Medienvertreter.

Chronik sächsischer Unsicherheit (Auswahl bedeutender Ereignisse)

- ↓ 1998 bis 2011: untergetauchte NSU-Terroristen ermorden von Chemnitz und Zwickau aus in ganz Deutschland Migranten; sächsische Sicherheitsbehörden können weder Morde und Überfälle verhindern, noch die Mörder und deren Unterstützer finden
- ↓ 2011: Sächsische Behörden späh bei einer Demonstration am 19.02. die Handydaten von 55.000 Bürgerinnen und Bürgern aus - eine der größten Kurzzeit-Massenüberwachung in der Geschichte der Bundesrepublik. Dresdner Landgericht erklärt die Späh-Aktion im Nachgang für illegal
- ↓ 2008 bis 2014: Skandal um massenhaft illegal importierten Giftmüll aus Italien nach Sachsen
- ↓ 2015: Sächsisches Innenministerium verbietet als einziges Bundesland Montagsdemonstrationen (am 19.05. in Dresden) mit Hinweis auf Terrorgefahr; bundesweite Kritik wegen Einschränkung der Demonstrationsfreiheit; im August können überforderte Behörden erst nach 2 Tagen die massiven Angriffe von Neonazis auf die Asylunterkunft in Heidenau unterbinden
- ↓ 2016: Terrorverdächtiger Dschaber al-Bakr flieht vor den Augen der Polizei in Chemnitz und kann nach der Festnahme Suizid im Gefängnis in Leipzig begehen
- ↓ 2016: Generalbundesanwalt schreitet in Sachsen ein und lässt Terrorgruppe Dresdner und Freitaler Neonazis der sogenannten „Bürgerwehr FTL/360“ verhaften; erneut Skandal bei den sächsischen Justizbehörden - Geheimnisverrat - Vertuschung - fehlende Aus- und Bewertung von Beweismitteln
- ↓ 2004-2017: Sächsische Landesbank versinkt in Skandalen und geht Pleite; Sächsische Steuerzahler verlieren mehr als 1 Milliarde Euro; Gerichtsverfahren gegen die verantwortlichen Ex-Vorstände werden gegen Geldzahlungen eingestellt
- ↓ 2010 bis 2017: Straßenverkehrsunfälle auf hohem Niveau; jede Woche stirbt ein Radfahrer oder Fußgänger in Sachsen; massiver Anstieg der Nötigungen, des Fahrens ohne Führerschein und des unerlaubten Entfernens vom Unfallort im Straßenverkehr; Verkehrskontrollen sinken auf Allzeit-Tiefstand; Personalabbau bei Verkehrspolizei geht weiter
- ↓ 1993 bis 2018: Sachsensumpf-Affäre um organisierte Kriminalität mit Prostitution Minderjähriger unter vermeintlicher Beteiligung hoher sächsischer Justizbeamter
- ↓ 2018: beim Prozess gegen einen Rechtsextremisten, der für einen Bombenanschlag auf eine Moschee verantwortlich gemacht wird, kommen eklatante Ermittlungsspannen der Behörden zum Vorschein

1113 Letztlich nehmen die Bürger*innen so einen Abbau von Gerechtigkeit und Sicherheit und in
1114 der Folge eine Entfernung und Entfremdung vom Rechtsstaat wahr. Die hier entstehenden
1115 Lücken werden von verschiedenen Akteuren gefüllt. Auf der einen Seite ist in diesen
1116 Leerstellen Platz für Populismus, Ausgrenzung und für Hetze. Auf der anderen Seite werden
1117 die Lücken von Lobbyisten genutzt. So wollen die reichen Großkonzerne um VW die Gelder,
1118 die für die Behebung des Dieselskandals erforderlich sind, dem Steuerzahler aufbürden, und
1119 auch für die Umweltfolgen der Kohleverstromung zahlt die Bürgerschaft, nicht der

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1120 Verursacher. Großkonzerne wie Facebook sammeln und verwerten privateste Informationen
1121 in einem bisher nicht vorstellbaren Maße, bislang straffrei. Und am Ende sind es Software-
1122 Schmieden, die dem Staat jene Algorithmen verkaufen, mit deren Hilfe dieser effektivere
1123 Gefahrenabwehr, Ermittlungsarbeit und Strafjustiz erhofft. Die Erkenntnis, dass der Staat
1124 und die Justiz selbst damit in Abhängigkeiten geraten und die Persönlichkeitsrechte der
1125 Bürger*innen gefährdet sind, ist entweder noch nicht gewonnen oder wird dem Ziel
1126 untergeordnet.

1127 Zusammenfassend müssen wir feststellen: Der Freistaat Sachsen wird seiner Verantwortung
1128 als demokratischer und sozialer Rechtsstaat nur sehr unbefriedigend gerecht.

1129 **Unsere Vision:** Der Freistaat Sachsen hat die entstandenen Lücken geschlossen und ist als
1130 Rechtsstaat wieder glaubwürdig. Die Gerichtsverfahren zielen auf Wahrheitsfindung und
1131 lückenlose Aufklärung. Die Verwaltungsbehörden in Sachsen haben ausreichend Personal-
1132 und Sachmittel und können wegen guten Fachwissens und Fortbildungen frühzeitig
1133 Vergehen ahnden und größeren Schaden abwenden.

1134 Polizei, Staatsanwaltschaften und Strafgerichte können sich auf ihre Kernaufgaben
1135 konzentrieren, anstatt Bagatelldelikte wie z. B. das sogenannte „Schwarzfahren“
1136 (Erschleichen von Leistungen) strafrechtlich verfolgen und ahnden zu müssen. Die Justiz in
1137 Sachsen ist dementsprechend umorganisiert und es wurden neue Prioritäten gesetzt. Aber
1138 auch die gesellschaftliche Erwartungshaltung an die öffentlichen Verwaltungen hat sich
1139 normalisiert, nicht alles sollen Behörden „für uns“ tun.

1140 Diese neue Haltung der Bürger*innen zum Staat und umgekehrt schafft in Fragen der
1141 öffentlichen Sicherheit vor allem der gesellschaftlichen Präventionsarbeit einen akzeptierten
1142 und gewollten Raum. So ist die Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen an Kitas
1143 und Schulen in Kooperation von Verkehrswacht und Polizei auf höchstem Niveau
1144 sichergestellt. Auch für erwachsene Verkehrsteilnehmer*innen sind verkehrsrechtliche und
1145 verkehrspraktische Fortbildungen ständige Angebote. Für ältere Fahrzeugführer*innen sind
1146 ab dem 70. Lebensjahr jährliche verkehrsmedizinische Checks verbindlich, die vor allem die
1147 Sicherheit der älteren Verkehrsteilnehmer*innen überprüfen und von den
1148 Krankenversicherungen als Vorsorgeleistung übernommen werden.

1149 Kinder- und Jugendschutz wird hinsichtlich der Verhinderung des Drogenkonsums (Alkohol
1150 und ähnliche Einstiegsdrogen, Substanzmissbrauch) als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
1151 umgesetzt. Dabei dienen Erkenntnisse aus medizinischer, sozialpsychologischer,
1152 sozialpädagogischer und kriminologischer Forschung für eine effektive Präventionsarbeit.
1153 Der Drogenkonsum ist entkriminalisiert, die Ausgabe von Drogen erfolgt unter medizinischer
1154 Kontrolle durch geprüfte und zertifizierte Träger der Wohlfahrtspflege. Somit wird vor allem
1155 die Beschaffung von Drogen legalisiert und dem Schwarzmarkt und organisierten
1156 Verbrechen entzogen. Konsument*innen können in stärkerem Maße für therapeutische
1157 Angebote gewonnen werden. Ihnen stehen ausreichend Therapieplätze zur Verfügung.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1158 Einbruchs-, Einbruchsdiebstahl- und Diebstahlprävention wird in Kooperation der
1159 Mieterverbände gemeinsam mit der organisierten Wohnungswirtschaft und Polizei über ein
1160 breites Informationsangebot betrieben.

1161 Die Versammlungsfreiheit und der Schutz vor Bespitzelung oder Ausspähung persönlicher
1162 Daten sind unangefochtene Grundrechte in Sachsen und stehen als wichtige Aufgabe für
1163 Polizei und alle staatlichen Verwaltungen im gesamtgesellschaftlichen Fokus. Sie müssen
1164 nicht mehr langwierig über Gerichte eingeklagt werden, sondern von der Polizei und den
1165 Verwaltungen von vornherein geachtet werden. Umfassende politische Bildung und die
1166 Akzeptanz humanistischen, demokratischen und antifaschistischen Engagements der
1167 Zivilgesellschaft sind Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen demokratischen Kultur und
1168 einer neuen Polizeikultur.

1169 **Unsere ersten Schritte:** Wir werden die Gerichte kontinuierlich mit deutlich mehr Personal
1170 und mehr Instrumenten zur Umorganisation von Arbeitslasten ausstatten. Dadurch werden
1171 die Verfahren gestrafft und Verfahrenslaufzeiten bei Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichten
1172 auf bundesdeutsches Niveau reduziert.

1173 Wir werden den Verfassungsschutz in Sachsen abschaffen, die Aufgaben der
1174 Gefahrenabwehr übernehmen die Polizeibehörden. Für nachrichtendienstliche Tätigkeiten
1175 zur Aufklärung von Wirtschaftsspionage organisieren wir gesonderte Abteilungen im
1176 Landeskriminalamt.

1177 Wir werden den Personalkörper der Polizei ebenso kontinuierlich vergrößern und über
1178 veränderte Ausbildungsgänge und die Fachkompetenz der sächsischen Polizei erhöhen. Wir
1179 werden die Kriminalist*innenausbildung für die angehenden Kriminalist*innen der
1180 sächsischen Polizei so umgestalten, dass sie sowohl Organisierte Kriminalität und
1181 Cyberkriminalität auf der einen Seite, als auch Massendelikte wie Einbrüche und Diebstähle
1182 auf der anderen Seite abdecken und gut bearbeiten können. Durch die Neugestaltung der
1183 Aus- und Fortbildung für Beamt*innen in den Polizeirevieren und -direktionen sowie gute
1184 politische Bildung sollen die Polizeibeamt*innen ein neues Selbstverständnis als Partner*in
1185 bei Großveranstaltungen und Demonstrationen entwickeln. Zugleich wollen wir sie
1186 sensibilisieren für Sachverhalte der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie z. B.
1187 Antisemitismus, Homophobie, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ihre interkulturelle
1188 Kompetenz stärken und durch eine breite Kampagne mehr junge Menschen mit
1189 Migrationshintergrund für einen Job bei der Polizei gewinnen.

1190 Wir werden eine unabhängige Ombudsstelle für die Polizei auf gesetzlicher Grundlage
1191 errichten und mit weitreichenden Berichts-, Auskunfts-, Untersuchungs- und
1192 Schlichtungsrechten ausstatten. Bürger*innen werden also gesetzlich garantierte Rechte
1193 erhalten auf entsprechende Untersuchungen und den gleichzeitigen Schutz ihrer Interessen.
1194 Diese Unabhängigkeit wird ebenso Polizeibediensteten garantiert, die sich über Verhalten
1195 von Dienstvorgesetzten oder Kolleg*innen beschweren wollen sowie Hinweise auf
1196 gruppenspezifisches Fehlverhalten von Kolleg*innen geben wollen. Wir werden eine die

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

- 1197 berechtigten Schutzinteressen von Polizeibeamt*innen sichernde Form der
1198 Kennzeichnungspflicht auf gesetzlicher Grundlage einführen.
- 1199 Wir wollen in Sachsen Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit,
1200 Homophobie und jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen
1201 und ihre Akteur*innen engagiert durch die Strafverfolgungsbehörden dauerhaft verfolgen
1202 lassen. Dazu sollen die Behörden eng mit den Kolleg*innen in Deutschland und international
1203 zusammenarbeiten. Wir werden Aussteigerprogramme intensivieren.
- 1204 Der Schutz von Opfern und Zeug*innen, aber auch der Schutz von Vertrauenspersonen
1205 sowie journalistischer Arbeit wird eine deutliche höhere Priorität genießen. Wir werden die
1206 Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Projekten, die Zivilcourage,
1207 Opferschutz und demokratische Bildung stärken und fördern. Allen voran wird der Freistaat
1208 Sachsen mit seinen Behörden alle Versuche rigoros abwehren, Grundrechte auszuhebeln,
1209 wie es bereits bei sogenannten „Kontrollen“ und „Festnahmen“ durch einzelne lokale
1210 „Bürgermilizen“ vorkam. Der Staat wird das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen.
- 1211 Mit dem Ausbau des Netzes an Polizeirevieren vor Ort sichern wir eine schnelle
1212 Erreichbarkeit für die Bürger*innen und eine deutlich verbesserte Präsenz der sächsischen
1213 Polizei.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

¹ „Verfassung des Freistaates Sachsen“ vom 27. Mai 1992 (sächs. GVBl Seite 243) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist“ (o. J.).

² Eckart Thurich, *Pocket Politik „Demokratie in Deutschland“* (Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2006).

³ Joachim Wagner, *Ende der Wahrheitssuche Justiz zwischen Macht und Ohnmacht* (Verlag C. H. Beck, 2017).

⁴ Wagner S. 223.

⁵ Deutscher Presserat, „Publizistische Grundsätze (Pressekodex) - Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserates - Beschwerdeordnung“, 2017, presserat.de.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

1214

7. Welche Wohnverhältnisse habe ich?

Das Problem: 1215

Kontraste nehmen 1216

zu - Wohnraum 1217

ungleich verteilt, 1218

Mieten steigen, 1219

Wohnumfeld 1221

verschlechtert 1222

sich. 1223

1224

Unsere Vision: 1225

Die soziale 1226

Mischung und 1227

das Wohnumfeld 1228

stimmen, in Stadt 1229

und Land. 1230

1231

1232

1233

1234

1235

1236

1237

1238

1239

1240

1241

1242

1243

1244

1245

1246

1247

1248

1249

1250

1251

1252

1253

1254

1255

1256

1257

1258

Die Situation: Die ersten beiden Jahrzehnte nach der politischen Wende in Sachsen waren wegen des erheblichen Bevölkerungsverlustes und der ersten Eigentumswelle durch große Anstrengungen zur Beseitigung des teils massiven Wohnungsleerstandes und der Sanierung ganzer Wohnquartiere in den Städten gekennzeichnet. Dörfer und Städte haben sich herausgeputzt. Zugleich ist ein großer Teil der Böden und Immobilien in privates Eigentum übergegangen und so zu Spekulationsobjekten geworden. Wohnungen und Böden sind so zur Handelsware geworden. Seit ein paar Jahren verschlechtert sich vielerorts die Wohnsituation jedoch wieder. Besonders problematisch ist, dass Familien mit mittleren oder niedrigen Haushaltseinkommen sowie Alleinerziehende und Alleinlebende mit wenigen Einkünften zunehmend unter ihrer Wohnsituation leiden.¹ Oft haben die Mieter*innen keinen Einfluss auf die Höhe der Miete, die Wohnungsqualität oder das nähere Wohnumfeld. Dies trifft oft auch auf kommunale oder genossenschaftliche Wohnungen zu.²

Insgesamt sind folgende Tendenzen erkennbar:

Vom hohen Leerstand in den Großstädten Leipzig und Dresden zu massiv steigenden Mietpreisen bei Neuvermietungen vergingen nur wenige Jahre. Vor 2010 konnte der Leerstand insbesondere in Leipzig und Dresden deutlich durch Rückbau im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ reduziert werden. Es konsolidierte sich ein Wohnungsmarkt, der aufgrund des Überschusses neugebauter und sanierter Wohnungen in allen Preissegmenten von Nachfrager*innen bestimmt war. Die Auswahl war noch groß und die Mieten bis auf wenige Exklusivstandorte günstig. Durch den massiven Zuzug in die beiden Großstädte seit 2010 sowie steigende Geburtenzahlen wächst nun der Druck auf den städtischen Wohnungsmarkt mit Folgen für Angebotsmieten und mancherorts setzen auch erste Verdrängungsprozesse ein.

Somit zeigen sich die Wohnungsmärkte in Sachsen uneinheitlich. Einerseits wächst die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, so in den Städten durch Zuzug von Menschen aus dem ländlichen Raum, aus anderen Bundesländern und durch Geflüchtete.³ Vor allem in den Großstädten reicht dafür das Angebot noch nicht aus. In Sachsen leben zwei von drei Personen in einer Wohnung zur Miete.⁴ Wegen der Renditeabsichten mancher Eigentümer ist ein Teil der Mieter in einer schwierigen Lage. Andererseits steht in Sachsen noch immer fast jede zehnte Wohnung leer, eine der höchsten Leerstands-Quoten in Deutschland.⁵ Vor allem im ländlichen Raum, den peripheren Gebieten und vielen Klein- und Mittelstädten sinkt die Einwohner*innenzahl weiter. Somit gibt es keine Interessenten für den Leerstand, oft haben die Wohnungen zudem keine gute Wohnqualität. Problematisch ist dabei, dass von 2006 bis 2013 für knapp 127.000 sogenannte Sozialwohnungen die Mietpreisbindung entfallen ist. In Sachsen gibt es nur noch etwa 7.000 Wohnungen mit Mietpreisbindung. Ohne diese Mietpreisbindung sind sie der Mietpreisbildung an den Wohnungsmärkten

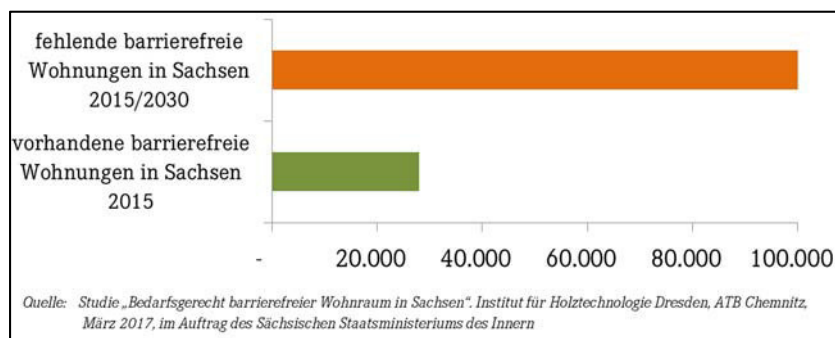
Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1259 ausgesetzt.⁶ Vor allem diese Wohnungsbestände in den Wohnungsgenossenschaften und
1260 bei kommunalen Wohnungsgesellschaften bieten aufgrund des geringeren Mietanstiegs
1261 größere Sicherheit. Besonders im privaten Wohnungssektor wachsen seitdem die Mieten.

1262 Dazu kommen sich ändernde Ansprüche. Familien konkurrieren in den Städten mittlerweile
1263 mit vielen anderen Nutzergruppen (z. B. studentische und andere WGs), nicht wenige
1264 Menschen sind im Trend immer größerer Wohnflächen aufgewachsen und suchen z.B. als
1265 Single oder Paar nach Wohnungen, die früher eher Familienwohnungen waren. Über die
1266 Lösung dieser Probleme herrscht Uneinigkeit. Die sächsischen Wohnungsgenossenschaften
1267 wollen zum Beispiel, dass nicht in den Großstädten Wohnraum gefördert wird. Stattdessen
1268 sollen im Umfeld der Großstädte Kommunen unterstützt werden⁷, bei denen noch viele
1269 Wohnungen leer stehen.⁸

1270 *Die soziale Mischung ist gefährdet – in Städten und den Dörfern.* Menschen mit wenig
1271 Einkommen müssen ihr Wohngebiet immer häufiger aufgrund steigender Mieten verlassen.
1272 Gegenüber den Verdrängungsmechanismen im Bereich des Wohnens sind prekäre
1273 Haushalte (einkommensschwach, geringe Qualifikation oder körperliche bzw. geistige
1274 Einschränkungen) besonders sensibel. Die Landesregierung weigert sich selbst die Mini-
1275 Mietpreisbremse umzusetzen.⁹ Und der Staat gewährt Erwerbslosen und
1276 einkommensschwachen Haushalten auch kein ausreichendes Wohngeld, die KdU-Sätze sind
1277 zu gering.¹⁰ Viele Kommunen nutzen ihre Möglichkeiten nicht, wenigstens minimal entgegen
1278 zu wirken, beispielsweise durch einen qualifizierten Mietspiegel, der auch die
1279 Bestandsmieten abbildet und diese stärker gewichtet als Neuvertragsmieten¹¹. Durch die
1280 Kommunen werden kaum Gebiete mit Erhaltungsschutz- bzw. Milieuschutzsätzen belegt.
1281 Auch kleine Gewerbeunternehmen sind den Preisanstiegen ausgesetzt.¹² Darüber hinaus
1282 boomen in Dresden und Leipzig weitgehend abgeschirmte Investorenprojekte, oft „Höfe“
1283 und „Residenzen“ genannt.¹³ Diese Tendenzen gefährden die soziale Mischung in den
1284 Wohnquartieren und letztlich im gesamten Freistaat.

1285 Etwa jede zehnte Person in Sachsen lebt mit einer Behinderung. Der Bedarf nach passendem
1286 Wohnraum ist riesig: In Sachsen müssten jedes Jahr über 7.000 barrierefreie (bezahlbare)
1287 Wohnungen neu hinzukommen (siehe Grafik unten).¹⁴ Aktuell wird das weit verfehlt.



1288

1289 Für Haushalte mit wenig Einkommen fängt es mit den Unannehmlichkeiten schon weit vor
1290 der fehlenden Barrierefreiheit an, denn sie sind häufig von Feuchtigkeitsschäden, Lärm und
1291 Umweltverschmutzung betroffen.¹⁵

1292 Neben der mangelnden Wohnungsqualität kommt noch das vernachlässigte Wohnumfeld
1293 dazu, denn: Wohnumfeld-Verbesserung spielt oft keine Rolle, auch bei Neubauten.
1294 Nachverdichtung, Einzäunung, Ummauerung, Zerstückelung und Betonierung von

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1295 Innenhöfen und Außenanlagen verhindern sehr oft die nachbarschaftliche Kommunikation
1296 oder einfach das freie Spiel der Kinder.¹⁶

1297 *Verarmung und Vereinsamung drohen: Vor allem ältere Menschen drohen zu vereinsamen,*
1298 *wenn sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind oder sich unsicher fühlen.¹⁷ Wenn*
1299 *die Familienangehörigen weit weg wohnen und im direkten Umfeld ein barrierefreier ÖPNV-*
1300 *Zugang fehlt, erschwert das die Teilhabe am öffentlichen Leben. Ältere Menschen werden*
1301 *dadurch und durch zu hohe Wohnkosten gezwungen umzuziehen. Vor allem die zunehmende*
1302 *Altersarmut wird das Problem der zu hohen Wohnkosten (siehe folgendes Zitat) in Sachsen*
1303 *noch verstärken.*

1304 „Senioren mit Armutsrisiko verfügen nach Abzug der Wohnkosten durchschnittlich über ein restliches
1305 Einkommen von 585 Euro [monatlich], Senioren ohne Armutsrisiko dagegen mit 2.221 Euro
1306 restlichem Einkommen über fast viermal so viel.“
1307 aus: *Lebenslagen und Einkommenssituation älterer Menschen, BBSR 2015*¹⁸

1308 Menschen im Erwerbsalter zwingt dagegen der Druck auf dem Arbeitsmarkt häufiger zum
1309 Wohnortwechsel oder aber ihre Arbeitswege werden immer länger. Der unter Druck oder
1310 negativen Gründen („brauche billigere Wohnung“) bezogene, neue Wohnort ist dann eher
1311 Kontrast zur alten Wohnstätte als Bereicherung und Entdeckung.¹⁹ Somit verschlechtert sich
1312 das Wohnumfeld, wenn auch manchmal nur gefühlt. Die Alternative zum Umzug hat aber
1313 auch einen Haken: Wenn die Menschen weit pendeln, dann ist kaum Zeit für soziale
1314 Kontakte. Manchmal fühlen sich Sesshafte aber auch einsam, weil andere weggehen, zum
1315 Beispiel im ländlichen Raum. Hier fehlt es an Konzepten diesen Zustand zu verbessern.
1316 Segregation und armutsfreie Stadtteile.

1317 **Unsere Vision:** Wir wollen erreichen, dass in Deutschland neben der sozioökonomischen
1318 Gesamtentwicklung auch die Entwicklung der Einkommen es sowohl den Erwerbstätigen als
1319 auch den Rentner*innen, den Erwerbslosen, Familien, Alleinerziehenden, den Alleinlebenden
1320 mit geringerem Einkommen sowie den Menschen mit Behinderungen ermöglicht, eine ihren
1321 Bedürfnissen entsprechende Wohnung anzumieten – auch im Alter. Selbstverständlich
1322 müssen dazu auch bundesweite Reformen u. a. der Arbeitslosenversicherung, der Renten-
1323 und Grundsicherung die erforderliche finanzielle Stellung aller stärken.

1324 Mieter*innen werden bei Fragen der Wohnungsausstattung und der Gestaltung des
1325 Wohnumfeldes immer beteiligt. Neben der sehr guten Einkommensentwicklung tragen
1326 Mietbegrenzungsinstrumente zu einer gesellschaftlich gewollten Dämpfung der
1327 Mietanstiege bei.

1328 Attraktive Wohnkonzepte motivieren Menschen, wieder in die alten Kerne der sächsischen
1329 Mittelstädte zu ziehen. Dadurch können viele leerstehende Wohnungen und Gebäude fernab
1330 der Großstädte genutzt werden. Die beanspruchte Wohnfläche je Person steigt nicht weiter
1331 an, geht vielerorts sogar zurück.

1332 Kooperative und alternative Wohnprojekte und Hausgemeinschaften sind eine wichtige
1333 Säule zur Sicherung dauerhaft bezahlbaren Wohnraumes, zur Gestaltung von
1334 Schrumpfungsprozessen und der Zwischennutzung und Belegung von Freiräumen, vor allem
1335 in Klein- und Mittelstädten.²⁰

1336 Mietwohnraum wird als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge grundsätzlich der Profitlogik
1337 entzogen.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1338 Durch die Mieter*innenbeteiligung konnten Lärm, Verschmutzung und Mängel an der
1339 Wohnungsausstattung weiter zurück gedrängt werden. Die Wohnungen öffnen sich zum
1340 Wohnumfeld: Direkte Zugänge zu Balkonen, Terrassen, Gärten. Innenhöfe bilden einen
1341 selbstverständlichen Bestandteil von Modernisierungsmaßnahmen.²¹ Innenhöfe und
1342 Wohnstraßen sind zu attraktiven, kinderfreundlichen Spielorten, Treffpunkten und
1343 Freiräumen für alle geworden. Frei zugängliche Stadt-Quartiere sind Alltag.²²

1344 Die soziale Mischung steigt genauso wie die Identifikation mit der eigenen Wohnumgebung
1345 und der Austausch zwischen den Nachbarn. Ältere Menschen sind vielfältig unterwegs, in
1346 der Nachbarschaft oder mit dem ÖPNV. Vieles passiert gemeinsam und bringt die Menschen
1347 näher zusammen. Alle Wohngebiete haben eine zufriedenstellende infrastrukturelle
1348 Anbindung und ausreichende Versorgungsstrukturen. Das gilt für städtische und ländliche
1349 Regionen gleichermaßen.

1350 Dass Menschen Wohnorte wechseln und Regionen verlassen, um Neues zu entdecken oder
1351 ganz und gar in ein neues Leben aufzubrechen, wird respektiert.²³ Die Ohnmacht gegenüber
1352 dem Schwarmverhalten junger Menschen ist einer offenen, ehrlichen und selbstkritischen
1353 Diskussion gewichen, über Wert und Wesen von Groß- und Kleinstadtleben und dem Wohnen
1354 auf dem Dorf, über die Frage, was die Menschen für ein zukunftsfähiges, einladendes
1355 Wohnumfeld in ihrem Dorf oder ihrer Stadt tun können.

1356 **Unsere ersten Schritte:** In Sachsen sollen wieder mehr Sozialwohnungen geschaffen
1357 werden, durch Vorgaben gegenüber privaten Investoren (Anteil Sozialwohnungen). Die
1358 Kommunen sollen wieder mehr Wohnungen in eigener Hand führen. Neu gebaute
1359 Sozialwohnungen bleiben so lange Sozialwohnungen, wie Bedarf dafür da ist.

1360 Alle Städte in Sachsen führen einen qualifizierten Mietspiegel ein, sie werden durch den
1361 Freistaat bei der Datenerhebung unterstützt. Die Mietspiegel sollen die Bestandsmieten
1362 abbilden und stärker gewichten als die Neuvertragsmieten sowie die erforderliche
1363 Einkommensentwicklung ebenso abbilden.

1364 Der Freistaat hilft den Kommunen, dass sie Instrumente wie Erhaltungssatzungen,
1365 Zweckentfremdungsverordnungen oder Genehmigungsvorbehalte für die Umwandlung von
1366 Miet- in Eigentumswohnungen möglichst weitgehend ausreizen²⁴ und eigene kommunale
1367 Wohnungsbestände aufbauen.²⁵

1368 Wir wollen eine Bodenpreisbremse einführen und für einen Grundstock an Flächen und
1369 Grundstücken in öffentlicher Hand sorgen, um die Ausbeutung der Menschen durch
1370 Mietwucher einzudämmen.²⁶

1371 Wir werden Maßnahmen für mehr Mitbestimmung von Mieter*innen einführen. Unter
1372 anderem sollen Wohnungsgenossenschaften Entscheidungen der Mitglieder-
1373 Generalversammlungen umsetzen. Mieter- und Verbraucher*innenschutzinitiativen werden
1374 gestärkt, um sich gegen Mietwucher wehren zu können. Wir wollen Bündnisse mit der
1375 Wohnungswirtschaft schaffen, vor allem mit Genossenschaften und kommunalen
1376 Unternehmen, um kurzfristige Maßnahmen wie einen großen gemeinsamen Pool an
1377 Wohnungen umzusetzen.²⁷

1378 Wir vollziehen bei der Stadt- und Verkehrsplanung des Freistaates und der sächsischen
1379 Kommunen einen Paradigmenwechsel mit bezahlbaren Preisen und einem dichten
1380 Liniennetz im ÖPNV sowie kinder- und seniorenfreundlicher Wohnumfeldgestaltung (z. B.
1381 durch Verkehrsberuhigung).

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

1382 Wir werden gemeinsam mit den Verwaltungen den Rechts- und Finanzrahmen für
1383 experimentelle Vorhaben erneuern. So werden wir Teilrückbau-Projekte, Wohn-
1384 /Hausgemeinschaften, Zwischennutzungen („Wächterhäuser“), „Probewohnen“²⁸,
1385 Mitarbeiter-Wohnungsbau (zur Gewinnung von Fachkräften), Miethäusersyndikate, Ausbau-
1386 Hausprojekte und Gesamtkonzepte für Barrierefreiheit in Quartieren („Design für Alle“)
1387 unterstützen und fördern. Ziel ist insbesondere die Senkung des Leerstands außerhalb der
1388 Großstädte. Begleitend werden Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen entwickelt,
1389 die viele dieser Vorhaben vor Ort ermöglichen können.

1390 Zukünftig wollen wir die Finanzierung energetisch sinnvoller Sanierungen durch die
1391 öffentliche Hand sicherstellen, um eine Kostenabwälzung auf die Mieter*innen zu
1392 verhindern.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

-
- ¹ Statistisches Bundesamt u. a., Hrsg., *Datenreport 2016: ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (Bonn: Bundeszentrale Politische Bildung, 2016).
- ² DIE LINKE Sachsen, Hrsg., „Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen – Positionspapier zur Bundestagswahl 2017“, 16. Juni 2017.
- ³ Dagmar Deckstein, „Die neue Wirklichkeit der Städte“, *sueddeutsche.de*, 20. April 2017, Abschn. geld, <http://www.sueddeutsche.de/geld/gespraech-miteinem-wohnsoziologen-die-neue-wirtlichkeit-der-staedte-1.3469194>.
- ⁴ Statistisches Bundesamt u. a., *Datenreport 2016*.
- ⁵ Statistisches Bundesamt u. a., *Datenreport 2016*.
- ⁶ DIE LINKE Sachsen, „Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen – Positionspapier zur Bundestagswahl 2017“.
- ⁷ Georg Moeritz, „Fördert nicht Dresden oder Leipzig, sondern Pirna und Dresden“, *Sächsische Zeitung*, 27. Oktober 2016.
- ⁸ Ingo Pfeil, „Kaum preiswerte Quartiere für Rentner und Alleinerziehende“, *Dresdner Neueste Nachrichten*, 27. Oktober 2016.
- ⁹ DIE LINKE Sachsen, „Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen – Positionspapier zur Bundestagswahl 2017“.
- ¹⁰ DIE LINKE Sachsen.
- ¹¹ DIE LINKE Sachsen.
- ¹² DIE LINKE Sachsen.
- ¹³ Tilman Harlander und Bernhard Schäfers, „Soziale Mischung in der Stadt- und Wohnungspolitik“, *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 64, Nr. 1 (2. März 2015), <https://doi.org/10.3224/gwp.v64i1.18252>.
- ¹⁴ Susanne Trabandt und Linda Geißler, „Bedarfsgerecht barrierefreier Wohnraum in Sachsen“ (Dresden: Institut für Holztechnologie Dresden, ATB Chemnitz, März 2017).
- ¹⁵ Statistisches Bundesamt u. a., *Datenreport 2016*.
- ¹⁶ S. 6.4 Manfred Drum und Wolfgang Tomasek, *Selbsthilfe und Demokratie im Wohnumfeld: Ansätze für besseres Wohnen in der Stadt : 15 Jahre Urbanes Wohnen e.V. München*, hg. von Urbanes Wohnen e.V. (München) (München, 1988).
- ¹⁷ Anne Böger und Oliver Huxold, „Ursachen, Mechanismen und Konsequenzen von Einsamkeit im Alter: Eine Literaturübersicht“, hg. von Deutsches Zentrum für Altersfragen, *informationsdienst altersfragen* 41, Nr. 01 (Februar 2014): 9–15.
- ¹⁸ „Lebenslagen und Einkommenssituation älterer Menschen Bundesinstitut - Implikationen für Wohnungsversorgung und Wohnungsmärkte“ (Bonn: Analyse & Konzepte Hamburg, ISG Köln, August 2015).
- ¹⁹ Ute Wardenga u. a., *Residenzielle Multilokalität*, hg. von Deutsche Akademie für Landeskunde (Leipzig: Selbstverlag Deutsche Akademie für Landeskunde e.V., 2015).
- ²⁰ DIE LINKE Sachsen, „Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen – Positionspapier zur Bundestagswahl 2017“.
- ²¹ Andreas Büscher u. a., *Die Wohnvorstellungen von Menschen verschiedener Altersgruppen* (Bielefeld: Institut für Pflegewissenschaft, 2009).
- ²² Harlander und Schäfers, „Soziale Mischung in der Stadt- und Wohnungspolitik“.
- ²³ Wendy Wood, Ermüdungskampf mit dem eigenen Gehirn, interviewt von Johannes Böhme, *brand eins* 08/2017, August 2017.
- ²⁴ Harlander und Schäfers.
- ²⁵ DIE LINKE Sachsen, „Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen – Positionspapier zur Bundestagswahl 2017“.
- ²⁶ Deckstein, „Die neue Wirklichkeit der Städte“.
- ²⁷ Harlander und Schäfers, „Soziale Mischung in der Stadt- und Wohnungspolitik“.
- ²⁸ IÖR, „Wohnen in Görlitz – attraktive Alternative zum Großstadtstress“, Gemeinsame Pressemitteilung (Görlitz/Dresden, 2. Februar 2017).

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

1393

8. Wie verhalten sich Politik und Verwaltung?

Das Problem: 1394

Wenig Vertrauen 1395

in die Politik. 1396

Wenig Verständnis 1397

für die Menge an 1398

bürokratischen 1400

Hürden. 1401

1402

Unsere Vision: 1403

Politik ist 1404

glaubwürdig, 1405

Verwaltung modern 1406

und hilfsbereit, 1407

mit verträglichem 1408

Maß an Bürokratie. 1409

1410

1411

1412

1413

1414

1415

1416

1417

1418

1419

1420

1421

1422

1423

1424

1425

1426

1427

1428

1429

1430

1431

1432

1433

1434

1435

1436

Die Situation: In Sachsen schwindet das Vertrauen in Politik. Die Kluft zwischen Verwaltung und Politik sowie den hier lebenden Menschen scheint immer größer zu werden. Es wird mehr und mehr hinterfragt, warum und wie bestimmte Entscheidungen getroffen oder auch nicht getroffen werden, es wird kritisiert, dass politische Entscheidungsprozesse viel zu lange dauern, dass Politiker*innen wenig von den Problemen der Menschen wissen, von oben herab agieren und erst dann entscheiden, wenn es eigentlich schon viel zu spät ist. Protest, der Politik pauschal kritisiert, ist genauso anknüpfungsfähig wie Protest, der bestimmte Personengruppen, aktuell Geflüchtete, für die eigene Lage oder auch Schief lagen im Land verantwortlich macht. Häufig sind eigene Abstiegs- oder Existenzängste ursächlich für den Drang, in einer immer komplexeren Welt durch klare Schuldzuweisungen scheinbar schnelle Lösungen aufzuzeigen.

Dabei ist die dem Protest zugrunde liegende Unzufriedenheit verständlich. Die Menschen spüren auch bei uns den Widerspruch zwischen den wirtschaftlichen Möglichkeiten und einer unanständigen Reichtumsanhäufung einerseits und der Zunahme von globaler Armut, sozialer Unsicherheit und Wettbewerbsdruck andererseits. Sie sind enttäuscht von Politik, die soziale Errungenschaften leichtfertig schleift, als zu verteidigen und weiter zu entwickeln. Besonders im Osten Deutschlands erleben sie das gepriesene Gesellschaftssystem zunehmend als kalt, ungerecht und unsozial. Die Idee einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus wurde allerdings nach 1990 so gründlich diskreditiert, dass es ihr an Glaubwürdigkeit fehlt. Deshalb gerät Protest in der Gegenwart schnell zu einer wütenden, rückwärtsgewandten Sehnsucht nach einer vermeintlich besseren Vergangenheit und nach Sicherheit durch Abschottung.

Zu all dem hat die sächsische Politik mit ihrem konservativen Überbietungswettbewerb – insbesondere mit ihrer verheerenden Niedriglohnstrategie – kräftig beigetragen.

Noch immer wird der Ansatz eines wirklichen Mitentscheidens im regierenden politischen Sachsen zu wenig gelebt – auch wenn Regierung inzwischen den Eindruck zu erwecken sucht, genauer zuzuhören. Die wichtige Rolle von konstruktiver Opposition in einer parlamentarischen Demokratie wurde in Sachsen nie begriffen. Ämter werden nach Parteibuch vergeben – vom Rundfunkrat bis zum Statistischen Landesamt. Kompetenz wird zweitrangig, fachliche Entscheidungen ordnen sich politischen Erwägungen unter. Politik beraubt sich damit seiner eigenen Glaubwürdigkeit, ist nicht lebendig, nicht in sich produktiv. Selbst die neue Generation an Politiker*innen vermag es kaum, diese Hürden zu überspringen.

In einer Befragung äußerten fast drei Viertel der Teilnehmer, dass es die „kleinen Leute“ in Sachsen schwer haben, ihre Rechte gegenüber Behörden durchzusetzen. Jede dritte Person gab an, diese Erfahrung bereits selbst gemacht zu haben. Firmen beklagen ähnliche Probleme beispielsweise bei

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

- 1437 Firmengründungen, in Ausschreibungsverfahren, im Baurecht oder in Versicherungsfragen.
1438 Trotz vollmundiger Entbürokratisierungsversprechen entarten Anträge und Bescheide zu
1439 staatlichen Förderprogrammen oder sozialen Sicherungssystemen zu abschreckenden
1440 Papiermonstern. Dabei handelt es sich gerade bei Sozialleistungen nicht um Almosen, die in
1441 einem fürsorgenden staatlichen Gnadentat vergeben werden, sondern um Leistungen, auf die
1442 ein Rechtsanspruch, ja, ein Grundrecht besteht!
- 1443 Besonders problematisch für Betroffene: Hartz-IV-Bescheide können mittlerweile einen Umfang
1444 von bis zu 200 Seiten annehmen. Das überblickt kein Betroffener. Damit gehen aber insgesamt
1445 Transparenz und Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen verloren.
- 1446 Die Kreisgebietsreform sowie die Zusammenlegung von Gemeinden haben in Sachsen eine
1447 bürgerferne Verwaltungsstruktur geschaffen, deren riesige Flächenausdehnungen
1448 Identifikation verhindert und damit Beteiligung erschwert. Verwaltungsstrukturen sind trotz
1449 aller Bemühungen der Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen schwer zu durchschauen, zu
1450 wenig zwischen den Ebenen verzahnt.
- 1451 Beteiligung gerät zur Scheinpartizipation, wenn bereits der Zugang zur Verwaltung durch
1452 Zentralisation eingeschränkt ist oder Umfang und Verständlichkeit von Formularen,
1453 Rechtsgrundlagen, Planungsunterlagen eine ernsthafte Beschäftigung durch Bürgerinnen und
1454 Bürger unmöglich macht. Verwaltung verweigert häufig mit politischer Rückendeckung die
1455 notwendige „Übersetzungsleistung“ von unkonventionellen Vorschlägen aus der Bürgerschaft
1456 in normative Rahmen von Verwaltungsarbeit.
- 1457 Zwischen der Kommunalpolitik in den Zentren Dresden, Leipzig und Chemnitz und den
1458 Landkreisen und Gemeinden existieren himmelweite Unterschiede - nicht nur in der
1459 Arbeitsweise oder den Ehrenamtsentschädigungen für die Räte. Eines aber ist ihnen
1460 gemeinsam: Die „Finanzdecke“ ist immer zu kurz. Erwartungen steigen, Aufgaben werden gern
1461 von Bund und Land an die Kommunen delegiert, die allgemeine kommunale Finanzausstattung
1462 aber hält nicht annähernd Schritt mit den wachsenden Anforderungen von Wirtschaft und
1463 Gesellschaft.
- 1464 Es braucht in Sachsen eine verbindende Idee, wohin sich der Freistaat entwickeln kann, wie
1465 soziale Sicherheit, die Voraussetzung für sozialen Frieden ist, Stück für Stück ausgebaut
1466 werden kann.
- 1467 **Unsere Vision:** Die Menschen in Sachsen haben Vertrauen in Politik und erkennen in
1468 Politiker*innen ihre Ansprechpartner für ein ehrliches, wertschätzendes Ringen um die Lösung
1469 im einzelnen Kleinen bis großen Ganzen – also um das Radverkehrskonzept der Stadt bis zu
1470 den gesellschaftlichen Chancen von Migration. Politik ermöglicht und erarbeitet Alternativen
1471 zu bekannten Wegen, zeigt unterschiedliche Optionen auf und diskutiert in vielfältigen
1472 Formaten, um die wechselseitige Entfremdung zwischen Wähler*in und Volksvertreter
1473 aufzulösen. Die transparente Arbeitsweise von Behörden und Politik führt dazu, dass
1474 verständlicher ist, warum politische Prozesse lange dauern können.
- 1475 Der Zusammenhalt aller, Humanität, aber auch die soziale und kulturelle Lebenslage jedes
1476 Einzelnen stehen bei Debatten und Entscheidungen im Mittelpunkt. Die Verwaltungen haben
1477 sich interkulturell geöffnet, in ihren Reihen arbeiten zunehmend mehr Migrant*innen.
- 1478 Ein würdevolles Leben umfasst auch den Schutz vor staatlicher Willkür: Menschen, die sich an
1479 den Staat wenden, sind Berechtigte und keine Bittsteller*innen.

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

- 1480 In Politik und Verwaltung finden sich bis in die Führungsetagen hinein Menschen mit
1481 ostdeutschen Biografien. Die Vergabe von Stellen in Verwaltungen erfolgt transparent und es
1482 werden Fähigkeiten vor Parteizugehörigkeit gestellt.
- 1483 Staatliche Vergabeverfahren in Sachsen stärken die regionale Wertschöpfung, indem über eine
1484 wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Gelder und der Herstellung von Wettbewerb hinaus
1485 auch sozial-, arbeitsmarkt-, gesellschafts- und umweltpolitische Zielstellungen verwirklicht
1486 werden.
- 1487 Landtag, Kommunalparlamente und Verwaltungen arbeiten offen und bürgernah, unterstützen
1488 aktiv bei Anliegen, bereiten Dokumente in verständlicher Sprache auf, vereinfachen
1489 Beteiligungsverfahren, bieten über die Sprechzeiten hinaus regelmäßige Teilhabeformate an
1490 wie Bürger*innenforen oder Einwohner*innenversammlungen.
- 1491 Die Finanzausstattung von Kommunen ist deutlich verbessert, in allen Landkreisen, Städten
1492 und Gemeinden zeigen Bürgerhaushalte, dass es tatsächliche kommunale
1493 Entscheidungsspielräume gibt.
- 1494 Transparenz beim Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Interessenvertretern aus
1495 Wirtschaft und Gesellschaft ist entscheidend für eine funktionierende Demokratie. Dem
1496 wachsenden direkten Einfluss von Lobbyisten insbesondere auf Entscheidungs- und
1497 Entstehungsprozesse von Gesetzen wird dadurch begegnet, dass Lobbytätigkeit im politischen
1498 Bereich zwingend öffentlich gemacht werden muss.
- 1499 Die öffentliche Verwaltung ist ein vorbildlicher Arbeit- und Auftraggeber. Auch in seinen Landes-
1500 und Tochterunternehmen stellt er eine gute Bezahlung der Beschäftigten nach Tarif sicher,
1501 berücksichtigt aber gleichermaßen in der Bezahlung der Führungskräfte, dass kommunale
1502 Unternehmen dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Unverhältnismäßige Gehälter, die sich an
1503 Bezügen von Spitzenmanagern in privaten Konzernen orientieren, sind ausgeschlossen.
- 1504 Egal, wo man wohnt, man findet gleichwertige Lebensbedingungen vor. Es macht den
1505 Menschen in Sachsen Freude, sich zu beteiligen und sie sehen einen Sinn darin, sich in
1506 Entscheidungsprozesse einzubringen.
- 1507 **Unsere ersten Schritte:** Kommunalpolitiker*innen bekommen in ihren Kommunen und
1508 Landkreisen ausreichende Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt, die über den
1509 vollständigen Aufwendersersatz hinaus ermöglichen, das Machtgefälle zwischen
1510 ausführender hauptamtlicher Verwaltung und kontrollierender ehrenamtlicher
1511 Kommunalvertretung auszugleichen. Kommunale Räte müssen sowohl Verwaltung wirksam
1512 kontrollieren, eigene inhaltlich-konzeptionelle Vorschläge erarbeiten und über ihre Arbeit
1513 öffentlich informieren können. Für alle drei Aufgaben werden ausreichend Sachmittel, aber je
1514 nach Größe und Einwohner der Kommune auch Personalkosten benötigt, die für alle Kommunen
1515 unabhängig von ihrer Finanzausstattung einheitlich und verbindlich in Sachsen geregelt und
1516 über den Haushalt des Freistaates zur Verfügung gestellt werden.
- 1517 Die Vereinbarkeit von Familie und Politik wird berücksichtigt, zusätzliche Kinderbetreuung für
1518 ehrenamtliche Räte wird angeboten oder aber finanziert. Es finden Pilotprojekte in
1519 Flächenkreisen und Kommunen statt, wie Kommunalpolitiker*innen sich in größeren Gebieten
1520 besser vernetzen und sich regelmäßig austauschen können.
- 1521 Die Verwaltungsstruktur Sachsen wird umgestaltet, so dass man in Wohnortnähe einen
1522 barrierefreien Anlaufpunkt für alle Verwaltungsangelegenheiten findet. Die verschiedenen

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

- 1523 Ebenen sind miteinander verzahnt. Die Mitarbeiter*innen der Verwaltungen sind entsprechend
1524 geschult und werden tariflich entlohnt.
- 1525 Besonderer Wert bei Fort- und Weiterbildungen von Verwaltungsmitarbeiter*innen wird auf
1526 soziale und interkulturelle Kompetenz gelegt, in Auswahlverfahren für Ausbildung und bei
1527 Einstellungen werden Migrant*innen berücksichtigt. Mitarbeiter*innen von Verwaltungen und
1528 Behörden stehen Materialien und Formulare in leichter Sprache zur Verfügung, sie sind
1529 geschult in der Anwendung von leichter Sprache.
- 1530 Angeschlossen an Verwaltungen gibt es Kontaktbüros, die bei Anträgen, bei Förderungen, bei
1531 der Ausgestaltung von Engagement unterstützen. Dafür wurde die Fördermittellandschaft
1532 deutlich entschlackt und übersichtlicher gestaltet - egal ob für kleine und mittelständische
1533 Unternehmen, Projekte oder Vereine.
- 1534 Es gibt kostenfreie und behördenunabhängige Beratungsmöglichkeiten, um gegen
1535 Entscheidungen von Verwaltungen und Behörden Rechtsmittel einzulegen. Es gilt der
1536 allgemeine Rechtsgrundsatz, dass Behörden beweisen müssen, dass man ggf. keinen Anspruch
1537 auf Leistungen hat - nicht umgekehrt.
- 1538 Politik und Verwaltung arbeiten digital und bürgernah. Kostenfreie Bürger*innentelefone
1539 werden sowohl für den Vermittlungs- als auch den Auskunftsdienst ausgebaut.
1540 Verwaltungsabläufe von der Antragsstellung bis zur Zustellung eines Bescheides können von
1541 Bürger*innen sowie Unternehmen online angestoßen und abgewickelt werden.
- 1542 In Vergabeverfahren von Verwaltungen werden hohe soziale, gesellschaftliche und ökologische
1543 Standards als Eignungs- und Zuschlagskriterien implementiert, so dass auch regionale Bieter
1544 bessere Chancen erhalten. Insbesondere werden beim Einkauf und der Vergabe von Gütern
1545 und Dienstleistungen die Tarifgebundenheit der Unternehmen bzw. faire Entlohnung und gute
1546 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ebenso berücksichtigt wie etwa die Förderung von
1547 Benachteiligtengruppen (Behinderte, Langzeitarbeitslose). Leistungen müssen prinzipiell ohne
1548 Kinder- oder Zwangsarbeit erbracht werden, Umwelt- und Fairtrade-Standards wie der
1549 Lebenszyklusansatz oder der Energieeinsatz sind Vergabenormalität geworden.
- 1550 Im Gegenzug zahlen die beauftragenden Verwaltungen pünktlich und arbeiten mit den
1551 Bieter*innen gemeinsam daran, dass verhandelte Kostenrahmen nicht überschritten werden,
1552 aber auch Zeitplanungen für Projekte realistisch sind.
- 1553 Zur Herstellung von Kostentransparenz und einem Nachweis von Verwaltungseffizienz werden
1554 die Angaben über Gehälter von Geschäftsführern und Aufsichtsräten kommunaler
1555 Unternehmen verpflichtend öffentlich gemacht.
- 1556 In Sachsen wird ein verpflichtendes Lobbyregister für Interessenvertreter von Wirtschaft und
1557 Gesellschaft als Online-Datenbank öffentlich zugänglich eingerichtet, in dem deren Kontakte
1558 zur Politik, die Mitwirkung an parlamentarischen Initiativen und die Aufwendungen von
1559 Lobbyisten und Unternehmen sowie deren jeweilige Nutznießer*innen offengelegt werden
1560 müssen.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

1561 **9. Welchen Weg geht Europa?**

Das Problem: 1562
Europa zu weit 1563
weg von Bürgerinnen 1564
und Bürgern. 1565
Freistaat zu wenig 1566
aktiv. 1567
Unsere Vision: 1569
Sachsen ist wichtige 1570
Gestaltungskraft 1571
in einer Europäischen 1572
Republik. 1573
Intensivere Nachbar- 1574
schaftsbeziehungen 1575
zwischen den 1576
Menschen aus 1577
PL-CZ-SN. 1580

Die Situation: Gegenwärtig prägen zugleich Unmut über die für viele Bürger*innen unverständlichen Regularien und Gesetzgebungsakte der EU und eine Sehnsucht nach Frieden, der grenzenlosen Freizügigkeit und dem Schutzversprechen des geeinten Europas die öffentliche Meinung. Die EU erleidet aus unterschiedlichen Ursachen einen Vertrauensverlust und büßt Legitimationskraft ein. Gleichzeitig bilden sich zahlreiche Initiativen heraus, die für ein demokratisches, humanes und soziales Europa eintreten. Die gegenwärtigen Krisen in Europa lassen sich nicht mehr nur auf wirtschaftliche Fragen reduzieren. Die heutige EU genügt kaum demokratischen Ansprüchen und ist nicht in der Lage, echte demokratische Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und die rechtliche und politische Gleichstellung der europäischen Bürger*innen herzustellen. Diese Krisen sind Ausdruck vieler struktureller Mängel der EU, wie eines handlungsunfähigen Europäischen Parlaments ohne grundlegende parlamentarische Rechte (Initiativrecht) oder auch eines nur indirekt legitimierten Europäischen Rats, der Entscheidungen des Parlaments systematisch blockiert und nationalstaatliche Interessen mächtiger Mitgliedstaaten durchsetzt.

1581
1582
1583
1584
1585
1586
1587
1588
1589
1590
1591
1592
1593
1594
1595
1596
1597
1598
1599
1600
1601
1602
1603
1604
1605

Nationalismus und Rechtspopulismus sind auch ein Ausdruck dieser Strukturschwächen der EU, die die Europäische Idee in eine völkisch-nationale Formel uminterpretieren wollen. Es wird ein „Zurück zum Nationalstaat“ gefordert und übersehen, dass es die nationalstaatlichen Regierungen sind, die den Weg zu einer transnationalen europäischen Demokratie verstellen. Die EU ist für viele ihrer Bürger*innen kaum greifbar, die Möglichkeiten der Mitgestaltung scheinen nicht vorhanden zu sein.

Gleichzeitig konnten sich viele Verwaltungen in sächsischen Gemeinden durch EU-Projekte professionalisieren und das Denken in fachlichen Schubladen überwinden (bspw. bei der Luftreinhaltung oder Regionalentwicklung). Zusätzlich wurden lokale Initiativen durch EU-Vorhaben gestärkt (z.B. Umweltschutz), weil die Verwaltung sie zum Beispiel beteiligen musste.¹ Die vielen positiven Effekte für die regionale Entwicklung in den Mitgliedstaaten können aber nicht über die aktuelle Krise der EU hinwegtäuschen.

*Neben den demokratischen Defiziten und der fehlenden politischen und rechtlichen Gleichstellung der europäischen Bürger*innen ermangelt es der Währungsunion an der demokratischen Einbettung in eine politische Union. Der Gemeinschaftssinn ist zerrüttet, Urteile des Europäischen Gerichtshofes (z.B. Umverteilung von Geflüchteten) werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten nicht anerkannt. Gleichzeitig fehlen geeignete Sanktionsmöglichkeiten oder andere Instrumente, um gegen Mitgliedstaaten vorzugehen, die gegen das Europäische Recht verstoßen.*

Die Menschen sind verunsichert:² Kann diese EU überhaupt auf die aktuellen Herausforderungen passend regieren? Es gibt einige problematische Entwicklungen:

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1606 *Soziale Not:* Aufgrund der neoliberalen, marktradikalen Politik verarmen ganze Regionen.
1607 Die von Deutschland diktierte Sparpolitik hat notwendige öffentliche Investitionen in soziale
1608 Infrastruktur, Bildung und Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert und zur Privatisierung der
1609 öffentlichen Daseinsvorsorge und damit zur massiven Verschlechterung der Lebenslagen,
1610 zu sinkenden Renten und Löhnen, hoher Arbeitslosigkeit und vor allem sehr hoher
1611 Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Südeuropa geführt. Einige mächtige Nationalstaaten
1612 wie Deutschland haben mit ihrer Politik die soziale Not in Europa verschärft. Die Schere
1613 zwischen Arm und Reich geht überall in Europa weiter auseinander, genauso wie die Kluft
1614 zwischen Zentrum und Peripherie. Einzelne nationalstaatliche Regierungen haben derweil
1615 kaum Handhabe, um sich gegen die aufgezwungene Sparpolitik durchzusetzen, wie das
1616 Beispiel der griechischen Syriza-Regierung eindringlich zeigt. Ohne gemeinsame
1617 europäische Lösungen wie z.B. eine europäische Sozialversicherung, wird die soziale Krise
1618 in Europa schwerlich zu bewerkstelligen sein.

1619

1620 *Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise:* Hohe Schulden durch Banken und Spekulanten wurden
1621 der Allgemeinheit aufgeladen und führen zu noch mehr Auseinanderdriften in Arm und Reich.
1622 Es entsteht ein wirtschaftliches Ungleichgewicht. Die allen voran von Deutschland
1623 geforderte Politik der „Sparsamkeit“ (Austerität) ist ökonomisch falsch und legt die
1624 Grundlage für die Verschärfung der Wirtschaftskrise, für die Krisen der sozialen
1625 Sicherungssysteme mit weitreichenden strukturellen Folgewirkungen und letztlich für
1626 humanitär katastrophale Wirkungen in den europäischen Südländern. Ganze
1627 Rentnergenerationen verelenden, die Renten reichen nicht mehr für das alltägliche
1628 Überleben, die öffentliche Gesundheitsversorgung ist entweder zusammengebrochen oder
1629 für breite Bevölkerungsschichten nicht mehr erreichbar, Löhne und Gehälter wurden per
1630 Gesetz gesenkt und die Jugendlichen haben in ihren Ländern keine Perspektive.

1631 Die Außenwirtschaftsbeziehungen wurden zu Lasten der europäischen Nachbarn betrieben,
1632 wie z.B. die einseitige Exportorientierung Deutschlands. Es fehlt an wirksamen
1633 europäischen Regelungen gegen „Steuervermeidung“ und an Sanktionen gegen
1634 Steuerhinterziehung durch Unternehmen. Ein einheitliches europäisches Steuerrecht
1635 könnte vermeiden, dass Unternehmen Steuer-Hopping betreiben und von einem
1636 europäischen Land ins nächste springen können, je nach dem wo sie am wenigsten Steuern
1637 und Sozialabgaben zahlen und damit ihre Profite zu Lasten der Arbeitenden ins
1638 unermessliche steigern.

1639

1640 *Umweltkrise:* Auf dem Pariser Klimagipfel wurde ein Minimum an Einigkeit erreicht. Leider
1641 stellen die USA unter Präsident Trump das Erreichte wieder in Frage und gemeinsame
1642 europäische Lösungen für mittel- und langfristige Änderungen werden dadurch verhindert,
1643 dass EU-Mitgliedstaaten ihre Souveränität in diesen Fragen nicht abgeben wollen und an
1644 umwelt- & klimazerstörenden Energiegewinnungsverfahren hängen. Das erforderliche
1645 ökologische und Umweltengagement wird kriminalisiert, während konventionelle

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1646 Wirtschaftsinteressen bei politischen Entscheidungen über ein Mehr an erneuerbaren
1647 Energien eine zu große Rolle spielen.

1648

1649 *Die Not der Geflüchteten:* Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben keine gemeinsame
1650 Strategie für die Aufnahme, die Verteilung und die Integration Geflüchteter, auch weil
1651 einzelne Mitgliedstaaten sich ihrer Verantwortung für Geflüchtete verweigern und Lösungen
1652 auf europäischer Ebene blockieren. Die Dublin-Regelung ist von Anfang an zum Scheitern
1653 verurteilt gewesen: Weil einige wenige Länder wie Deutschland von ihrer geografischen Lage
1654 profitierten, wurden die Länder im Süden Europas lange Zeit in Fragen von Flucht und
1655 Migration allein gelassen. Die Abschottungs- und Blockadepolitik der EU führt zu mehr
1656 humanitärem Leid unter den Menschen, die vor auch von den Mitgliedsstaaten der EU
1657 mitverursachten Kriegen, Hunger, wirtschaftlicher Not und Klimakatastrophen fliehen. Es
1658 fehlt ein friedenspolitisches, faires, sozial-ökologisches Konzept, um Fluchtursachen endlich
1659 zu beseitigen. Noch immer exportieren Länder wie Deutschland und Frankreich Waffen und
1660 hochmoderne militärische Ausrüstung in Kriegsgebiete oder Länder, die von diesen Kriegen
1661 profitieren. Darüber hinaus wird die EU-Außengrenze immer weiter in den Süden verlagert,
1662 indem Milliarden deals mit autokratisch-repressiven Regimes wie der Türkei und auch
1663 Diktatoren wie dem sudanesischen Herrscher al-Bashir abgeschlossen werden, um auch mit
1664 Gewalt ihre Bevölkerungen von der Flucht und andere an der Durchreise abzuhalten.
1665 Menschen sind gezwungen, immer gefährlichere Fluchtrouten durch die Wüste zu nehmen.
1666 So wird die Sahara zu einem weiteren Massengrab. An den europäischen Grenzen entstehen
1667 neue Sklavenmärkte, wie z.B. in Libyen. Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die
1668 Menschen aus Seenot retten, sowie Engagement für Geflüchtete insgesamt, werden
1669 kriminalisiert. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten, das Abschiebungen nach
1670 Afghanistan und in die Türkei erlaubt, garantiert keine tatsächliche Sicherheit oder
1671 physische und geistige Unversehrtheit der Menschen, sondern dient lediglich dazu, die
1672 Geflüchteten schneller und effizienter loszuwerden.

1673

1674 *Sicherheitsrisiken:* Neben den im öffentlichen Bewusstsein eingetragenen Formen des
1675 internationalen Terrorismus bedrohen auch Formen der Schwerstkriminalität und der
1676 organisierten Kriminalität das gesellschaftliche Leben und die öffentliche Sicherheit. Statt
1677 jedoch soziale Prävention, Verhinderung der Radikalisierung, Deradikalisierung sowie
1678 polizeiliche Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gleichermaßen intensiv zu befördern,
1679 werden überwiegend polizeiliche Eingriffsbefugnisse erweitert und Polizei und Justiz digital
1680 aufgerüstet, was zugleich mit erheblichen Einschränkungen von und Eingriffen in Grund- und
1681 Freiheitsrechte der europäischen Bürger*innen verbunden ist.

1682

1683 *Gefährdung des Friedens:* Bewaffnete Konflikte, die Politik der Drohungen, die Bereitschaft
1684 zum Einsatz von Nuklearwaffen und eine massive Aufrüstung prägen unsere Zeit. In der
1685 Ukraine herrscht Krieg und der Balkan ist nach wie vor instabil. Die Sanktionen gegen
1686 Russland und die Ausdehnung der NATO bis an seine Grenzen stehen einer Annäherung und

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1687 der nötigen Entspannungspolitik im Wege. Deutschland und Frankreich profitieren durch
1688 Waffenexporte vom Elend anderer Regionen.

1689

1690 Doch die Europäische Union bietet eben auch Chancen, die wir in der Vergangenheit nutzen
1691 konnten und die wir in die Zukunft tragen müssen.

1692

1693 *Unsere europäischen Nachbarn:* Nachbarschaftliche Nähe und die Erlebbarkeit offener
1694 Grenzen sowie der Vorteile des geeinten Europas ist überlebenswichtig für die Ausbildung
1695 einer europäischen Identität und Gemeinschaft.³ Das gilt umso mehr für unser Verhältnis zu
1696 unseren direkten europäischen Nachbarn Polen und Tschechien. Es gibt im grenznahen
1697 Raum viele Initiativen und Projekte für eine gute Zusammenarbeit und lokale und regionale
1698 Beziehungen auf Augenhöhe zwischen allen Partner*innen (Euroregion). Das kann aber nicht
1699 darüber hinwegtäuschen, dass der Blick vieler Sächs*innen auf Polen und Tschechien immer
1700 noch stark durch ein Nützlichkeitsverhältnis geprägt ist (u.a. günstiges Einkaufen, billige
1701 Arbeitskräfte) und dass nach wie vor viele stereotype Vorstellungen und Vorurteile
1702 bestehen. Die deutliche Mehrzahl der sächsischen Bevölkerung ist nicht bereit, die Sprache
1703 des Nachbarlandes zu erlernen, wie Umfragen zeigen.⁴ Sie geben in Befragungen zu, wenig
1704 über ihre Nachbar*innen zu wissen und auch selten ins Nachbarland zu reisen.⁵ In
1705 tschechischen und polnischen Schulen ist Deutsch bei den Fremdsprachen Nummer 2,
1706 gleich hinter Englisch.⁶ Bei uns landen die Nachbarsprachen dagegen leider noch auf den
1707 hinteren Rängen.⁷ Gute Nachbarschaft beruht aber auf gegenseitigem Zugehen und auch
1708 auf der Wertschätzung der in Sachsen lebenden Polen und Tschechen, immerhin 10% der
1709 hier lebenden Ausländer*innen.⁸ Fazit: Hier ist noch deutlich Luft nach oben.

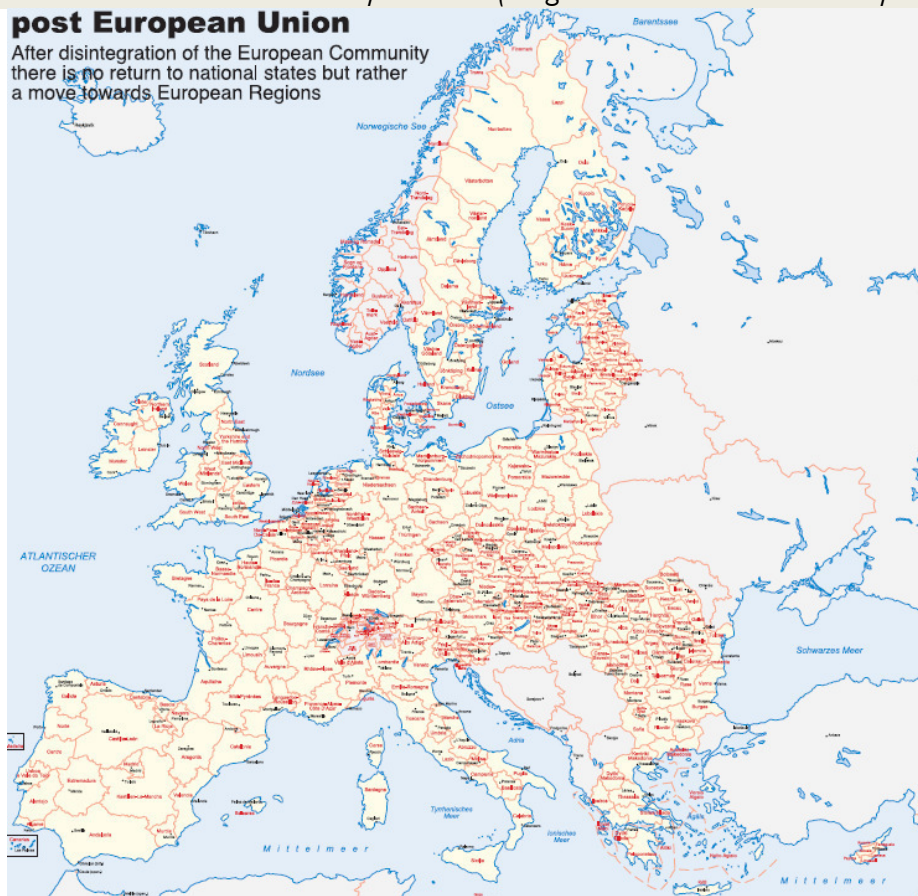
1710 *Der Landesregierung stehen Möglichkeiten offen, sich aktiv in die EU-Gesetzgebung*
1711 *einzubringen und wirkliche Reformen im Sinne einer demokratischen, friedlichen und*
1712 *sozialen EU auf den Weg zu bringen.⁹ Bisher schaltet sich die Staatsregierung aber zu spät*
1713 *oder gar nicht ein oder behindert eine sächsische Mitwirkung im Interesse der Bürger*innen*
1714 *zu Klimaschutz, Freihandel (TTIP ...) und Digitalisierung im Sicherheitsbereich. Dabei sind die*
1715 *einzelnen EU-Regionen, also auch Sachsen, für den EU-Neustart gerade jetzt gefragt.*

1716 **Unsere Vision:** Die Europäische Union ist tiefgreifend umgestaltet. Dem drohenden
1717 Auseinanderbrechen wurde die Gründung der Republik der europäischen Regionen
1718 entgegengestellt, in der die kulturell gewachsenen und für die Menschen im Alltag
1719 überschaubaren Gebiete und Zusammenhänge, die Regionen, der Ausgangspunkt der
1720 demokratischen Bürger*innenbeteiligung sind. Die EU-Regionen arbeiten entlang ihrer
1721 Problemlagen und Herausforderungen in Fragen z. B. des Strukturwandels, der Demografie
1722 oder der Verkehrsanbindungen über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg zusammen
1723 und entwickeln partnerschaftliche Lösungen. Das trifft für Sachsen sowohl für die
1724 polnischen und tschechischen Regionen zu, aber auch für die Zusammenarbeit mit anderen

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1725 Regionen. Durch den Ausbau der Mehrsprachigkeit wurden mit unseren direkten Nachbarn
1726 Polen und Tschechien vielfältige kulturelle und sprachliche Verständigungen - eine
1727 „Nachbarschaft auf Augenhöhe“ - entwickelt.

1728 „Das Ergebnis wäre die Zusammenfassung kleiner europäischer Staaten in einem Netz kleiner,
1729 schweizähnlicher Staatenbunde [...]. Sobald Europa in ein System kleiner Zellen umgewandelt
1730 ist, wird sich das Schweizer Modell nebenbei auch für eine Pan-Europäische Union ergeben.“¹⁰
1731 Leopold Kohr (Träger des Alternativen Nobelpreis 1983)



Mögliche Karte einer „Republik der europäischen Regionen“¹¹

1732 Diese neue Europäische Union gibt ihren Bürger*innen und mehr direkten Einfluss durch
1733 regionale und europäische Bürgerinitiativen sowie plebiszitäre Entscheidungsinstrumente in
1734 der Union und in den Regionen.¹² So konnte ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl
1735 entstehen und bei der Lösung regionaler Konflikte helfen. Die EU bzw. die Republik der
1736 europäischen Regionen verkörpert das Versprechen des Friedens und der friedlichen
1737 Konfliktlösung an die Bürger*innen.¹³ Die Menschen und Länder in Europa haben sich
1738 untereinander ausgesöhnt, in Nord (z. B. Großbritannien, Irland), Süd (z. B. Griechenland),
1739 West (z. B. Katalonien) und Ost (z. B. Russland, Ukraine).¹⁴ Und auch Sachsen leistet durch
1740 seine Erfahrungen mit Polen und Tschechien dazu und zu solidarischem Handeln in Europa
1741 seinen Beitrag. Auf weltpolitischer Ebene steht die neue Union (oder **Republik**) für
1742 Abrüstung, gerechte soziale Sicherungssysteme, Friedenspolitik und faire

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1743 Wirtschaftsbeziehungen und damit für gute Voraussetzungen, um Umwelt- und
1744 Fluchtkatastrophen zu verhindern. In einem neuen europäischen Agrarmarkt steht die
1745 Versorgung der eigenen Bevölkerung mit guten und gesunden Lebensmitteln im Mittelpunkt.
1746 Vielfältige, kleinteilige Landwirtschaftsstrukturen füllen die Dörfer mit Leben füllen.

1747 Die europäischen Verträge sind neu verhandelt worden, um die Reformen der EU
1748 voranzubringen Die EU hat sich fundamental verändert in Form eines Europas der Regionen
1749 mit parlamentarischer Demokratie und Gewaltenteilung. Das Europäische Parlament ist ein
1750 echtes demokratisches Parlament mit allen parlamentarischen Aufgaben und Rechten. Die
1751 Europäische Kommission wird als EU-Regierung vom Parlament gewählt und kontrolliert. Die
1752 Europäische Republik garantiert für ihre Bürger*innen Gleichheit und Freiheit.

1753 **Unsere ersten Schritte:** Am Anfang muss mehr Vertrauen zwischen den Nachbar*innen
1754 und Sachsen wachsen. Dieses Vertrauen wollen wir an ganz konkreten Projekten
1755 entwickeln. Zwischen den sächsischen Regionen und den grenznahen Regionen Polens und
1756 Tschechiens wollen wir auf der Schiene und auf der Straße die ÖPNV-Netze ausbauen und
1757 die Verbindungen schneller machen. Die Kommunen sollen eine gemeinsame
1758 Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Projekte der Daseinsvorsorge erhalten. Schul-,
1759 Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse sowie Prüfungsleistungen sollen gegenseitig
1760 erleichtert anerkannt werden. Dies soll für alle in der EU erlangten Abschlüsse zutreffen und
1761 die Nachbarländer der EU einschließen. Die Zugänge zu Bildung und Arbeit und sozialen
1762 Sicherungssystemen sollen für alle gleich gestaltet werden und Schulen und andere
1763 Bildungseinrichtungen werden den Austausch und Bildungsreisen intensivieren. Polnisch
1764 und Tschechisch müssen für die Verbesserung der gegenseitigen Sprachkompetenzen in
1765 allen deutschen Kitas und Schulen angeboten werden. Die ehrenamtlichen Verbindungen in
1766 lokalen Europavereinen werden gefördert.

1767

-
- ¹ Barbara Sterl, *Die Europäisierung der Kommunen: zwischen Absorption und Transformation* (Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2016).
- ² Ivan Krastev, *Europadämmerung - Ein Essay*, Edition Suhrkamp 2712 (Berlin: Suhrkamp, 2017).
- ³ Jean-Marie Guéhenno, „Europas Demokratie erneuern: Stärkung der gemeinschaftsbildenden Kraft der Politik“, hg. von Werner Weidenfeld, *Demokratie am Wendepunkt : die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*, 1996, 391–412.
- ⁴ TNS Emnid, „Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Sachsen 2015“ (Bielefeld, Juli 2015).
- ⁵ TNS Emnid.
- ⁶ Bernd Kramer, „Do you speak German?: Diese Fremdsprachen lernen Europas Schüler“, *Spiegel Online*, 27. August 2015, Abschn. Leben und Lernen, <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/europa-diese-fremdsprachen-lernen-schueler-a-1046284.html>.
- ⁷ SMK, „Kleine Anfrage des Abgeordneten Nico Brünler, Fraktion DIE LINKE Drs.-Nr.: 6/5535 Thema: Fremdsprachen an sächsischen Schulen“, 13. Juli 2016; SK, „Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Claudia Maicher (GRÜNE), Drs.-Nr.: 6/10598 Thema: Zukunft freier Träger der Förderung grenzübergreifender Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“, 26. September 2017.
- ⁸ Sächsischer Ausländerbeauftragter, „Jahresbericht 2016 des Sächsischen Ausländerbeauftragten - Statistik-Teil“ (Dresden, 31. März 2017).
- ⁹ Jens Häsing und Aron Buzogány, „Europäisierung des deutschen Landesparlamentarismus? Zur Rolle der Landtagsverwaltungen“, *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46, Nr. 1 (2015): 136–50.
- ¹⁰ Leopold Kohr, „Einigung durch Teilung. Gegen nationalen Wahn, für ein Europa der Kantone - ein Vorschlag aus dem Jahr 1941“, *Die Zeit*, 18. Oktober 1991.
- ¹¹ Günther Witzany, „Karte einer ‚post European Union‘, basierend auf der Philosophie Leopold Kohrs“, 2011, http://www.biocommunication.at/pdf/meetings/IMG_0001.pdf.
- ¹² Krastev, *Europadämmerung - Ein Essay*.
- ¹³ Ulrike Guérot, *Warum Europa eine Republik werden muss!: eine politische Utopie* (Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 2016).
- ¹⁴ Krastev, *Europadämmerung - Ein Essay*.

**Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages
Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives
Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel
ALEKSA)**

10. Enkeltaugliche Mitwelt - Wie gehen wir mit der Natur um?

	1768
Das Problem:	1769
<i>Wir leben über dem</i>	1770
<i>verträglichen Maß.</i>	1771
<i>Der Naturhaushalt</i>	1772
<i>ist überlastet.</i>	1773
	1774
	1775
Unsere Vision:	1776
<i>Sozial gerechte</i>	1777
<i>Ressourcen- und</i>	1778
<i>Umweltpolitik</i>	1779
<i>ohne fossile</i>	1780
<i>Energien mit</i>	1781
<i>Klimagasen und</i>	1782
<i>ohne Flächenfraß</i>	1783
<i>- aber mit</i>	1784
<i>Naturreichtum</i>	1785
<i>und Artenvielfalt,</i>	1786
<i>sauberer Luft und</i>	1787
<i>gesundem Boden.</i>	1788
	1789
	1790
	1791
1792	
1793	
1794	
1795	
1796	
1797	
1798	
1799	
1800	
1801	
1802	
1803	
1804	
1805	
1806	
1807	
1808	
1809	
1810	
1811	

Die Situation: Im Jahr 2018 erreichte Deutschland bereits am 2. Mai seinen „Erdüberlastungstag“. Bis zu diesem Tag hatten seine 82 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch bereits alle Ressourcen eines Jahres verbraucht, die sich im gleichen Zeitraum wieder regenerieren können. Wir verbrauchen mehr Acker-, Weide- und Waldflächen und leeren mehr Fischgründe, als uns zustehen; unsere Wirtschaft stößt mehr Klimagase aus, vor allem Kohlendioxid, als Wald und Meere aufnehmen können. Wir leben also in Deutschland schon ab dem 3. Mai auf Kosten kommender Generationen und der Länder des Südens. Wäre unser Lebensstil Vorbild für alle Menschen, bräuchten wir drei Erden.

Höher, weiter, schneller: Eine politisch befeuerte Wachstumsideologie und Konsumfixierung hat dazu geführt, dass die Belastungsgrenzen der Erde zum Teil bereits deutlich überschritten sind – mit katastrophalen Folgen:

1. Klimawandel: Es werden zu viele Klimagase ausgestoßen – die Erde erwärmt sich, Extremwetter nimmt zu.
2. Artensterben: Tiere- und Pflanzen verschwinden, genetische Vielfalt geht verloren, Regenerations- und Anpassungsfähigkeit von Ökosystemen nimmt ab.
3. Landnutzungsänderung: Wertvolle Landflächen und Böden werden versiegelt oder übernutzt.
4. Überfrachtung: Zu viel Stickstoff und Phosphor wird frei – Wasser und Luft werden verschmutzt, Wälder krank.

Das passiert vor allem, weil Kohle und Öl verbrannt werden oder künstlicher Dünger produziert und angewendet wird. Dazu werden täglich natürliche Lebensräume von Tieren und Pflanzen zerstört.

Auch Sachsen ist für diese Entwicklung mitverantwortlich. Seit fast 20 Jahren ist im Freistaat die Menge der ausgestoßenen Klimagase, der Stickstoffemissionen und der Bodenbelastung u.a. mit Nitrat nahezu unverändert hoch – trotz vereinbarter Verpflichtungen und Ziele. Über die Hälfte aller in Sachsen vorkommenden Lebensraumtypen für Pflanzen und Tiere gelten als gefährdet. Die Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen werden kleiner und isolierter, Wanderkorridore gekappt. Immer noch wird viel mehr Fläche neu versiegelt, als der Natur zurückgegeben. Der Nutzungsdruck auf die Freiflächen steigt: Obwohl die sächsische Bevölkerung schrumpft, liegt der Flächenverbrauch im Jahr 2015 fast fünf Mal über dem Zielwert von 2 ha am Tag. Die gleiche Entwicklung sehen wir bei den Treibhausgasemissionen. Wenn alle Menschen maximal 2 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr verursachen würden,

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1812 könnten wir den Klimawandel wirksam bekämpfen. Aber: Im Freistaat Sachsen werden pro
1813 Person 6-mal so viel Klimagase verursacht.

1814

1815 Je später die Energiewende und das völkerrechtlich verbindliche 1,5-Grad-Ziel erreicht
1816 werden, desto abrupter und intensiver muss die Gesellschaft Maßnahmen ergreifen. Mit
1817 anderen Worten: Rasches Handeln vergrößert Handlungsspielräume und verschafft mehr
1818 Zeit für notwendige Anpassungsprozesse.

1819

1820 Die Auswirkungen der Naturzerstörung spüren wir heute und in den nächsten Jahrzehnten
1821 auch in Sachsen. Dabei geht es nicht nur um die schlechtere Qualität des Trinkwassers
1822 und die mangelnde Sauberkeit der Atemluft. Wir werden in Sachsen in Zukunft verstärkt
1823 mit Dürre- und Hitzeperioden, Starkregen, Sturmereignissen und den daraus folgenden
1824 (finanziellen) Lasten konfrontiert werden. Es müssen häufiger Schäden behoben,
1825 vorbeugende bauliche Anpassungen durchgeführt oder neu auftretende Krankheiten
1826 geheilt werden. Das könnte sogar ganze Branchen in wirtschaftliche Probleme führen. So
1827 wird bspw. die Schifffahrt entlang der Elbe mit dem veränderten Wasserabfluss zu kämpfen
1828 haben.

1829

1830 Die sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung sind zudem ungleich verteilt: Arme
1831 Menschen sind stärker von negativen Umweltwirkungen wie hohem Lärm und -
1832 Abgasbelastungen durch Verkehr betroffen, können aber gleichzeitig deutlich weniger vom
1833 Umweltnutzen bspw. über den Kauf von Biolebensmitteln profitieren.

1834

1835 Parallel geht bei Kindern und Jugendlichen seit Jahren das Interesse an Natur/Naturschutz
1836 zurück. Wichtige Naturerfahrungen, und sei es mit einem kleinen Beet im Schrebergarten,
1837 werden kaum noch gemacht. Die Folge: Respekt und Wertschätzung gegenüber der Natur
1838 gehen verloren und praktische Kenntnisse (z.B. über essbare Waldfrüchte) und
1839 Kulturtechniken (u.a. Einkochen) werden vergessen.

1840

1841 **Unsere Vision:** Im Jahr 2030 ist die Hälfte des verbrauchten Stroms erneuerbar, 2050
1842 nahezu komplett. Der Ausstoß von Klimagasen ist deutlich zurückgegangen. Die Belastung
1843 und Regenerierung der Gewässer und Böden in Sachsen hat sich deutlich verbessert. Die
1844 Versauerung der Umwelt nimmt ab, die Stickstoff-Bilanz ist ausgeglichen. Die Versiegelung
1845 der Böden durch Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur liegt unter 2 Hektar pro Tag.

1846

1847 Es gelingt der Politik, Artenvielfalt und Landschaftsqualität in Sachsen wieder schrittweise
1848 zurückzugewinnen. In allen Landesteilen sind ausreichend Rückzugsräume für bedrohte
1849 Tierarten und Habitate für seltene Pflanzen vorhanden.

1850

1851 Die Bevölkerung erholt sich aktiv „in der freien Natur“ und genießt besondere
1852 „Naturschönheiten“ in Sachsen, auch weil der allgemeine Zugang zu Bergen, Wäldern,
1853 Feldern, Seen und Flüssen politisch gewährleistet wird. Lasten und Nutzen von Umwelt-
1854 und Naturschutzmaßnahmen sind sozial gerecht verteilt.

1855

1856 Statt Weltmarktstreben steht die regionale Lebensmittelversorgung im Mittelpunkt der
1857 sächsischen Landwirtschaft.

1858

Anlage 1 zu A.1. Leitantrag an die 3. Tagung des 14. Landesparteitages Fortsetzung der Arbeit und Diskussion um ein Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsen aus Linker Sicht (Arbeitstitel ALEKSA)

1859 Die Menschen ernähren sich insgesamt gesünder, besonders fleischärmer. Die Kinder
1860 erfahren bereits ab der Kindertagesstätte, wie regionale Lebensmittel angebaut und
1861 schmackhaft zubereitet werden. Gemeinschaftsversorger achten auf
1862 gesundheitsförderliche Angebote, die reich an frischen, saisonalen und regionalen
1863 Lebensmitteln sind.

1864
1865 Rohstoffrückgewinnung (Reparieren, Upcycling, Recycling) ist als Umweltprinzip etabliert
1866 und ein wichtiges Standbein der sächsischen Wirtschaft.

1867
1868 **Unsere ersten Schritte:** Durch Maßnahmen wie dem schrittweisen Ausstieg aus der
1869 Braunkohleverstromung und die Stärkung regionaler Wertschöpfung bei Erneuerbaren
1870 Energien sowie deren dynamischen Zuwachs wollen wir erreichen, dass bis 2030 der
1871 Paradigmenwechsel in der Energiepolitik zu einem dezentralen postfossilen System
1872 deutlich spürbar wird. Der Strukturwandel muss vom Freistaat nicht nur in der
1873 Energiewirtschaft aktiv unterstützt werden: In der Landwirtschaft soll der Boden weniger
1874 intensiv genutzt, Tierhaltung und Pflanzenbau gekoppelt und die Anzahl der Tiere generell
1875 an die landwirtschaftliche Nutzfläche des Betriebes gebunden werden. Der Anteil der
1876 Fläche für den ökologischen Landbau muss deutlich zunehmen.

1877
1878 Im Freistaat werden die Landwirtschaft und der Straßenverkehr als die Hauptverursacher
1879 für hohe Schadstoff-Einträge, insbesondere für den hohen Stickstoff-Ausstoß, verstärkt für
1880 Einsparungen in die Pflicht genommen. Der landesweite Biotopverbund wird ausgebaut
1881 und vernetzt, Flächen mit hoher Artenvielfalt, insbesondere Großschutzgebiete, werden
1882 ausgeweitet.

1883
1884 In der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern beim Strukturwandel und beim Ausbau
1885 Erneuerbarer Energien werden neue direktdemokratische Mitwirkungsformate umgesetzt.
1886 Strukturelle Benachteiligungen von bürgerschaftlichen Akteuren beim wichtigen Zugang zu
1887 Fördermitteln werden aufgebrochen, in dem besonders für die Bereiche (Sozio-)Kultur und
1888 Bildung vereinfachte Antrags- und niedrighschwellige Finanzierungsmodelle entwickelt
1889 werden.

1890